

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

100. Sitzung

Hannover, den 12. März 2002

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde 9903

a) Allers schlechten Dinge sind drei - BEB-Politik des Finanzministers ruiniert das Land - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3206

..... 9904

Golibrzuch (GRÜNE) 9904, 9909

Möhrmann (SPD) 9905, 9906

Möllring (CDU) 9906

Aller, Finanzminister 9908

b) Zuwanderung: CDU blockiert Steuerung und Begrenzung - Antrag der Fraktion der SPD - Drs.

14/3209 9910

Plaue (SPD) 9910, 9914

Frau Stokar von Neuform (GRÜNE) 9911, 9915

Schünemann (CDU) 9912, 9914

c) Bundes- und Landesregierung als Arbeitsplatzkiller: 22 % mehr Insolvenzen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3214..... 9915

Dinkla (CDU) 9915

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 9917

Frau Steiner (GRÜNE) 9918, 9919

Dr. Schultze (SPD) 9919, 9920

Schünemann (CDU) 9921

Wolf (SPD) 9922

Tagesordnungspunkt 2:

41. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/3180

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen - Drs. 14/3216, 14/3219 und 14/3222 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs.

14/3221 9923

Beschluss 9923

Tagesordnungspunkt 3:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Berechtigung der katholischen Kirche zur Erhebung von Steuern - Gesetzentwurf der

Landesregierung - Drs. 14/3050 -

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs.

14/3161 9923

Wulf (Oldenburg) (SPD), Berichterstatter 9923

Beschluss 9924

(Direkt überwiesen am 21.01.2002)

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) - Gesetzentwurf der Landesregierung -

Drs. 14/2431 - Beschlussempfehlung des

Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und

Forsten - Drs. 14/3211 9924

Peters (SPD), Berichterstatter 9924

Räke (SPD) 9926

Oestmann (CDU) 9927

Klein (GRÜNE) 9929

Bartels , Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.....	9930
<i>Beschluss</i>	9932
(Erste Beratung: 76. Sitzung am 16.05.2001)	

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der CDU - Drs. 14/3200.....	9933
Möhrmann (SPD).....	9933
Frau Pothmer (GRÜNE).....	9935, 9936
Schünemann (CDU).....	9936
<i>Beschluss</i>	9937

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Verkehrsgewerbe braucht Kompensation für Autobahngebühr - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2768 - Beschlussempfehlung des Ausschus- ses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/3147.....	9937
Heineking (CDU).....	9937
Schurreit (SPD)	9939, 9939
Wenzel (GRÜNE)	9941
Eppers (CDU)	9942
<i>Beschluss</i>	9942
(Erste Beratung: 87. Sitzung am 26.10.2001)	

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 14/3210	9942
Frau Seeler (SPD)	9943, 9946
Frau Litfin (GRÜNE).....	9946, 9948
Wulff (Osnabrück) (CDU)	9948
Jürgens-Pieper , Kultusministerin.....	9953, 9954
Frau Harms (GRÜNE).....	9958
Plaue (SPD).....	9959, 9960, 9961
Busemann (CDU)	9962
Schwarzenholz (fraktionslos)	9964
Wulf (Oldenburg) (SPD).....	9965, 9966
<i>Ausschussüberweisung</i>	9967

Persönliche Bemerkung gemäß § 76:

Klare (CDU)	9967, 9968
--------------------------	------------

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Zukunft Fahrradland Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2758 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirt- schaft und Verkehr - Drs. 14/3160	9968
Wenzel (GRÜNE)	9969

Frau Rühl (CDU)	9970
Biel (SPD)	9971
<i>Beschluss</i>	9971
(Erste Beratung: 86. Sitzung am 25.10.2001)	

Tagesordnungspunkt 9:

Einzig (abschließende) Beratung:

Wiederbesetzung freier Schulleitungsstellen an Haupt- und Realschulen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2659 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/3165	9972
Klare (CDU)	9972, 9974
Meinhold (SPD).....	9973, 9974
Frau Litfin (GRÜNE)	9975
<i>Beschluss</i>	9976
(Direkt überwiesen am 13.09.2001)	

Tagesordnungspunkt 21:

Zweite Beratung:

Stärkung des nichtstaatlichen niedersächsischen Verbraucherschutzes - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2844 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/3182	9976
Hansen (CDU), Berichterstatterin.....	9976
Klein (GRÜNE)	9977
Frau Goede (SPD).....	9978
Frau Hansen (CDU).....	9979
<i>Beschluss</i>	9979
(Erste Beratung: 89. Sitzung am 15.11.2001)	

Tagesordnungspunkt 11:

Einzig (abschließende) Beratung:

Verfassungsgerichtliches Verfahren - Verfahren über den Antrag festzustellen, dass das Verlangen der Antragsgegner nach Vorlage a) des Haushaltsvoranschlages des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit Begründungen zum Landeshaushalt 2001, b) des Entwurfs des Ministeriums für Finanzen und Energie für den Haushalt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur für das Jahr 2001 vor der Kabinettsberatung, c) der Haushaltsverhandlungsvermerke des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und des Ministeriums für Finanzen und Energie zum Landeshaushalt 2001,
--

d) der Verhandlungsvermerke zur Nachschiebeliste zum Landeshaushalt 2001, gegen die Bestimmungen der Art. 2, 26 Abs. 1 Satz 1 und 23 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Landes Schleswig- Holstein verstößt und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung - Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 16.01.2002 - 2 BvK 1/01 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/3176.....	9980
<i>Beschluss</i>	9980

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Groneberg (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Schlüterbusch (SPD)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Dr. Trauernicht (SPD)	Staatssekretär Witte, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Wewer, Niedersächsisches Kultusministerium
Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Knorre	Staatssekretärin Dr. Grote, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	Staatssekretär Schulz, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizminister Dr. Pfeiffer (SPD)	Staatssekretär Dr. Litten, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	
Umweltminister Jüttner (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Umweltministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff (SPD)	

Beginn: 10.02 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Ich eröffne die 100. Sitzung im 39. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Am 26. Februar 2002 verstarb der ehemalige Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages, Herr Horst Huisgen, im Alter von 88 Jahren. Herr Huisgen war von 1951 bis 1963 Mitglied der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Während dieser Zeit war er in verschiedenen Ausschüssen tätig und in der 4. Wahlperiode stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Sie haben sich von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Krumfuß. Er wird 52 Jahre alt.

(Beifall im ganzen Hause)

Zur Tagesordnung erbitte ich Ihre Aufmerksamkeit, weil einige Änderungen zu verkünden sind. Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagesordnungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Hinsichtlich des Ablaufs der Tagesordnung haben die Fraktionen vereinbart, die Punkte 10 und 21 gegeneinander auszutauschen. Das bedeutet, dass abweichend von der ausgedruckten Tagesordnung heute gegen 16.30 Uhr das Thema „Stärkung des nichtstaatlichen niedersächsischen Verbraucherschutzes“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 14/2844 - behandelt werden soll.

Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor. Es liegen drei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 der Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt; sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem

Punkt abgestimmt werden muss. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 17.05 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf eine Veranstaltung hinweisen. In der Portikushalle ist die Ausstellung „50 Jahre und mehr - Geschichte des Landes-SportBundes Niedersachsen und Stationen der Entwicklung des Deutschen Sportbundes“ zu sehen, die vom Niedersächsischen Institut für Sportgeschichte in Hoya konzipiert wurde. Ich mache darauf aufmerksam, dass sich manche Kolleginnen und Kollegen in den Bildern selbst wiederfinden können. Ich empfehle diese Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

Schriftführer Sehrt:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei Senff und von der Fraktion der SPD Herr Brauns und Herr Endlein.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit keine Unklarheiten bestehen. Ich habe vorhin die Sitzung morgen früh versehentlich um 9 Uhr beginnen lassen. Die Sitzung soll natürlich um 10 Uhr beginnen; so wie wir es vereinbart hatten.

(Plaue [SPD]: Ich hatte mich schon gewundert!)

Wir beginnen mit

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor: a) Allers schlechten Dinge sind drei - BEB-Politik des Finanzministers ruiniert das Land - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3206, b) Zuwanderung: CDU blockiert Steuerung und Begrenzung - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3209 - und c) Bundes-

und Landesregierung als Arbeitsplatzkiller: 22 % mehr Insolvenzen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3214.

Es stehen insgesamt 60 Minuten zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind. Das heißt, jede Fraktion kann über höchstens 20 Minuten verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, wie heute, bleibt es jeder Fraktion überlassen, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet. Jeder Redebeitrag - auch von Mitgliedern der Landesregierung - darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit begonnen hat. Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich rufe jetzt auf

a) Allers schlechten Dinge sind drei - BEB-Politik des Finanzministers ruiniert das Land - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3206

Der Kollege Golibrzuch bringt ein.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit seiner Prozess- und Verhandlungsstrategie in Sachen BEB hat der Finanzminister dem Land Niedersachsen einen noch unüberschaubaren Schaden zugefügt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Wegner [SPD]: Unglaublich!)

Die Ursache des Streits - eine falsche Berechnung der Erdgasfördermengen in der Emsmündung Mitte der 80er-Jahre - war ein technischer Fehler. Der Gang durch drei Instanzen bis vor das Bundesverwaltungsgericht und bis vor die Wand der Finanzministerkonferenz kennzeichnet ein politisches Versagen, das seinesgleichen sucht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Wegner [SPD]: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

Meine Damen und Herren, es war der SPD-Abgeordnete Thomas Oppermann, der am 7. Mai 1997 im Haushaltsausschuss angeregt hat, man solle eine Vereinbarung mit den anderen Bundes-

ländern schließen, wonach diese auch ohne Streitverkündung das Ergebnis des BEB-Prozesses gegen sich gelten ließen. Das Finanzministerium hat damals und in der Folge immer wieder behauptet, eine solche Vereinbarung wäre überflüssig und die Abrechnung des BEB-Prozesses über den Länderfinanzausgleich garantiert.

(Wegner [SPD]: Bleiben Sie doch einmal bei der Wahrheit!)

Heute, nach vielen Nachfragen der Opposition, wissen wir, dass diese Behauptung falsch und Ihr Verhalten fahrlässig waren. Ein Finanzminister, der sich so fahrlässig verhält, gehört entlassen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, allein durch den Gang vor das Bundesverwaltungsgericht hat das Land Niedersachsen Anwalts- und Gerichtskosten von deutlich mehr als 20 Millionen Euro angehäuft - Kosten, die in jedem Fall ausschließlich beim Land Niedersachsen hängen bleiben werden. Sie behaupten, ohne diese von vornherein völlig aussichtslose Revision hätten Sie keine Chance gehabt, diesen strittigen Betrag über den Länderfinanzausgleich umzulegen. Das ist zunächst einmal ein politisches Argument, aber kein juristisches. Es hat nur einen ganz entscheidenden Haken. Auch nachdem Sie die Revision abgewickelt haben, haben Sie bei den anderen Bundesländern nichts erreicht. Sie haben nicht erreicht, dass diese Kosten auf den Länderfinanzausgleich umgelegt werden können.

Wir wissen und wussten von Anfang an - Sie auch! - um die Chancenlosigkeit dieses Verfahrens. Sie wussten um die Chancenlosigkeit der Revision. Es macht mich schon sehr nachdenklich, wenn Akteneinsicht durch die Opposition beantragt worden ist und Sie uns wesentliche Teile dieser Akten zu dem Verfahren, nämlich die, die seinerzeit für die Entscheidung des Landeskabinetts zur Revision maßgeblich waren, vorenthalten. Sie werden dort etwas zu verbergen haben. Sie wissen, weshalb Sie uns diese Akten nicht geben; denn darin wird deutlich, dass auch die Fachleute der Landesregierung immer darauf hingewiesen haben, dass dieser Prozess nicht zu gewinnen sei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie haben diesen Prozess aus politischem Kalkül heraus geführt. Sie haben darauf spekuliert, dass das Urteil eines Tages möglicherweise in eine wirtschaftliche Aufschwungphase fallen könnte und damit für das Land Niedersachsen leichter zu schultern wäre. Einen Prozess aus solch einem Kalkül heraus zu führen, stellt eine kaum nachvollziehbare Amtspflichtverletzung dar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie haben dabei in Kauf genommen, dass die BEB auf diesen Betrag erheblich weniger Steuern zahlen muss, weil vor der Revision noch andere Körperschaftssteuersätze galten als danach. Sie haben die öffentlichen Haushalte um eine Steuerzahlung von insgesamt wenigstens 200 Millionen Euro gebracht. Nachdem Sie auf dieses Geld verzichtet haben, wollen Sie jetzt stattdessen die niedersächsischen Kommunen an der Finanzierung dieser BEB-Last beteiligen. Das machen wir nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wir wollen nicht, dass die niedersächsischen Kommunen damit belastet werden. Wir wollen stattdessen, dass Sie endlich einen Nachtragshaushalt vorlegen, mit dem Sie deutlich machen, wie Sie diese BEB-Last ernsthaft schultern und bewältigen wollen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns und das Frühstücksfernsehen künftig mit der Behauptung verschonen, dass Sie in 2003 gleichzeitig die Schulden senken und neue Lehrer einstellen wollen. Sie wissen nicht nur aufgrund der BEB-Last ganz genau, dass Sie weder das eine noch das andere tun können. Sie verbreiten Falschmeldungen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich glaube, dass Sie hier in diesem Saal niemanden mehr finden, der jetzt noch daran glaubt, dass der Bund am kommenden Freitag, wenn die so genannte Rotbuchung für den Länderfinanzausgleich ansteht, die niedersächsische Rechtsauffassung 100-prozentig übernimmt und den Betrag wie vorgesehen auf alle Bundesländer nach dem Länderfinanzausgleich verteilt. Diese Erwartung haben wir nicht und auch niemand hier im Saale. Wir erwarten vielmehr, dass das Land Niedersachsen draufzahlen muss. Wir erwarten, dass der Bund diese Rechtsauffassung nicht teilt. Wir erwarten auch, dass das Land Niedersachsen wahrscheinlich zu

feige sein wird, den Bund auf die Zahlung eines höheren Betrages zu verklagen. Wir erwarten, dass dieser Landesregierung wieder einmal parteipolitische Solidarität im Bundestagswahlkampf vor Landesinteressen geht. Damit ist das Problem BEB nicht nur ein Desaster für den Finanzminister, sondern es kennzeichnet auch das Versagen des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Adam [SPD]: Ach du meine Güte!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Möhrmann.

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Golibrzuch, ich stelle fest: Sie sind ein grenzenloser Opportunist!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie sind sich nicht zu schade, den Interessen des Landes an dieser Stelle ganz energisch zu widersprechen und ganz bewusst Schaden für das Land in Kauf zu nehmen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei den GRÜNEN und bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sie versaubeuteln das Geld des Landes!)

Meine Damen und Herren, den Schaden, den Herr Golibrzuch hier anrichtet, hat er nicht erst heute angerichtet. Er hat in der Vergangenheit jede Chance genutzt, um die Position des Landes zu schwächen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau Harms [GRÜNE]: Ein Unsinn!)

Meine Damen und Herren, ich bin ganz sicher: Wenn wir auf der Verhandlungsschiene geblieben wären, wäre Herr Golibrzuch hier aufgetreten und hätte gesagt: „Ihr hättet bis zur dritten Instanz klagen müssen. Das habt ihr davon!“ Das ist Ihr Opportunismus!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Richtig! - Frau Harms [GRÜNE]: Wer im Glashaus sitzt, Herr Möhrmann!)

Meine Damen und Herren, wenn man hier von Verantwortlichkeiten sprechen kann, dann gibt es meiner Meinung nach überhaupt keine Verantwortung auf dieser Regierungsbank. Wenn es eine Verantwortung gibt, dann auf den Oppositionsbänken!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei den GRÜNEN - Frau Harms [GRÜNE]: Das ist aber eine abenteuerliche Logik!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen auch sagen, warum. In der Zeit, als das Land Niedersachsen von den Einnahmen aus der Förderabgabe profitiert hat - das waren immerhin 8,5 Milliarden DM -, hat die jetzige schwarze Opposition die Verschuldung des Landes über Gebühr nach oben verschoben und keine Vorsorge betrieben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wenzel?

Möhrmann (SPD):

Nein, Herr Präsident. - Trotz dieser hohen Einnahmen aus der Förderabgabe gipfelte es in einer Kreditfinanzierungsquote des Landes von 12 %. Wir nähern uns inzwischen einer Marke von 5,2 %. Wenn wir darüber reden wollen, was man in dieser Lage tun kann, Herr Golibrzuch, hätte ich von Ihnen erwartet, dass Sie in Berlin zusammen mit dem Finanzminister über Ihre grünen Freunde dafür gesorgt hätten, dass wir diese Probleme nicht bekommen. Auch Sie haben an dieser Stelle eine Mitschuld dafür - wenn es denn eine gibt -, dass bisher nichts erreicht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Kassenwirksamkeitsprinzip, das nach unserer Rechtsauffassung hier zur Anwendung kommen muss, wird im Länderfinanzausgleich seit Jahren angewendet. Ich denke z. B. an Steuerprüfungen oder Steuernachzahlungen. Ich bin mir ganz sicher - auch unabhängig von der politischen Couleur der Länder -, wenn das Land Niedersachsen in diesen Tagen eine Mehreinnahme zu verzeichnen gehabt hätte, hätten die gleichen Länder gesagt: „Jetzt gilt das

Kassenwirksamkeitsprinzip. Wir wollen etwas davon abhaben.“

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, wie man als Opposition in dieser Lage, in der es wirklich schwierig werden kann - das will ich nicht in Abrede stellen -, so agieren kann wie Herr Golibrzuch heute. Das ist nicht in Ordnung!

(Beifall bei der SPD)

Die anderen Bundesländer berufen sich auf Herrn Kirchhoff. Herr Kirchhoff ist bei der Frage des Länderfinanzausgleiches, z. B. bei dem so genannten Halbteilungsgrundsatz, nicht gerade sehr erfolgreich gewesen. Unser Gutachter, Herr Wieland, hat jedoch ein Gutachten geschrieben, das sich in weiten Teilen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes wiedergefunden hat. Daher bin ich der Auffassung, dass der Finanzminister in allen Punkten richtig gehandelt hat: zunächst einmal die rechtliche Lage auszutesten, danach eine Verhandlungslösung zu suchen, Angebote zu machen und jetzt den Bund aufzufordern, seiner Verantwortung gerecht zu werden, und, wenn das nicht geschieht, eine entsprechende Klage einzubringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Möllring.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können nicht wegdiskutieren, dass das sowohl finanzpolitisch als auch juristisch der größte Flop ist, den diese Landesregierung je hingelegt hat.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Auch Ihre Leute, z. B. Herr Oppermann, haben im Ausschuss gefordert: Verkündet den anderen Ländern den Streit!

(Zurufe von der SPD)

Ihre Regierung hat arrogant darauf hingewiesen, dass kein Pfennig an die BEB zurückgezahlt würde und man deshalb den Klagezug durchhalten würde. Sonst würde man schlichtweg die Rotbuchung machen. Dadurch würden definitiv 90 % in den Länderfinanzgleich eingehen. Das ist Fakt.

Auch 1997 hat die Landesregierung noch erklärt, dass das Kassenprinzip gilt. Sie hat auf ein Schreiben des Bundes an das Land - Herr Golibrzuch hat gesagt, der Waigel-Administration - hingewiesen, aus dem diese Rechtsauffassung klar hervorgeht. Glauben ist gut, aber Kontrolle ist besser. Wir haben im Ausschuss darum gebeten, uns dieses Schreiben vorzulegen. Das hat man uns verweigert. Dann haben wir es uns von Herrn Aller vorlesen lassen. Er hat dann spitzbübisch gegrinst und gesagt: „Ich lege es zu den Akten, aber die sind vertraulich.“ Das heißt, dass die Landesregierung jetzt behauptet, der Bund hätte geschrieben, dass das Kassenprinzip gilt. Wir behaupten, dass es ein solches Schreiben nicht gibt. Das können wir aber nicht beweisen, weil das vorliegende Schreiben vertraulich ist. Das ist die Situation. Ich möchte Ihnen das einmal erklären, Herr Plaue.

(Plaue [SPD]: Ich habe gar nichts gesagt! Das ist wie ein Pawlow'scher Reflex bei Ihnen! Glauben Sie, ich höre immer hin, wenn Sie etwas sagen?)

Der Finanzminister hält uns einen Apfel hin und sagt: „Dies ist eine Birne.“ Wenn wir dann sagen, dass das hinten und vorne nicht stimmt, dann sagt er, er gibt die Birne zu den Akten, und die sind vertraulich.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben selbst 1998 an Herrn Kollegen Dinkla geschrieben: „Niedersachsen wird für den Fall der Rückzahlung den oben genannten Gesamtbetrag im Länderfinanzausgleich geltend machen.“ Das ist das Kassenprinzip. Damit sind Sie letzte Woche voll auf die Nase gefallen, weil die Finanzministerkonferenz mit 15 : 1 Stimmen entschieden hat, dass sie dieses nicht mitmacht.

(Zurufe von der SPD)

- Darüber freue ich mich überhaupt nicht. Herr Möhrmann, wir haben auch im Ausschuss immer wieder eindeutig erklärt, dass wir zu dieser Rechtsposition des Landes Niedersachsen stehen. Sie haben noch weniger erreicht. Ich will es Ihnen jetzt einmal sagen. Wenn Sie in Presseerklärungen darauf hinweisen, dass Albrecht Schuld habe, so will ich Ihnen entgegenhalten, dass er seit zwölf Jahren nicht mehr Ministerpräsident ist, sodass die gesamte Prozessführung in Ihren Verantwortungsbereich fällt.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimmste aber ist, dass das, was Herr Möhrmann eben Herrn Golibrzuch vorgeworfen hat, wirklich infam ist. Herr Möhrmann hat gesagt, Herr Golibrzuch schade dem Land Niedersachsen, weil er Rechtspositionen aufgibt, die das Land Niedersachsen angeblich noch aufrecht erhält bzw. zumindest bis Freitag aufrecht erhalten müsste, weil der Bund am Freitag entscheidet. Nun hat gestern das Kabinett getagt. Das tut es jede Woche, sodass dies nichts Spannendes ist. Das Kabinett hat gestern auch Beschlüsse gefasst. Auch das ist nicht so furchtbar spannend. Aber das Kabinett hat gestern zu einem Beschluss eine Presseerklärung herausgegeben, die allerdings auch nicht so furchtbar spannend ist, weshalb ich sie gar nicht erst bis zum Ende gelesen habe. Es heißt dort: Das Kabinett beschließt Anhörungsfreigabe für Gesetzentwurf. - Das ist ja nun wirklich eine spannende Überschrift. Ich habe daraufhin ein bisschen weiter gelesen.

(Zuruf von der SPD: Doch noch! Guck an!)

Es geht um die Änderung des kommunalen Finanzausgleichs.

Schließlich habe ich mir den letzten Absatz angeguckt. Dort heißt es:

„Zu guter Letzt erhält der Gesetzentwurf eine Vorschrift, mit deren Hilfe die belastenden Auswirkungen der im vergangenen Jahr vom Land geleisteten Förderabgabenrückzahlung an ein niedersächsisches Erdgasunternehmen auf den kommunalen Finanzausgleich durch einen Liquiditätsvorschuss des Landes abgemildert werden soll.“

Dann habe ich mir einmal die Zahlen angeguckt. Wenn das Land in der letzten Woche tatsächlich die Rechtsposition vertreten hat, dass nämlich der gesamte Betrag von 2,4 Milliarden DM im Länderfinanzausgleich eingesetzt werden müsste, dann hätte sich folgende Rechnung ergeben: Das Land Niedersachsen wäre mit 250 Millionen DM beteiligt gewesen. 20 % davon hätten knapp 50 Millionen DM für den kommunalen Finanzausgleich bedeutet. Tritt aber der Worst-case-Fall ein, dass nur 595 Millionen eingesetzt werden, dann verbleiben 60 Millionen beim Land. 1,84 Milliarden verbleiben ferner als Schaden beim Land. Das sind zusammen 1,9 Milliarden. Würden 20 % davon in

den kommunalen Finanzausgleich eingerechnet, so wären dies 380 Millionen DM. Das sind umgerechnet 192 Millionen Euro. Dieser Betrag steht in Ihrer Presseerklärung. Das Land Niedersachsen, diese Landesregierung, hat ihre Rechtsposition drei Tage vor der Entscheidung des Bundes aufgegeben und einen Gesetzentwurf in die Anhörung gegeben, in der sie die Rechtsauffassung der anderen 15 Bundesländer vertritt. Sie schaden dem Land finanziell und politisch!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Finanzminister Aller.

Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war vorauszusehen, dass diese Aktuelle Stunde so eingeleitet wird, wie sie von der Opposition eingeleitet worden ist.

(Oestmann [CDU]: Wie hättet ihr es denn gern?)

Herr Möllring, Sie haben eben mit wenigen Sätzen mehrere falsche Behauptungen in die Welt gesetzt, wie das so Ihre Art ist. Wenn Sie den Gesetzentwurf, der in die Anhörung gegeben wird, richtig verstanden hätten, was vielleicht ein bisschen kompliziert ist, dann hätten Sie feststellen können, dass die eingestellte Zahl exakt derjenigen Rechtsposition entspricht, die die Niedersächsische Landesregierung nach dem Kassenzuflussprinzip gegenüber den anderen Bundesländern vertritt. Wir haben also die logische Brücke „Verhalten gegenüber den Bundesländern“ und „kommunaler Finanzausgleich“ gebaut.

Wenn wir das, was im Dezember passiert ist, hätten einstellen wollen, dann hätten wir ganz andere Summen einsetzen müssen. Wir haben den kommunalen Spitzenverbänden mitgeteilt, wie wir verfahren werden. Deshalb wird das Anhörungsverfahren jetzt auf der Basis der 23 Millionen Euro fortgeführt. Die Situation, die wir abzuwarten haben, wird möglicherweise in dieser Woche, am 15. März, geklärt. Dann werden wir uns mit den Kommunen, vermutlich aber nicht mit Ihnen fair unterhalten können. Davon gehe ich zunächst einmal aus.

Die Pirouettentänze, die Herr Golibrzuch in Sachen BEB inzwischen aufgeführt hat, haben heute

einen neuen Höhepunkt erreicht. Wenn er uns in seiner Rede heute zum einen vorgehalten hat, wir hätten schon viel früher zustimmen und einen Vergleich suchen müssen, dann am Ende seiner Rede aber gefordert hat, wir sollten unsere Rechtsposition durchklagen, weil sie für Niedersachsen günstig sei, frage ich mich, wer das verstehen soll.

(Beifall bei der SPD)

Herr Möllring und Herr Golibrzuch, Sie müssen irgendwann von Ihrem Pferd herunter und dürfen nicht in jeder Plenarwoche eine andere Position einnehmen, womit Sie der Landesregierung auch in den Rücken fallen, wenn es darum geht, niedersächsische Positionen, Positionen für ganz Niedersachsen, im Zuge der föderalen Auseinandersetzung zu vertreten.

Ich nenne jetzt zwei Beispiele. Wenn man das Thema Revision so diskutiert, wie es Herr Golibrzuch hier getan hat, dann bedeutet das schlicht und einfach: Verzicht auf Milliardenbeträge für den niedersächsischen Haushalt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Revision vor beiden Gerichten zugelassen war. Wer angesichts dieser Summen die Revision, die außergewöhnlich zugelassen worden ist, nicht nutzt, der muss sich von den anderen Ländern und von der Opposition, wenn sie nicht ganz bescheuert ist, fragen lassen: Warum nutzt ihr nicht die Revision? - Sie haben diesen Ball natürlich gespielt, was auch jeder versteht. Die anderen Länder haben diesen Ball mit Wohlwollen aufgenommen, Herr Golibrzuch. Das kann ich Ihnen sagen. Sie halten uns ausgerechnet diese Argumente ja auch vor.

Noch besser angekommen ist bei den übrigen Ländern der Vorschlag von Herrn Möllring - in der HAZ im November veröffentlicht -, doch eine Stiftung einzurichten, um Steuerzahlungen oder steuerähnliche Zahlungen wie Förderzins und Förderabgabe aus dem Länderfinanzausgleich herauszutricksen, den übrigen Ländern auf Jahre hinaus Milliardenbeträge zu entziehen und der BEB sozusagen ein Geschenk zu machen. Herr Möllring, wer solche Vorschläge in der heißen Phase der Auseinandersetzung um die BEB in die Welt setzt und öffentlich macht, der braucht nicht auf die Solidarität der übrigen Bundesländer zu setzen. Der verspielt vielmehr einen wichtigen Trumpf in der Diskussion mit den übrigen Ländern.

(Beifall bei der SPD)

Dass die CDU so verfährt, ist aber leider völlig normal. Sie muss in diesen Wochen doch eine Diskussion über die Ursachen dieser Auseinandersetzung vermeiden. Die Ursachen für diese Auseinandersetzung liegen exakt in den 80er-Jahren, als diese CDU u. a. mit Hilfe der FDP 8,5 Milliarden DM netto im Haushalt vereinnahmt und nicht dem Länderfinanzausgleich zur Verfügung gestellt hat. Erst das Bundesverfassungsgericht musste tätig werden, um diese Zahlen zunächst einmal über eine Eindrittellösung, dann über eine halbe Lösung und schließlich über einen vollen Einbezug in den Länderfinanzausgleich zu korrigieren. Seitdem steht der Länderfinanzausgleich auf einer neuen Basis.

Macht man diese Tatsache zur Grundlage von Berechnungen, Herr Möllring, dann wird klar, dass die CDU-geführte Landesregierung in der Dekade von 1980 bis 1989 8,5 Milliarden DM netto vereinnahmt, trotzdem aber 23,9 Milliarden DM Schulden gemacht hat. Zusammen sind das 32,4 Milliarden DM. Der Anteil von Schulden und Förderzinsabgabe beläuft sich im Haushalt auf 12,5 %. Wären wir in den zehn Jahren von 1990 bis 1999 ähnlich verfahren, dann hätten wir bei 330 Millionen DM an Förderzins - ich sage noch einmal: 8,5 Milliarden gegenüber 330 Millionen - 28,1 Milliarden DM an Schulden - im Saldo sind es 28,4 Milliarden oder eine Quote von 7,6 % - dagegenstellen können. Würden wir so verfahren wie Albrecht damals, könnten wir entsprechend mehr Schulden machen. Hätten Sie damals so solide gewirtschaftet wie wir, hätten Sie 13 Milliarden DM weniger Schulden machen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie betreiben diese Geschichtsklitterei aber deshalb, weil Sie genau wie wir wissen, dass die Rechtsposition des Kassenwirkksamkeitsprinzips nicht nur in dem Schreiben, das ich im Ausschuss vertraulich vorgelesen habe, verbürgt ist, sondern auch in dem, was am 19. Oktober im Sonderausschuss zum Maßstäbengesetz und zum Länderfinanzausgleich vom Vertreter der Bundesregierung vorgetragen worden ist. Ich darf es hier zitieren:

„Ministerialrat Dr. Michalik führte hierzu aus, dass im Länderfinanzausgleich das Kassenprinzip angewendet wird. Beträge gehen immer dann ein, wenn sie kassenwirksam werden. Sie hängen nicht vom Entstehungszeitpunkt ab. Dieses Prinzip gelte auch

für den Fall Brigitta. Das Kassenprinzip ist sowohl im alten als auch im neuen FAG fixiert.“

Das macht deutlich, warum unsere Rechtsposition so eindeutig ist, wie wir sie vorgetragen haben, und wir an ihr festhalten. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat noch einmal der Kollege Golibrzuch.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das BEB-Verfahren hat merkwürdige Folgen. Wir erleben das erste Mal eine Landesregierung, die keine Verantwortung tragen will.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wenn mich Herr Möhrmann auffordert, gemeinsam mit Herrn Aller nach Berlin zu fahren und ihm dort zu helfen,

(Meinhold [SPD]: Das hat er nicht getan!)

dann bin ich gerne dazu bereit. Das wollten wir von Anfang an. Wir wollten Herrn Aller von Anfang an helfen, und wir haben ihm deshalb nach dem Urteilsspruch des OVG - vor der Revision - davon abgeraten, vor das Bundesverwaltungsgericht zu ziehen. Wir haben ihm vorgerechnet, was das an Anwalts- und Gerichtskosten bedeuten würde. Wir haben ihm vorgerechnet, was es an Einnahmeausfällen bei der Körperschaftsteuer bedeuten würde, und wir haben ihm vorgerechnet, welche zusätzlichen Zinslasten auf den Streitbetrag aufgehäuft würden. Von daher war eine Revision tatsächlich fahrlässig.

Für uns sind noch ein paar Fragen von eminenter Bedeutung, nicht nur die Frage der Belastung der niedersächsischen Kommunen. Diesbezüglich haben sie sich ja mittlerweile durch Ihren Gesetzentwurf offenbart: Sie wollen diese, wenn auch zeitverzögert, trotzdem belasten.

Für uns stellt sich auch folgende Frage: Wenn Sie, Herr Möhrmann, sagen, Sie seien bereit zu einer Klage, dann möchten wir gerne wissen: Wann ist denn eine solche Klage überhaupt möglich? Nach meiner Kenntnis ist es doch so, dass der Bund erst

im dritten Quartal durch Rechtsverordnung das festlegt, was am 15. März festgestellt wird. Das heißt, erst dann gibt es einen Verwaltungsakt, der beklagt werden könnte. Bis dahin, nämlich bis zum Ende des Jahres, zahlt das Land Niedersachsen täglich Zinsen auf Kassenkredite von rund 120 000 Euro, die im Landeshaushalt in dieser Form nicht gedeckt sind.

(Zurufe von der SPD)

Diese Zinsen müssen sie dann auch aufbringen.

Wir möchten also gerne wissen, wann Sie klagen, und wir möchten von Ihnen natürlich auch wissen, in welcher Form Sie denn über eine Korrektur Ihres Haushaltsplanentwurfs nachdenken. Wir befinden uns in einem Wahljahr. Wir befinden uns in einem Doppelwahljahr, und Sie haben einen Doppelhaushalt vorgelegt. Sie wissen genauso gut wie wir, dass dieser Haushaltsplanentwurf für 2003 nicht im Entferntesten mehr der Realität entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Sie werden diese BEB-Last in das Jahr 2001 rückbuchen. Sie werden mit einem gigantischen Fehlbetrag abschließen, und Sie werden nach der Landeshaushaltsordnung gezwungen sein, diesen Fehlbetrag bis 2003 auszugleichen. Wir erwarten von Ihnen - das ist doch das Mindeste -, dass Sie jetzt damit anfangen und vor der Wahl einen Nachtragshaushalt vorlegen. Denn die Versprechungen, die Sie den Menschen in Niedersachsen machen - sei es bei der Schulreform, sei es in vielen anderen Bereichen -, sind wirklich nicht in Euro und Cent darstellbar. Wir verlangen Ehrlichkeit von Ihnen, und zwar auch durch die Vorlage eines Nachtragshaushalts nicht erst nach der Wahl, sondern in diesem Sommer.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das war wohl nichts!)

Präsident Wernstedt:

Wir kommen damit zu

b) Zuwanderung: CDU blockiert Steuerung und Begrenzung - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 14/3209

Das Wort hat der Abgeordnete Plaue.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Golibrzuch hat es schon gesagt: Wir befinden uns in einem Wahljahr, und in einem Wahljahr ist es offensichtlich kaum noch möglich, über Probleme, auch über wichtige Probleme dieses Landes und des Bundes angemessen und sachlich zu diskutieren.

(Busemann [CDU]: Das merkt man Ihnen an!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das mag bei den so genannten normalen Themen der Politik ja noch hinnehmbar sein, weil der Streit letztendlich untereinander, zwischen den politischen Parteien ausgetragen wird. Aber einen solchen Streit in der Frage der Zuwanderung zu organisieren, wie das die CDU tut, halte ich schlicht für unanständig.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Wer macht das denn zum Thema? Sie machen das doch zum Thema!)

Ich stelle hier fest, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Herr Kollege Möllring, diese simple Feststellung ist von Ihrer Partei, von Ihrem Bundeskanzler 16 Jahre lang ignoriert worden. Die Zuwanderung ist ungesteuert gewesen, sodass sie an den Gesetzen vorbei organisiert worden ist, und wir müssen uns jetzt mit den Folgen auseinander setzen. Sie haben sich die Hände vor das Gesicht geschlagen und zum Teil ausländerfeindliche Campagnen mit unterstützt. Das war Ihre Politik. Ich bin enttäuscht darüber, dass dies weitergeführt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Es ist dringend erforderlich, dass die ungesetzliche, dass die ungesteuerte Einwanderung nach Deutschland rechtlich organisiert wird. Dies sagen alle Beteiligten, jedenfalls diejenigen, die mit Ruhe und Sachlichkeit darüber diskutieren.

(Möllring [CDU]: Dann setzen Sie sich lieber wieder hin!)

Die Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Industrie sagen das, das sagen die deutschen Kirchen aller Konfessionen, und das sagen die Wohlfahrtsverbände. Die einzigen, die sich noch dagegen sträuben, sind CDU und CSU, und zwar aus rein wahlkampfaktischen Gründen. Dies ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wulff, Sie haben noch im September des vergangenen Jahres erklärt, Sie seien dafür, die Zuwanderung noch vor der Bundestagswahl zu organisieren. Zwei Monate später kommt dann Ihre Aussage - ich zitiere -: Ich neige dazu, dass wir den Bundestagswahlkampf zur Auseinandersetzung über Zuwanderungskonzepte nutzen. - Meine Damen und Herren, zwei Monate Wind aus Bayern haben gereicht, um Herrn Wulff wie ein Fähnlein im Wind flattern zu lassen. Das ist nicht in Ordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Wer sich wie Sie hier hinstellt und die Bundestagswahl praktisch zu einer Volksabstimmung über die Zuwanderung machen will, der hofft darauf, dass das Gleiche, was Herrn Koch in Hessen gelungen ist, hier wieder passiert. Sie wollen mit den Unterschriftenständen die Lufthoheit über den Stammtische gewinnen, wollen sich aber nicht der Sache widmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Finden Sie denn Ihr Zuwanderungsgesetz nicht gut?)

Ich finde es schon sehr beachtlich, Herr Kollege Wulff, dass Sie, anders als der Kollege Müller im Saarland, der ja wenigstens noch gezwungen werden musste, offensichtlich ohne Widerstand auf die Linie von Stoiber eingeschwenkt sind, genauso wie bei der Energieversorgung, wie bei der Atommüllentsorgung. Sie vertreten nicht niedersächsische Interessen, sondern reine Interessen zum Wohle Ihrer Partei auf dem Rücken von Menschen. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich habe ja Verständnis dafür, dass Ihr Wunsch, die Schill-Partei, also das, was am rechten Rand der CDU passieren könnte, überflüssig zu machen, übermächtig ist.

(Busemann [CDU]: Wie bitte? Was? - Weitere Zurufe von der CDU)

Aber lassen Sie uns einmal einen Moment lang über die Menschen reden, um die es hier geht. Es geht um Menschen, die hier in Deutschland leben und die als Folge von solchen Campagnen Aggressionen ausgesetzt sind, für die diejenigen politisch verantwortlich sind, die Unterschriftenlisten organisieren. Wenn Sie erleben, dass die Rechtsextremisten bereits ein Volksbegehren zu dieser Frage anregen, dann müssen Sie, meine Damen und Herren, sich die Frage gefallen lassen, an welcher Stelle Sie stehen. Herr Kollege Wulff, gilt das, was Ihre Abgeordneten in Diskussionen draußen sagen, dass Sie sich nämlich nicht an solchen Campagnen beteiligen wollen, dass Sie keine Unterschriften sammeln wollen, dass Sie das Thema der Zuwanderung aus dem Wahlkampf heraushalten wollen, oder gelten Ihre Worte, die allein auf den politischen Nutzen Ihrer Partei gerichtet sind? Beides geht nicht. Sie müssen sich entscheiden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Gilt das, was Herr Wulff will, nämlich eine Campagne, oder gilt das, was viele Ihrer Abgeordneten wollen? Wenn das gilt, was viele Ihrer Abgeordnete wollen, dann rufe ich diese auf, dafür zu sorgen, dass Herr Wulff seine Politik verändert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Frau Körtner [CDU]: Das war ungefähr Kreistagsniveau!)

Präsident Wernstedt:

Es spricht jetzt Frau Stokar von Neuform.

Frau Stokar von Neuform (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde diese deutsche Debatte über Zuwanderung, die wir jetzt auch hier im Niedersächsischen Landtag führen, gerne parallel auf eine Großbildleinwand auf das Messegelände übertragen. Ich würde mir gerne das Kopfschütteln der internationalen Besucher der CeBIT über diese deutsche Zuwanderungsdebatte ansehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Möllring [CDU]: Glauben Sie ernsthaft, dass die stehen bleiben würden?)

Meine Damen und Herren, wir hatten nicht nur die EXPO in Hannover. Wir haben jetzt wieder die CeBIT.

(Möllring [CDU]: Wer war denn gegen die EXPO?)

Unser Stadtbild ist in diesen Tagen der CeBIT davon geprägt, wie eine Einwanderungsgesellschaft eigentlich aussehen könnte. Ich bin für die Internationalisierung des deutschen Arbeitsmarktes; denn dies ist doch heute völlig selbstverständlich. Gehen Sie doch einmal mit einem anderen Blick über die CeBIT. Wir alle werden doch in den nächsten Tagen die CeBIT besuchen. Fragen Sie doch einmal die deutschen Firmen, in welchen Ländern dieser Welt sie Niederlassungen haben. Fragen Sie doch einmal die deutschen Firmen, mit welcher Selbstverständlichkeit in allen anderen Industrienationen die Arbeitsbelegschaft international zusammengesetzt ist. Wir führen hier eine rückwärts gewandte, erbärmliche Abschottungsdebatte.

Herr Stoiber sagt, nur unter der Bedingung, dass der Anwerbestopp aufrechterhalten bleibt, sei er bereit, über ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz weiter zu verhandeln.

Meine Damen und Herren, ich meine, die Grünen haben sich in der Frage der Zuwanderung in den letzten Wochen und Monaten mehr als kompromissbereit gezeigt.

(Zustimmung bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Wir haben in dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz 80 % der Vorschläge aus dem Müller-Papier übernommen. Wir sind auch in den umstrittenen Fragen der Flüchtlingspolitik weit über das hinausgegangen, was Inhalt grüner Flüchtlingspolitik ist.

Meine Damen und Herren, welche Grenzen haben die Grünen in dieser Debatte denn gesetzt? Wir fordern nichts anderes als die Anerkennung des internationalen Völkerrechts

(Beifall bei den GRÜNEN)

und die Anerkennung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.

Ich will Ihnen an einem Beispiel deutlich machen, weswegen uns der Aspekt der nichtstaatlichen Verfolgung so wichtig ist. Es geht nämlich überhaupt nicht um die Frage, ob weitere Flüchtlinge

hier nach Deutschland kommen dürfen, sondern es geht um die Frage, was wir mit den mehr als 200 000 Flüchtlingen machen, die seit zehn Jahren und länger hier in Deutschland geduldet werden, aber keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Wir wollen, dass diese Flüchtlinge, die integriert sind, die deutsch sprechen, die arbeiten wollen, ein Aufenthaltsrecht bekommen, damit sie und ihre Kinder, die hier geboren sind, die hier in die Schule gehen, in Deutschland die Perspektive des sozialen Aufstiegs haben. Bei dem Aspekt der nichtstaatlichen Verfolgung geht es um die Frage, ob die afghanischen Frauen, die seit zehn Jahren und länger hier in Deutschland wohnen, ein Aufenthaltsrecht bekommen. Aber auch in diesem Punkt verweigert die CDU jedes Gespräch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für den Bereich der Integration brauchen wir dieses Zuwanderungsgesetz, weil es dazu bisher keine bundesrechtliche Regelung gibt. Wir sehen doch die Probleme in den Kommunen. Wir wollen, dass der Bund einen Teil dieser Kosten übernimmt. Die Bundesregierung hat zugesagt, dass sie bei Neuankömmlingen 600 Sprachstunden pro Flüchtling finanzieren will. Ich verstehe nicht, wie Sie hier in Niedersachsen glauben können, auf dieses Geld, auf diese Bundesfinanzierung von Sprach- und Integrationskursen verzichten zu können.

Meine Damen und Herren, ich hoffe immer noch, dass sich die CDU bis zur entscheidenden Sitzung des Bundesrates bewegen wird und dass es dort dann eine Mehrheit gibt. Wir brauchen in Deutschland ein modernes Zuwanderungsgesetz, und es wäre schön, wenn von der CDU in Niedersachsen ein entsprechendes Signal an Brandenburg ausgehen würde. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Kollege Schünemann.

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir - und vor allem die SPD-Fraktion - können froh sein, dass die Rede ihres Vorsitzenden nicht live übertragen worden ist;

(Beifall bei der CDU)

denn das, was Sie in dieser sensiblen Frage vorge-
tragen haben, war nichts anderes als Stimmungsmache. Ich meine, darauf sollten wir wirklich verzichten.

(Beifall bei der CDU - Adam [SPD]:
Dann verhindern Sie das doch! Wo ist
denn Ihr Einfluss auf Ihren Vorsitzen-
den?)

Es wäre schlicht peinlich gewesen, wenn das über-
tragen worden wäre.

Meine Damen und Herren, die Position der CDU
in dieser Frage ist seit langem völlig eindeutig. Wir
wollen ein modernes Zuwanderungsrecht, das Zu-
wanderung auch wirklich steuert. Aber angesichts
von 4,3 Millionen Arbeitslosen in diesem Land
und einer Zuwanderung in die Sozialversiche-
rungssysteme seit mehr als zehn Jahren wollen wir
Zuwanderung auch begrenzen, meine Damen und
Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dem trägt das am 1. März verabschiedete Gesetz
aber in keiner Weise Rechnung. Es bringt nichts,
wenn ich zwar Ziele definieren - „Zuwanderung
begrenzen“ -, aber bei den konkreten Regelungen
dann genau das Gegenteil mache. Damit täusche
ich doch die Bürger, meine Damen und Herren,
und das sollten wir in dieser Frage nun beim besten
Willen nicht machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sogar der Herr Minis-
terpräsident - der bei dieser Frage wieder nicht da
ist - hat Schlagzeilen produziert: „Wir müssen dem
Gesetz zustimmen, um Zuwanderung zu begren-
zen.“ - Meine Damen und Herren, glauben Sie
wirklich, dass die Menschen nicht auch das Klein-
gedruckte lesen? Ich will Ihnen einmal ganz plas-
tisch darstellen, dass hier überhaupt nichts be-
grenzt wird:

Wenn Sie bei den Arbeitgeberverbänden sind,
sagen Sie, dieses Gesetz trägt - vor allem dadurch,
dass der Anwerbestopp aufgegeben wird - dazu
bei, dass mehr ausländische Arbeitnehmer nach
Deutschland kommen und in Arbeit gebracht wer-
den können. Wenn Sie bei den Kirchen sind, dann
sagen Sie, dass durch erweiterte Bleiberechtsre-
gelungen ein humaneres Recht geschaffen wird und
mehr hierher kommen können. Wenn Sie bei den
Sozialversicherungsträgern sind, sagen Sie, wir

brauchen mehr Zuwanderung, um den demografi-
schen Knick in unserer Gesellschaft auszugleichen.
Zum Schluss machen Sie einen rot-grünen Strich
darunter. - Und dann wollen Sie behaupten, dass
damit Zuwanderung begrenzt wird?

(Frau Harms [GRÜNE]: Dass Sie sich
zum Büttel von Stoiber machen wür-
den, ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren, Sie können die Men-
schen in unserem Lande doch nicht für dumm ver-
kaufen!

(Beifall bei der CDU)

Ganz interessant ist dann Folgendes - hier haben
Sie gezeigt, dass Sie wirklich etwas inszenieren
können -: Nachdem Sie angeblich hart verhandelt
haben, haben Sie eine Pressekonferenz gemacht,
48 Stunden vor der Verabschiedung des Gesetz-
entwurfs im Bundestag. Ich habe Frau Kerstin
Müller gesehen, die mit Ringen unter den Augen
gesagt hat: Wir sind über die Belastungsgrenze
hinausgegangen und sind der CDU entgegenge-
kommen. - Da habe ich gedacht, jetzt können wir
vielleicht tatsächlich zu einem gemeinsam getra-
genen Gesetz kommen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Wer soll Ih-
nen das eigentlich glauben, Herr Kol-
lege?)

Zwei Stunden später habe ich dieselbe Fraktions-
vorsitzende mit der Vorsitzenden der Grünen, mit
Frau Roth, gesehen, als sie freudestrahlend gesagt
hat: An diesem Gesetzentwurf ist im Kern über-
haupt nichts geändert worden. - Genau so ist es,
meine Damen und Herren, und da sollten Sie die
Leute auch nicht täuschen.

(Beifall bei der CDU)

Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, dass
Sie der Fraktion der CDU ein Konsensangebot
haben machen wollen, wenn Sie ihr nachts, 48
Stunden vor der Abstimmung, mehr als 60 Ände-
rungsseiten gegeben haben. Das war doch unseri-
ös! So etwas sollten Sie auch nicht machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in unse-
rem Staat und in unserer Demokratie gibt es ganz
klare Regeln: Gesetzentwürfe müssen in den Aus-
schüssen verhandelt werden. Es kann nicht ange-
hen, in irgendwelchen Kungelrunden zu versuchen,

zu Kompromissen zu kommen. Wenn Sie Ihren Gesetzentwurf vorgelegt hätten, hätten wir im Innenausschuss vernünftig darüber reden können! Dann hätten wir nicht in einer Nacht- und Nebelaktion 140 Änderungsanträge behandeln müssen. Nur dann hätten Sie sagen dürfen, meine Damen und Herren, dass hier wirklich seriös etwas geändert werden soll.

(Beifall bei der CDU - Frau Harms
[GRÜNE]: Ich finde, dass Frau Süßmuth ganz gut gearbeitet hat!)

Meine Damen und Herren, auch im Bundesrat gibt es klare Regeln. Wenn wir da nicht zu einer Einigung kommen, dann wird der Vermittlungsausschuss angerufen. Dort können wir unsere Positionen abgleichen und versuchen, doch noch zu einem Kompromiss zu kommen. Aber was sagen Sie? Sie lehnen dieses ab. Und uns dann vorzuwerfen, wir würden blockieren, meine Damen und Herren, ist doch nun wirklich ein Hohn. Das können Sie den Leuten doch nicht verkaufen. Hören Sie doch damit auf!

(Beifall bei der CDU - Buß [SPD]:
Wir wissen doch, dass Sie nicht zustimmen dürfen!)

Wir bieten Ihnen an, zu versuchen, in den zentralen Fragen zu einem Konsens zu kommen.

(Adam [SPD]: Das dürfen Sie doch gar nicht! Sie werden zurückgegriffen!)

Voraussetzung ist aber, dass wir damit tatsächlich zu einer Begrenzung der Zuwanderung kommen, gerade was die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt angeht. Aber wenn in Ihrem Gesetzentwurf immer noch steht, dass der regionale Bedarf ausreicht, um Zuwanderung zu organisieren, dann sage ich Ihnen, das kann doch nicht wahr sein. Wir müssen möglichst erst die 4,3 Millionen Arbeitslosen in Arbeit bringen, und dann können wir über Zuwanderung nachdenken. So wie Sie das organisieren, macht das doch keinen Sinn.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das ist doch infam! Sie sind ein ganz schlimmer Propagandist, Herr Kollege!

Präsident Wernstedt:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Schünemann (CDU):

Uns Blockade vorzuwerfen, macht angesichts der Tatsache, dass wir Ihnen längst angeboten haben, im Vermittlungsausschuss eine Linie zu finden, keinen Sinn. Gehen Sie weiter auf uns zu, rufen Sie mit uns den Vermittlungsausschuss an! Dann können wir noch eine insgesamt vernünftige Regelung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land organisieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Plaue hat noch einmal um das Wort gebeten.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schünemann, wie viel Auf-Sie-Zugehen wollen Sie eigentlich noch haben? - Ich habe den Eindruck, dass die rhetorische Kosmetik, die Sie hier betreiben, keinem anderen Ziel dient, als zu fordern, dass zusätzliche Forderungen der CDU aufgenommen werden, und immer dann, wenn die Koalition auf die CDU zugeht, zu erklären, das reiche nicht aus. - Meine Damen und Herren, seien Sie doch ehrlich! Sie wollen vor der Bundestagswahl den Kompromiss nicht mehr,

(Adam [SPD]: Richtig!)

und Sie wollen dieses Thema zum Wahlkampfthema machen. Das sind Ihre Motive und nicht das, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie denn die historische Entwicklung völlig vergessen, Herr Kollege? - Da gab es eine Kommission, die den Namen Rita Süßmuths - Mitglied Ihrer Partei - trug. Sie hat ein Konzept vorgelegt, zu dem auch die meisten Konservativen gesagt haben, dass man damit leben kann. Dann gab es eine Kommission Ihres Parteifreundes Müller, Ministerpräsident im Saarland, deren Konzept im Wesentlichen aus den Süßmuth-Positionen heraus entwickelt worden ist. Er durfte aber nicht dazu stehen, weil Stoiber den rechten Rand bedienen wollte. Das ist die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Was soll eigentlich diese scheinheilige Debatte mit der Zuwanderung, die angeblich die Sozialversicherungssysteme belastet?

(Busemann [CDU]: Natürlich, das ist doch so!)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat beim Thema Aussiedler eine klare Position für eine gesteuerte Zuwanderung bezogen. Daraufhin haben Sie Zeter und Mordio geschrien und waren für Sie die Belastung der Sozialversicherungssysteme und die Arbeitslosigkeit kein Thema mehr.

(Zustimmung bei der SPD)

Nein, meine Damen und Herren, Sie sind in dieser Frage nicht redlich. Ihnen geht es darum, den Rechten bei dem Kampf um die Lufthoheit über den Stammtischen Konkurrenz zu machen. Das werden wir Ihnen aber nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski
[CDU]: Die zittern alle, wenn Plaue über dieses Thema redet!)

Präsident Wernstedt:

Frau Stokar von Neuform, noch einmal!

Frau Stokar von Neuform (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nur gut eine Minute Redezeit. Ein Hinweis an die CDU: Waren Sie eigentlich jemals auf der Internetseite Bayerns? - Ich kann Ihnen das nur empfehlen. Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz wird die Zuwanderungspraxis in Bayern begrenzen. Das ist richtig, und das halte ich auch für einen richtigen Weg. Bayern sucht über das Internet Pflegekräfte. Bayern sucht über das Internet Facharbeiter. Bayern lässt mehr Zuwanderung in den regionalen Arbeitsmarkt über die Amigo-Beziehungen zwischen Handwerk und Arbeitsamt, über die Ausnahmeregelungen vom Anwerbestopp zu. Diese Regelungen werden in Bayern sukzessiv so ausgenutzt, dass es dort derzeit mehr Zuwanderung im Facharbeiterbereich gibt, geduldet von der Bayerischen Landesregierung, als es das rot-grüne Zuwanderungsgesetz zulassen will.

(Möllring [CDU]: Dagegen spricht doch auch gar nichts! - Gegenruf von Frau Harms [GRÜNE]: Sie sprechen dagegen, Herr Kollege!)

Diese Realität hat gute Gründe, meine Damen und Herren: Gerade in Bayern und Baden-Württemberg besteht ein eklatanter Facharbeitermangel, sodass bestimmte Handwerksbetriebe im Mittelstand 10 % ihrer Aufträge zurückgeben müssen - den wirtschaftlichen Schaden daraus können Sie ja einmal ausrechnen! -, weil die Arbeitskräfte fehlen, um diese Aufträge auszuführen.

Meine Damen und Herren, die Debatte, die Herr Stoiber gerade führt, ist unehrlich. Die bayerische Praxis ist eine andere.

(Busemann [CDU]: Erfreulich!)

Wir wollen das für ganz Deutschland regeln. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Wir kommen jetzt zu

c) Bundes- und Landesregierung als Arbeitsplatzkiller: 22 % mehr Insolvenzen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3214

Das Wort hat Herr Kollege Dinkla.

Dinkla (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Plaue, bei Ihrem Beitrag ist mir eben deutlich geworden, dass zwischen der Steigerung der Lautstärke und der Kraft der Argumente nicht unbedingt immer eine Parallelität besteht.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei einer Zunahme der Insolvenzen um 22,3 % müssen bei der Landesregierung eigentlich alle Alarmglocken schrillen. Alle Fachleute sagen, dass das die Spitze des Eisberges ist. Man sollte hier in Niedersachsen nicht, wie gewohnt, die Dinge schönreden, sondern hier müssen eigentlich die Fakten auf den Tisch.

Handwerk und Mittelstand - speziell in der Baubranche - stecken in einer tiefen Krise. Viele Hoffnungen, die zweifellos auch im Handwerk mit dem Regierungswechsel 1998 verbunden waren, sind in tiefe Resignation und Verzweiflung umgeschlagen.

Die Zahlen für Niedersachsen sind ernüchternd: Ein Wirtschaftswachstum von 0,3 % heißt konkret: 50 % unter dem Bundesdurchschnitt und etwa ein Viertel oder ein Fünftel des Wirtschaftswachstums von Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Sogar das Saarland hat uns nach dem Regierungswechsel weit abgeschlagen.

Die Arbeitslosigkeit im Februar 2002 belief sich in Niedersachsen auf 10 %. Das ist die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer. Auch hier stehen drei SPD-regierte Bundesländer an der Negativspitze.

Es gibt knallharte hausgemachte Gründe für die negative wirtschaftliche Situation in Niedersachsen. Niedersachsen bildet zusammen mit Schleswig-Holstein das Schlusslicht in der baukonjunkturellen Entwicklung. Wir haben in Niedersachsen einen enormen Nachholbedarf an Investitionen im Baubereich. Durch die schlechte Finanzausstattung der Kommunen ist diese erzwungene Investitionszurückhaltung insgesamt zum Arbeitsplatzkiller geworden. Die Investitionen in Zukunftsbereiche in Niedersachsen plätschern vor sich hin. Die Anhörung zum Thema Mittelstand hat gezeigt, wo die Schwachpunkte liegen: Förderwirrwarr, knappe Mittel, zu lange Bearbeitungszeiten. Um auch ein Beispiel zu nennen: Wo sind denn die von der CDU-Fraktion angemahnten Aktivitäten, auch für den Mittelstand neue Exportmöglichkeiten zu schaffen? Was ist gemacht worden? - Bislang habe ich davon nichts gehört.

Die Ost-Erweiterung der EU bietet insbesondere für den Handwerksbereich und den Mittelstand große Chancen zu mehr wirtschaftlichen Kooperationen. Aber auch hier ist zurzeit nicht erkennbar, dass etwas geplant ist.

Die Wirtschafts- und Steuerpolitik des Bundes wird mehr und mehr gerade für den eigentümergeprägten Mittelstand und das Handwerk zum Desaster. Die politisch kaltschnäuzige, einseitige und unausgewogene steuerliche Bevorzugung der Kapitalgesellschaften und Großindustrie, verbunden mit einer völligen Fehleinschätzung der Steuermindereinnahmen, wird ein massives Sterben der kleinen und mittleren Betriebe einläuten. Das ist die Ausgangssituation.

Es gibt aber auch psychologische Wirkungen der Politik: Wenn der Mittelstand heutzutage so definiert wird, dass dies der Bereich der Wirtschaft ist, zu dem in Krisensituationen kein Bundeskanzler,

kein Ministerpräsident und kein Staatssekretär kommt, dann läuft etwas falsch in diesem Lande.

(Zustimmung von Frau Körtner
[CDU])

Dann müssen wir uns endlich von dem Holzmann-Syndrom lösen, dass nur die Großen einen Stellenwert in der Wirtschaftspolitik haben.

Die schlechte Situation in der Wirtschaft hat auch eine Vorgeschichte, die nicht in Europa oder in den USA zu suchen ist. Wer hat denn diese komplizierte und ungerechte Steuerreform auf den Weg gebracht? Wer hat denn dieses bürokratische Monster der Neuregelung der 630-DM-Beschäftigung beschlossen? Wer hat denn das Betriebsverfassungsgesetz novelliert? Von Ökosteuer, Scheinselbständigkeit, Schlechtwettergeld und vielen anderen Negativentscheidungen überhaupt nicht zu reden. Dieser kumulierte Druck bringt die Betriebe insgesamt zur Verzweiflung.

Die Politik muss auch endlich Antworten auf folgende hochgradig gefährliche Situation finden. Viele Unternehmen auch in Niedersachsen haben eine völlig unzureichende Eigenkapitaldecke, die in vielen Fällen das kaufmännische Mindestmaß erheblich unterschreitet. Der Mittelstand - so formulieren es Insider - blutet zurzeit aus. Basel II wird vielleicht erst 2006 kommen. Aber alle wissen: Es wird jetzt bereits umgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch ein Zitat bringen: Die Blütenkränze, die dem Handwerk regelmäßig in den Sonntagsreden der Politiker gebunden werden, bestehen in Wirklichkeit leider nur zu oft aus verdorrten und dornigen Blumen. Er wünsche sich, in Berlin mehr Mittelstandspolitik erkennen zu können. - Das hat NRW-Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold von der SPD gesagt. Ich nehme ihm das ab; er kommt ja nicht aus Köln.

Für die Landesregierung heißt es angesichts der Zahlen und der Fakten der Wirtschaftspolitik: Alarmstufe Rot. - Dann ist bekanntlich Handeln und nicht Aussitzen angesagt!

Ich bin es auch leid, dass uns in Niedersachsen von der SPD politisch immer vorgegaukelt wird, hier stehe alles zum Besten. Bei der Verkündung dieser „großen“ Erfolge habe ich oft das Gefühl, das ist mehr eine Marketingmaßnahme. Hier soll etwas verkauft werden, was es in Wirklichkeit gar nicht gibt, also sozusagen „gebratenes Eis am Stiel“. Die

Wirklichkeit im Bereich des Handwerks, der Bauwirtschaft, der Dienstleistungswirtschaft ist so bedrückend, dass dies vom Hochsitz der Politik der Landesregierung wohl gar nicht mehr wahrgenommen wird. Darunter leidet der Standort Niedersachsen, meine Damen und Herren, aber nicht mehr lange!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat die Wirtschaftsministerin Frau Dr. Knorre.

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es bleibt dabei, die CDU-Fraktion kommt beim Thema Wirtschaft und kommt bei der Wirtschaft einfach nicht rüber. Das ist heute wieder deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie tragen hier saft- und kraftlose Papiere vor, meine Damen und Herren. Wenn man dann noch chic „Nordwind“ darüber schreibt, kann das auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das allenfalls ein laues Lüftchen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die Perspektiven für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes schon längst herausgearbeitet, und wir haben sie auch schon in unsere Programme umgesetzt. Wir haben die Weichen für unseren expansiven Dienstleistungssektor gestellt. Gießkannenförderung gibt es schon lange nicht mehr. Unsere Innovationsprogramme haben wir in diesem Doppelhaushalt aufgestockt. Wir haben sie auf 60 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt. Wir haben unser Darlehensprogramm im letzten Jahr mit einem Rekordergebnis abgewickelt. Wir haben unser großes Investitionsprogramm „Bauen jetzt“ aufgelegt.

(Hagenah [GRÜNE]: Wo bauen Sie denn?)

Wir haben die Investitionsbank Niedersachsen angeschoben. Sie sagen: „Fakten auf den Tisch!“ Das sind die Fakten, und die sprechen für sich!

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Wie heißt der Planet, von dem Sie erzählen?)

Meine Damen und Herren, Sie haben in Ihrem Antrag die Insolvenzen im Jahre 2001 angesprochen. Ich gebe Ihnen Recht - darüber muss man nicht hinwegreden -, natürlich haben wir in Niedersachsen einen erheblichen Anstieg der Insolvenzen zu verzeichnen. Es ist auch ganz klar, dass wir eine Änderung erreichen müssen.

Was Sie allerdings nicht sagen, Herr Dinkla, ist, dass der Trend im zweiten Halbjahr 2001 deutlich positiv ist und dass wir im Dezember sogar nur noch einen ganz minimalen Anstieg bei den Insolvenzen zu verzeichnen haben. Im Übrigen darf ich Ihnen entgegenhalten: Sie sprechen für Niedersachsen von einem Anstieg von 22 % bei den Insolvenzen. In Ihrem Vorzeigeland Bayern waren es 32 %. Das sind die Fakten.

(Plaue [SPD]: Hört, hört! Hoch interessant! Da würde ich mal nachfragen!)

Wir hören von Ihnen - daran haben wir uns schon gewöhnt - immer nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit wäre aber, wenn Sie sagen würden, wie denn insgesamt unser Saldo bei den Unternehmensgründungen aussieht.

(Plaue [SPD]: Eben!)

Diese Zahl spricht für sich. Ich darf sie einmal nennen. Ich freue mich, dass Sie mir noch einmal Gelegenheit geben, sie hier im Plenum zu nennen. Im Jahre 2001 wurden in Niedersachsen rund 7 300 Unternehmen mehr gegründet, als abgemeldet wurden. Das ist die Zahl, die zählt.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei den Gewerbeanmeldungen in den vergangenen fünf Jahren können wir feststellen, dass wir in Niedersachsen ein Plus von 6,8 % hatten. Die Gewerbeanmeldungen in Niedersachsen sind damit schneller gestiegen als in jedem anderen Bundesland und liegen damit auch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch wenn die CDU-Fraktion nach dem Motto vorgeht „Je schlechter für Niedersachsen, desto besser für uns“, müssen wir feststellen: Niedersachsen ist ein Gründerland.

Wir sollten allen denjenigen, die den Mut haben, sich selbstständig zu machen, unsere volle Unterstützung und Anerkennung geben und sie hier nicht schlechtreden.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung jedenfalls hat die Perspektiven für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes erkannt. Sie hat sie herausgearbeitet. Die wirtschaftlich schwierigen Zeiten verlangen auch solche Lösungen für die Zukunft. Die haben wir, und die werden wir konsequent umsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Steiner.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat heute mal wieder die ganz große Keule ausgepackt, zunächst um im Titel auf Rot-Grün einzuhauen, indem sie behauptet, die Bundesregierung im Verein mit der Landesregierung würde sich als Arbeitsplatzkiller betätigen.

(Zuruf von der CDU: Macht sie doch auch!)

Bewusste Vernichtung von Arbeitsplätzen - das müssten Sie mal belegen.

(Busemann [CDU]: Ihr seid doch in Berlin in der Regierung!)

Das Ganze ist wirklich nur wieder die Einleitung dazu, dass Sie das übliche Lamento über verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik herbeten können, wie wir das inzwischen aus jeder Plenarsitzung kennen. Normalerweise beglücken Sie uns in jeder Plenarsitzung mit einem Antrag dazu. Heute ist es ein Antrag zur Aktuellen Stunde.

Dazu muss man sich dann jetzt allerdings nicht zum zehnten Mal die gleichen Fakten um die Ohren hauen. Ich weise Sie nur darauf hin, dass das Steuersenkungsgesetz nach wie vor - dagegen können Sie gar nicht anreden - in fünf Jahren Arbeitnehmer und Unternehmen um 44 Milliarden DM entlastet. Das sind auch Impulse für Arbeitsplätze. Das ist kein Arbeitsplatzkillen, wie Sie das behaupten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich möchte Ihnen zu diesem Thema, weil Sie gerade so nett dazwischen gerufen haben, eines sagen. Die Energiepolitik der Bundesregierung im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeinsparung hat in erheblichem Maße zum Gewinn von Arbeitsplätzen geführt. Im gesamten Umweltbereich nähern sich die Beschäftigtenzahlen der 2-Millionen-Grenze. Das sollten Sie mit Ihren Konzepten erst einmal nachmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass da noch eine ganze Menge zu tun bleibt und dass man an manchen Punkten denkt, die Steuerreform müsse noch weitergeführt werden, und dass die Diskussion z. B. um weitere Steuereinnahmen - etwa im Bereich der Erbschaftsteuer - zu führen ist, sagen wir offen. Da erwarten wir von Ihnen, dass Sie das auch mal so offen sagen. Ich habe aber noch nicht gehört, dass Sie daran gehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein wesentlicher Punkt für Bundes- wie Landespolitik ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit. In dem Moment, in dem man das Volumen in den normalen Arbeitsbereich hereinholen würde, hätten wir eine ganz erhebliche Steigerung der Beschäftigtenzahlen. Das muss man im Paket angehen, das ist eine zähe Materie. Aber ich glaube, mit der Entwicklung des Vergabegesetzes sind wir auch da auf einem guten Weg. Wir werden sehen, ob Sie dem zustimmen oder erst einmal die Nörgelposition einnehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Worauf hat sich Herr Dinkla im Wesentlichen bezogen? - Wir hatten vor ungefähr vier Wochen den Wachstumsbericht für Niedersachsen. Darin standen auch die Zahlen für Insolvenzen. Da frage ich mich wirklich: Warum nehmen Sie sich diesen Ansatzpunkt, um die Landesregierung zu kritisieren? Es gibt genügend Gründe, mit denen man bundes- wie landesweit erklären kann, warum es gerade im Baubereich oder z. B. auch im New-Economy-Bereich erhebliche Insolvenzen gegeben hat. Wenn man gründet, geht man ein bestimmtes Risiko ein. Manche Gründung gerade im New-Economy-Bereich war nicht solide, wenn man die Beschäftigten seiner Firma nur auf 630-DM-Basis

einstellt. Dann wird man beim ersten Hauch wieder weggefedt. Genau diesen Punkt kann man für den Saldo nicht nehmen.

Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Busemann?

Frau Steiner (GRÜNE):

Nein. Bei meinen 1,19 Minuten habe ich dafür wirklich keine Zeit.

Wenn man sich mit dieser Landesregierung und ihrer Wirtschaftspolitik abarbeiten will, dann kann ich Ihnen dafür ganz andere Punkte nennen. Man könnte sagen: Es ist schön, was Frau Knorre gerade alles bejubelt hat. Alle zwei Wochen bejubelt sie eine neue Offensive: die Beteiligungsoffensive, die Cityoffensive, Niedersachsen on stage etc. Ich habe den Eindruck, dass das eine Offensive der Öffentlichkeitsarbeit ist, die Sie da machen.

Aber ein Konzept ist nicht erkennbar. Die Umsetzung erfolgt zeitverzögert. Auf viele Sachen setzen Sie sich viel, viel zu spät. Die Dienstleistungsoffensive, die Sie jetzt anfangen, wäre vor acht Jahren fällig gewesen. Da gingen die Diskussionen los, dass im qualifizierten Dienstleistungsbereich Mängel vorhanden sind, dass da ein Arbeitsplatzpotenzial vorhanden ist, das ausgeschöpft werden muss. Nichts ist passiert. Heute präsentieren Sie uns Niedersachsen on stage. Da muss ich wirklich lachen. Vor drei Jahren hat dieser Landtag zum Thema Kulturwirtschaft einen gründlichen Antrag verabschiedet, und vor zwei Wochen präsentieren Sie uns diese Initiative als Ihre neue Idee.

Ich meine, da müssen Sie weiterarbeiten. Eine Qualifizierungsoffensive braucht dieses Land, damit Ihr ganzheitliches Mittelstandskonzept nicht bröckelt, statt dass wir uns am Ausmaß der Insolvenzen abarbeiten oder, wie die CDU-Fraktion das so gerne macht, neue Kommissionen fordern. Wir könnten ja auch mal eine Kommission für Insolvenzen einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Auf die Sekunde genau ist die Redezeit eingehalten worden. - Herr Dr. Schultze!

Dr. Schultze (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dinkla hat seine Rede mit der Hoffnung auf einen Wahlerfolg der Union beendet; dann würde alles besser. Nun mag ja bei Ihnen diese Hoffnung grassieren. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie entlarven sich mit solchen Sätzen hier im Parlament, weil es Ihnen gar nicht um die Lage der Wirtschaft geht, sondern um Wahlkampf. Das haben wir bei den anderen Themen heute Morgen auch schon erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Wer einen Antrag unter einer Überschrift wie „Landesregierung als Jobkiller“ hier im Plenum des Landtages einbringt, müsste sich einmal fragen lassen - auch der Ältestenrat muss sich das fragen lassen -, ob wir solche Wertungen zulassen können, bevor hier im Hause überhaupt argumentiert worden ist. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Hier wird über Insolvenzen geredet, und der Kollege Dinkla macht eine lange Aufzählung von Überschriften zu verschiedensten Themen, vom Steuersystem bis sonst wohin, nur um wieder einmal deutlich zu machen, was man alles zu mäkeln hat.

Meine vier Minuten reichen nicht, um näher auf das Steuersystem einzugehen, aber einen Satz muss ich doch loswerden:

(Zuruf von Busemann [CDU])

Die gesamte Kritik, die Sie angebracht haben, ist falsch. Der Veräußerungsgewinn eines Privatunternehmers steht diesem persönlich zu. Der Steuervorteil einer Aktiengesellschaft kommt den Aktionären nur auf dem Papier zugute. Ob er in Form von Dividenden ausgezahlt wird, ist eine ganz andere Frage. Sie vergleichen permanent Äpfel mit Birnen. Das, was Sie hier erzählen, glauben Ihnen die Menschen allmählich nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Zur Entwicklung nur zwei oder drei Zahlen, meine Damen und Herren von der Opposition. In den letzten zehn Jahren Ihrer Regierungszeit, von 1981 bis 1990, lag Niedersachsen, was das Wirtschaftswachstum angeht, 8 % unter dem Durchschnitt der anderen Länder. Seit die SPD wieder die Verantwortung übernommen hat, seit 1990, liegen wir beim Wirtschaftswachstum 8 % über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Zahlen, die Sie hier verkünden sollten.

Ich finde es nicht angemessen, dass Sie versuchen, eine derartige Thematik in einer Fünfminuten-debatte am Tage der CeBIT-Eröffnung unterzubringen. Ist das an einem Tag, an dem die gesamte Welt auf Niedersachsen schaut, die richtige Adresse, um zu sagen „Ihr seid mit eurer Messe am richtigen Ort“, indem man dauernd über das eigene Land herzieht, nur um die Regierung schlecht zu machen? Das kann doch nicht angehen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Einige Zahlen zur Beschäftigungsentwicklung kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, nicht ersparen. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat es eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten gegeben, und zwar

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: 630-DM-Verträge!)

in Bayern um 5,2 % und in Niedersachsen um 4,2 %. Alle anderen westdeutschen Länder liegen weit darunter, einige liegen sogar im Minus. Das ist also der zweite Platz nach Bayern in Deutschland. Da ist es nicht angebracht, das in einer solchen Art und Weise zu kritisieren.

Nun zur Zunahme bzw. zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

(Möllring [CDU]: Nennen Sie doch einmal die absoluten Zahlen!)

- Ich nenne Ihnen die Zahlen. Bleiben Sie ganz ruhig. Sie haben am wenigsten Ahnung von Wirtschaft hier im ganzen Hause, Herr Möllring.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Zwischenrufe können Sie bei der juristischen Abteilung oder anderswo abliefern, aber nicht bei mir.

Wir hatten 1997 im Jahresdurchschnitt 413 000 Arbeitslose in Niedersachsen. Im Jahre 1998 waren es 399 000, im Jahre 1999 375 000,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

im Jahre 2000 350 800 und im Jahre 2001 350 100. Wenn das keine Erfolgsstory ist, dann weiß ich nicht, was Sie hier eigentlich wollen. Wenn Sie sich die Steigerung der Arbeitslosigkeit

in den letzten Monaten – etwa im November beginnend – anschauen, dann werden Sie feststellen, dass im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit Niedersachsen bei plus 0,3 % liegt, während Bayern bei plus 35 % liegt.

(Möllring [CDU]: Wenn das alles stimmen würde, warum liegen Sie dann in den Umfragen nicht bei 80 %?)

Wenn Sie uns also vorwerfen wollen, meine Damen und Herren, dass wir schlechte Wirtschaftspolitik machen, dann führen Sie doch einmal eine echte Debatte, damit Zeit und Gelegenheit ist, die Dinge wirklich auszutauschen, aber kommen Sie bitte nicht mit einer so scheinheiligen Diskussion.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Busemann [CDU])

- Ich habe noch Zeit, Herr Busemann. Die Uhr gibt mir noch anderthalb Minuten.

Ich möchte Ihnen noch etwas zu der eigentlichen Veranstaltung hier sagen. Ich könnte den Kollegen Wulff zitieren, der mehr Mut zur Gründung von Unternehmen und die Bereitstellung von mehr Joint-venture-Kapital fordert, damit risikobehaftete Gründungen unterstützt werden können. Wer das will - das wollen wir wohl gemeinsam -, der muss in Kauf nehmen, dass es einige Dinge gibt, die nicht funktionieren. Wenn wir Ländervergleiche anstellen und Jahresvergleiche machen - z. B. 2001 zu 2000 -, dann sollten Sie berücksichtigen, dass wir im Jahre 2000 die EXPO hatten.

(Glocke des Präsidenten)

- Was ist mit der Zeit?

Präsident Wernstedt:

Es wird die Gesamtrededzeit angegeben. Sie haben die fünf Minuten gerade überzogen.

Dr. Schultze (SPD):

Ach so, ich habe das Zeichen falsch verstanden. Ich will meine Rede zum Abschluss bringen.

Beim Vergleich der Zahl der Insolvenzen im Jahre 2001 mit jener im Jahre 2000 ist zu berücksichtigen, dass wir in Verbindung mit der EXPO in erheblichem Maße Neugründungen gehabt haben, die auf Zeit angelegt waren. Wenn wir uns ansehen, wie viele Gründungen wir im Bereich des

Handels haben, wie viele Geschäfte gegründet werden, die – beispielsweise in Urlaubsgebieten – nur saisonal betrieben werden, und wie viele Gründungen wir in Verbindung mit der EXPO hatten, dann kommen wir zu einer Vergleichbarkeit.

(Busemann [CDU]: Geben Sie ihm ruhig noch eine Viertelstunde!)

Ich bedauere sehr, dass Sie keinen Entschließungsantrag gestellt haben, den wir im Ausschuss ausführlich hätten behandeln können. Sie machen Wahlkampf mit Emotionen gegen Menschen, die Arbeit suchen, und versuchen, Verantwortliche zu definieren, die damit nichts zu tun haben.

Ein letzter Satz: Als Bundeskanzler Schröder die Macht in Berlin bzw. in Bonn übernommen hat, haben Sie, als es mit der Wirtschaft bergauf ging, gesagt, das liege an der Wirtschaft. Wenn es aber schlecht geht, versuchen Sie, Sozialdemokraten dafür verantwortlich zu machen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat jetzt der Kollege Schünemann, der vorhin genauso lange gesprochen hat wie der Kollege Schultze. Es gibt einen subjektiven Eindruck, der nicht von allen geteilt wird. Herr Busemann, das trifft auch für Sie zu. Sie sprechen außerordentlich schnell, weshalb die Zuhörer denken, Sie würden länger reden. Das ist aber nicht so.

(Busemann [CDU]: Das ist gerade der Trick!)

Bitte schön, Herr Schünemann!

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Schultze, wie können Sie als Wahlkreisabgeordneter aus Eschershausen/Bad Münder hier eine solche Rede halten?

(Beifall bei der CDU)

Kennen Sie die Lage vor Ort überhaupt noch?

Meine Damen und Herren, ich komme aus dem Landkreis Holzminden.

(Plaue [SPD]: Dort gehören Sie auch hin! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir hatten im vergangenen Jahr 50 Insolvenzanträge allein aus dem Bereich des Handwerks. Im Bereich Hameln-Pyrmont, in dem Sie Wahlkreisabgeordneter sind, hatten wir 166 Insolvenzen. Der IG-Metall-Vorsitzende hat ausgerechnet: 18 179 Arbeitslose allein im letzten Jahr. Vor diesem Hintergrund halten Sie eine solche Rede. Sie verstehen doch überhaupt nichts mehr von Mittelstand!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wie stellt sich denn jetzt zu Beginn des Jahres die Realität dar? - Ich darf Ihnen das einmal vorhalten: Bei Actaris sind 320 Arbeitsplätze in Gefahr, bei Hanning, Elektrowerke Hehlen 115 Arbeitsplätze, bei Phoenix-Elektronik 200 Arbeitsplätze, bei Hohmann Fleischwarenfabrik 35 Arbeitsplätze; bei Blusen Neumann in Bad Pyrmont sind 153 Arbeitsplätze nicht nur in Gefahr, sondern werden abgebaut. Vor diesem Hintergrund stellen Sie sich hier hin und tun so, als sei in unserem Lande und gerade in Ihrem Wahlkreis alles in Ordnung. Ich kann Sie nicht verstehen! Es geht um Menschen und Arbeitsplätze, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Wir müssten uns doch eigentlich gegenseitig unterhaken. Sie wissen doch, wie die Realität ist. Wenn im Handwerk die Arbeitsplätze wegbrechen, bedeutet das, dass die Jugendlichen keine Ausbildungsplätze bekommen. Erkundigen Sie sich doch einmal beim Kreishandwerksmeister in Holzminden nach der Situation. Sie werden das in der kommenden Woche beim Kreishandwerkertag hören. So können wir nicht miteinander umgehen, meine Damen und Herren! Wir brauchen gerade für diese Region einen Aufbauplan. Jeden Tag werden Insolvenzanträge gestellt. Wir können nicht so tun, als würde dies alles nicht geschehen.

(Zurufe von der SPD)

- Hören Sie doch noch zwei Minuten zu!

Natürlich sind auch Managementfehler gemacht worden. Das ist überhaupt keine Frage. Im Zusammenhang mit Umstrukturierungen höre ich aber immer wieder, dass es unzureichende Unterstützung aus dem Wirtschaftsministerium gibt.

Ich schätze den Kollegen Wolf sehr, aber lassen Sie mich zum Abschluss noch Folgendes sagen: In Hehlen steht bei den Hanning-Elektrowerken die Schließung bevor, und vor den Mitarbeitern wurde Folgendes gesagt – ich zitiere Herrn Wolf -: „Ein Angebot des Wirtschaftsministeriums, die dringend gebotene Neuorientierung der Firma Hanning auch finanziell zu unterstützen, habe man mit den Worten ‚das haben wir nicht nötig‘ ausgeschlagen.“ Meine Damen und Herren, dann bekomme ich einen ablehnenden Bescheid der Bezirksregierung. Ich lese Ihnen das einmal vor:

„Ich muss Ihnen heute leider mitteilen, dass mir das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr in diesem Jahr keine weiteren Haushaltsmittel für die Bewilligung der von Ihnen beantragten Finanzierungshilfe zur Verfügung gestellt hat.“

(Zurufe von der SPD)

„Aufgrund dieser Mittelsituation kann ich Ihnen in diesem Jahr die beantragte Finanzierungshilfe nicht mehr bewilligen.“

(Plaue [SPD]: Und was bedeutet das?)

Meine Damen und Herren, die wollten frühzeitig im Jahr 1998 umstrukturieren. Sie haben die Gelder nicht zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von der SPD: Warum denn nicht?)

Dann zu sagen, die Gesellschafter und die Geschäftsführer würden dort nichts tun, ist eine Art, in der man nicht miteinander umgehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in diesem Land Probleme, und wir müssen sie möglichst gemeinsam angehen. So, wie Sie damit umgehen, können wir - so glaube ich - für die Region nichts erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Wolf! Ihnen stehen noch knapp zwei Minuten zur Verfügung.

Wolf (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schünemann, ich würde an Ihrer Stelle einmal richtig hinhören.

(Lachen bei der CDU)

Herr Kollege Schünemann, wenn Sie so etwas zitieren, wären Sie gut beraten gewesen - das brauchen Sie mir nicht zu zeigen -, mit mir und mit dem Amt für Wirtschaftsförderung des Landkreises Rücksprache zu halten. Wenn ein ablehnender Bescheid kommt, der nicht über das Amt für Wirtschaftsförderung in Holzminden gelaufen ist - ich habe auch Rücksprache gehalten -, der von uns, der Gemeinde, nicht begleitet wurde - dies wäre ein üblicher Vorgang gewesen -,

(Widerspruch bei der CDU)

dann kann man nur sagen - - -

(Schünemann [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

- Ich habe den Eindruck, dass ich in der Verbindung und Zusammenarbeit mit meinen Firmen und anderen Firmen, die bei uns Anträge gestellt haben, von Kommunalpolitik ein bisschen mehr verstehe. Die sind alle bedient worden. Nur diese Firma ist nicht bedient worden. Warum denn nicht?

Dabei kommt es jetzt auf den Inhalt an, wofür diese Firma überhaupt gefördert werden wollte. Hier zu behaupten, Herr Schünemann, sie habe dadurch eine Weiterentwicklung nicht durchführen können, setzt voraus, dass man wissen muss, welche Produkte diese Firma überhaupt herstellen wollte. Wollte sie innovativ tätig sein, oder wollte sie den Betrieb schon innerhalb von zwei Jahren schließen?

(Zurufe von Schünemann [CDU])

Eines will ich Ihnen sagen: Sie ärgern sich darüber, dass wir zusammen mit dem Betriebsrat und mit einem anderen Betrieb längst weiter sind. Das werden Sie niemals erreichen; denn wir gehen den ordnungsgemäßen Weg und stellen uns hier nicht so hin.

Das, was ich gesagt habe,

(Schünemann [CDU]: Ist falsch!)

ist ganz klar vom anwesenden Betriebsrat, von der Bezirksregierung und auch vom Amt für Wirt-

schaftsförderung unterstrichen worden. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Plaue [SPD] – zu Schünemann [CDU] -: Sie sind offensichtlich ein ganz schlechter Wahlkreisabgeordneter! Peinlich! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 2:

41. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/3180 - Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/3216, 14/3219 und 14/3222 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/3221

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Donnerstag, dem 14. März 2002, zu beraten.

(Unruhe)

- Kann es ein bisschen ruhiger werden?

Ich halte fest, dass das Haus damit einverstanden ist, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen Änderungsanträge nicht vorliegen.

Ich rufe dann zunächst die Eingaben aus der 41. Eingabenübersicht - Drucksache 14/3180 - auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Ausschussempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 14/3180 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit den Ausschussempfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 3:

Einzige (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes für den Landesteil Oldenburg, betreffend die Berechtigung der katholischen Kirche zur Erhebung von Steuern - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/3050 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/3161

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 3050 wurde am 23. Januar 2002 an den Kultusausschuss zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Wulf.

Wulf (Oldenburg) (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kultusausschuss schlägt Ihnen in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen einstimmig vor, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Weil wir im Landtag hierzu keine Beratung mehr haben werden, möchte ich Ihnen ganz kurz sagen, worum es bei dieser Sache eigentlich geht. Mit dem Gesetzentwurf soll in erster Linie eine Vorschrift geändert werden, die einer von der Katholischen Kirche geplanten Organisationsänderung entgegensteht. Es ist nämlich beabsichtigt, die Verwaltung der kirchlichen Stiftungen im Landesteil Oldenburg den Kirchenausschüssen - statt wie bisher kirchlich bestellten Verwaltern - zu übertragen. Außerdem sollen in § 2 des Gesetzes einige nicht mehr erforderliche Regelungen gestrichen werden. Der mitberatende Ausschuss für Haushalt und Finanzen hatte auch empfohlen zu prüfen, ob nicht die missverständliche Gesetzesüberschrift geändert werden könnte. Diese deutet nämlich auf kirchensteuerrechtliche Regelungen hin; diese Vorschriften sind aber inzwischen in einem anderen Landesgesetz enthalten. Der federführende Kultusausschuss hat gleichwohl den vom GBD hierzu vorgetragenen Formulierungsvorschlag nicht aufgegriffen, weil die von dem Gesetz betroffene Katholische Kirche im Landesteil Oldenburg eine solche Änderung derzeit nicht mitträgt. Eine solche Änderung bleibt damit einer späteren Rechtsbereinigung vorbehalten.

Ich bitte Sie namens des Kultusausschusses um Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wird das Wort in der Beratung gewünscht? - Das sehe ich nicht.

Wir kommen dann zur Einzelberatung.

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Wer möchte dem Gesetzentwurf nicht zustimmen? - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist das Gesetz so verabschiedet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/2431 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/3211

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 2431 wurde in der 76. Sitzung am 16. Mai 2001 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Peters. Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Peters (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwa zehn Monate nach der ersten Beratung im Plenum legt Ihnen der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten seine Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Diese Empfehlung ist letztlich einmütig beschlossen worden, nachdem sich die Ausschussvertreter der Grünen in den mitberatenden Ausschüssen zunächst noch der Stimme enthalten hatten.

Der Ausschuss hat sich für eine gründliche Beratung des Gesetzentwurfs Zeit genommen und damit die Voraussetzungen für eine zügige Beratung in den fünf mitberatenden Ausschüssen geschaffen. Der Ausschuss konnte so eine ganze Reihe von Einzelfragen weiter klären und dazu genauere Lösungen vorschlagen. Er kann Ihnen heute eine zum Teil redaktionell, aber auch sachlich überarbeitete Fassung vorlegen, die auch mit den rahmenrechtlichen Vorschriften des Bundeswaldgesetzes noch weiter abgestimmt wurde. Über die Einzelheiten gibt Ihnen der schriftliche Bericht über die Ausschussberatungen Auskunft, der Ihnen im Abdruck vorliegt. Deshalb kann ich mich hier darauf beschränken, die wichtigsten Änderungen anzusprechen, die mit dem Gesetzentwurf und der Beschlussempfehlung verbunden sind.

Meine Damen und Herren, ich werde natürlich nicht den gesamten Bericht vorlesen,

(Zuruf von SPD: Schade!)

aber aufgrund der Tatsache, dass der Ausschussvorsitzende darum gebeten hat, zumindest die wesentlichsten Punkte zu nennen, will ich das auch gern tun. Anschließend werde ich aber den weiteren Bericht mit 20 Seiten zu Protokoll geben. Damit sind Sie hoffentlich einverstanden.

(Zustimmung von Möhrmann [SPD])
und Plauke [SPD])

Der Gesetzentwurf zielt zunächst einmal - - -

Präsident Wernstedt:

Bei 20 Seiten hätten Sie ruhig ein bisschen mehr Beifall klatschen können.

(Heiterkeit)

Peters (SPD), Berichterstatter:

Der Gesetzentwurf zielt zunächst einmal auf eine Rechtsbereinigung, denn er fasst drei größere Landesgesetze zu einem einzigen Regelwerk zusammen.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Damit soll eine Reihe nicht mehr erforderlicher Bestimmungen gestrichen und im Übrigen ein besserer Überblick über das geltende Landesrecht ermöglicht werden.

Die wichtigsten sachlichen Anliegen des Gesetzesentwurf sind

- Änderungen bezüglich der Genehmigungsverfahren für Waldumwandlungen und Erstaufforstungen,
- die Kennzeichnung der Merkmale der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft,
- die Regelung der Anzeigepflicht für Kahlschläge,
- die Erleichterung der eigendynamischen Entwicklung von Waldflächen,
- die Einordnung der Genossenschaftswälder als Privatwald und die Vereinfachung der Betriebsplanung für diese Wälder sowie
- ein verbesserter Schutz der Waldbesitzer vor Haftungsrisiken.

Meine Damen und Herren, den Rest des Berichtes gebe ich zu Protokoll. Ich darf Ihnen empfehlen, diesem Gesetzesentwurf zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

(Zu Protokoll:)

Lassen Sie mich auf fünf dieser Punkte eingehen, zu denen der Ausschuss jeweils sachliche Änderungsvorschläge vorlegt.

Erstens. Die Überarbeitung der Genehmigungsvorschriften für Waldumwandlungen in § 8 und für Erstaufforstungen in § 9 - und, damit zusammenhängend, der Bestimmungen über die Zusammenarbeit mit der Landesforstverwaltung in § 5 - zielt auf einen verbesserten Waldschutz. Nach Überzeugung des Ausschusses ist dieser Schutz durch eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Waldbehörde zu erreichen, weil so der forstliche Sachverstand in die Entscheidungen einfließen kann. Die Waldbehörde soll künftig an allen wesentlichen walddrechtlichen Entscheidungen durch Erteilung einer Genehmigung oder zumindest durch Herstellung des Einvernehmens mit ihr maßgeblich beteiligt werden.

Deutlich wird die Stärkung der Waldbehörden auch an der Empfehlung, einige der bisherigen Ausnahmen von der Genehmigungspflicht in § 8 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 und 4 zu streichen. Diese Empfehlung beruht allerdings auch auf Bedenken

im Hinblick auf die Vereinbarkeit dieser Ausnahmen mit dem Bundesrahmenrecht und auf der Erkenntnis, dass die noch im Landtag zu beratenden Regelungen zur Prüfung der Umweltverträglichkeit derartige Ausnahmen kaum noch zulassen.

Zwar schlägt der Ausschuss zu den §§ 8 und 9 je einen zusätzlichen Ausnahmetatbestand vor; auch in diesen Fallgruppen ist aber die Waldbehörde maßgeblich zu beteiligen. So soll die Konzentrationswirkung der Baugenehmigung und der Bodenabbaugenehmigung wieder aufgenommen werden. Das bedeutet, dass neben diesen Genehmigungen nicht auch noch eine walddrechtliche Genehmigung eingeholt werden muss; die Baugenehmigung und die Bodenabbaugenehmigung können aber nicht ohne die Zustimmung der Waldbehörde erteilt werden. - Zu § 9 wird vorgeschlagen, Ausgleichs- und Ersatzaufforstungen genehmigungsfrei zu stellen, weil es dabei um Nebenentscheidungen zu Genehmigungen geht, an denen die Waldbehörde bereits beteiligt worden ist.

Zweitens. Die Grundsatzvorschrift für die Waldbewirtschaftung findet sich in § 11, in dem die Anforderungen an die ordnungsgemäße Forstwirtschaft umschrieben werden. Nach eingehender Diskussion hat sich der Ausschuss für den Lösungsvorschlag entschieden, dass gegenüber den privaten Waldbesitzenden wie bisher nur die allgemeinen Grundsätze der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft in § 11 Abs. 1 durchsetzbar sein sollen. Dies steht so auch in der Vollzugsvorschrift des § 14 Satz 1. Die in § 11 Abs. 2 aufgeführten einzelnen „Kennzeichen“ der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sollen hingegen, wie auch deren Bezeichnung nahe legt, den privaten Waldbesitzenden nicht verbindlich vorgegeben werden.

Der Ausschussvertreter der Grünen hat sich für eine striktere Fassung dieses Absatzes sowie für eine zusätzliche Bestimmung zum Schutz von Altholz- und Totholzbeständen eingesetzt. Dem ist der Ausschuss jedoch nur im letzten Punkt gefolgt. Für Kommunal- und Genossenschaftswälder und für den Landeswald sind allerdings auch die genannten „Kennzeichen“ zu beachten, wie sich aus § 16 Abs. 1 Satz 1 ergibt.

Drittens. Die Pflicht zur Anzeige von Kahlschlägen in § 12 ist auf Vorschlag der Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion noch erheblich erweitert worden. Die Anzeigepflicht soll schon bei Waldflächen von einem Hektar Größe einsetzen; auch sollen Hiebmaßnahmen im Rahmen der ordnungsgemä-

ßen Bewirtschaftung nur dann nicht angezeigt werden müssen, wenn dabei wenigstens ein Viertel des Holzbestands erhalten bleibt.

Viertens. Die künftige Einstufung der Genossenschaftswälder als Privatwald in § 3 Abs. 5 war in den Ausschussberatungen nicht mehr ernsthaft umstritten, nachdem festgestellt werden konnte, dass sich die rechtlichen Auswirkungen dieser Änderung in engen Grenzen halten.

Fünftens. Einen Schwerpunkt der Beratungen bildeten die Entwurfsvorschriften, die auf einen Schutz der Waldbesitzenden vor Schadenersatzansprüchen abzielen. Im Hinblick auf die hier bestehenden rechtlichen Bedenken empfiehlt der Ausschuss, auf die zunächst geplanten Betretensverbote zur Nachtzeit zu verzichten und stattdessen die Haftungsausschlussvorschrift des § 30 Satz 2 um diese Fallgruppen zu erweitern.

Über die Formulierung der einzelnen Haftungsausschlussstatbestände und über deren Begrenzung in Fällen vorsätzlichen Handelns hat der Ausschuss sehr eingehend beraten. Auch in diesem Punkt möchte ich auf die näheren Ausführungen im schriftlichen Bericht verweisen.

Damit bin ich am Schluss des Überblicks über die Beschlussempfehlung angelangt. Ein Ergebnis der gründlichen Beratungen des Entwurfs ist auch, dass die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung nun von allen drei Fraktionen getragen wird.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Räke.

Räke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war eine lange, geduldige Arbeit, die heute ihren Abschluss findet. Wir von der Land- und Forstwirtschaft sind, so meine ich, recht zufrieden mit uns, denn nach dem Jagdgesetz vor einigen Monaten beschließen wir in dieser Legislaturperiode ein weiteres wichtiges Gesetz. Aus drei alten Gesetzen von 1961, 1978 und 1984 haben wir ein zeitgemäßes und nach vorne gerichtetes Niedersächsisches Landeswaldgesetz gemacht. Dabei haben wir uns miteinander viel Mühe gegeben, denn, meine Damen und Herren, bei uns im Agrarausschuss ist es gute Übung, dass wir in der Sache immer wieder den Konsens suchen,

(Sehrt [CDU]: Das kann ich bestätigen!)

vielleicht auch, damit das Gewicht der Land- und Forstwirtschaft im Plenum immer wieder deutlich wird. Wir haben es geschafft, bei dem neuen Waldgesetz mit einer Zunge zu sprechen, d. h. SPD, CDU und Grüne beschließen dieses Gesetz gemeinsam, und wir tun das, ohne dabei faule Kompromisse geschlossen zu haben. Meine Damen und Herren, das ist sicherlich ein schönes Ergebnis, allerdings mit der Folge, dass die Medien wahrscheinlich gelangweilt darüber hinweggehen werden, denn wir streiten uns nicht, es gibt keine polemischen Attacken. Was soll man also groß darüber berichten? Das ist aber für uns nicht entscheidend, sondern entscheidend ist, dass wir heute ein gutes Gesetz auf den Weg bringen, ein Gesetz, das für die gute Entwicklung der niedersächsischen Wälder ein Gewinn sein wird, und zwar der Staatswälder und der privaten Wälder.

Meine Damen und Herren, bei unseren Beratungen hatten wir immer drei große Ziele im Auge.

Erstens. Die nachhaltige Forstwirtschaft soll weiterentwickelt werden und sich ungestört weiterentwickeln können.

Zweitens. Der Wald soll auch weiterhin der gesamten Bevölkerung nützen, z. B. zur Erholung, als Wasserspeicher und in vielfältiger anderer ökologischer Hinsicht. Das haben wir meines Erachtens hinbekommen.

Drittens. Meine Damen und Herren, wahrscheinlich ist es fast ein Insiderwissen und der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass es nicht nur den staatlichen Wald gibt, der der Allgemeinheit, also uns allen gehört, und von dem der Durchschnittsbürger sagt: Das ist mein Wald, und in diesem Wald kann ich machen, was ich will und was ich für richtig halte. - Wer weiß schon - auch vielleicht hier im Plenum -, wie viele Privatwaldbesitzer, wie viel Privatwald es gibt? Die Privatwaldbesitzer sind ja ganz normale Leute. Denen gehören die Bäume und der Boden, auf dem die Bäume wachsen, so wie uns unser Auto und unser Fahrrad gehören. Ich weiß nicht, ob das allen bekannt ist. Ich habe manchmal den Eindruck, dass das nicht allen bekannt ist. Hier ist es natürlich allen bekannt; das möchte ich zugestehen. Die Frage lautet: Wie viel Privatwald gibt es? Diese Zahl ist hier natürlich bekannt. Ungefähr 60 % des niedersächsischen Waldes sind Privatwald. Selbstverständlich darf

auch dieser Wald jederzeit von jedem begangen und genutzt werden.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Auch nachts? - Zuruf von Frau Somfleth [SPD])

Meine Damen und Herren, diese Privatwaldbesitzer wollten und wollen wir nicht alleine lassen. Das heißt, wir haben auch sie bei unseren Beratungen, Frau Somfleth, immer im Auge behalten. Die Privatwaldbesitzer sind seit vielen Jahren in einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite darf jeder kostenlos ihren Wald betreten, und auf der anderen Seite haben sie große Probleme, mit dem Holz, mit dem Wald Geld zu verdienen, also mit einem Wald, in den sie, wenn sie ernsthaft damit arbeiten, immer wieder Geld investieren müssen.

Meine Damen und Herren, das waren die drei wichtigen Generallinien, die bei unseren Beratungen immer eine Rolle gespielt haben.

Zum Schluss möchte ich zu zwei Punkten eine kurze Anmerkung machen, die im Zuge der Gesetzgebungsberatung mehr oder weniger heftig auch öffentlich diskutiert und debattiert wurden. Zum einen geht es um die Frage, ob noch jederzeit jeder ungehindert unseren Wald betreten darf, also um § 24 des Waldgesetzes. In diesem Bereich gab es Probleme, die uns veranlasst haben, sorgfältig darüber nachzudenken. Es gibt nämlich Leute, die das Interesse haben - aus welchen Gründen auch immer -, nachts in den Wald zu gehen und sich vom Pfad - ich will nicht sagen „vom Pfad der Tugend“ - wegzubewegen. Sie stolpern zwischen den Bäumen herum und verunglücken. Sie tun sich dann einen Schaden an, wenden sich an den Waldbesitzer und inszenieren große Prozesse. Das alles hat es gegeben. Wenn der Staat, das Land davon betroffen ist, mag das noch angehen. Das Land kann die Kosten tragen. Es hat aber wirklich Probleme gegeben, meine Damen und Herren, wenn Privatwaldbesitzer von solchen Klagen überzogen werden. Wir haben das Problem gelöst. Es war eine lange und schwierige Debatte. Wir haben das Problem über das Haftungsrecht, also über den § 30, gelöst und hoffen, dass nun die Waldbesitzer ausreichend geschützt sind.

Den zweiten Punkt, den ich erwähnen möchte, mögen Sie bitte sportlich und mit Nachsicht betrachten. Es geht um den § 26, nämlich um das Reiten, die Reiter und die Pferde, von denen sich manche im Wald mehr oder weniger belästigt füh-

len. Das ist eine schwierige Angelegenheit, wie wir alle wissen: Die Reiter schauen auf einen herab. Die Pferde haben große Füße und trachten einem nach dem Leben, wie Winston Churchill sagte. Ich will damit nur sagen: Die Emotionen gehen bei dem Thema Reiten und Reitern immer hoch. Selbstverständlich haben wir auch das in den Griff bekommen. Wir wollten aber nicht mit der großen Gesetzgebungskeule kommen.

(Unruhe)

- Ich komme gleich zum Schluss. - Wenn es also in einer Region - meistens sind es großstadtnahe Regionen - eine Last mit den Reitern gibt, dann überlassen wir es den Landkreisen, ob sie in ihren Kreistagen beschließen, dass die Pferde Kennzeichen tragen müssen, wie das im Bundesland Nordrhein-Westfalen flächendeckend der Fall ist.

(Möhrmann [SPD]: Sehr gut!)

Ich weiß, dass bei diesem Thema auch in meiner Fraktion ein gewisser Aufruhr entstanden ist, hoffe aber, dass sich alle wieder beruhigt haben und dieses mit Fassung tragen.

Meine Damen und Herren, wir meinen, dass dies insgesamt - damit komme ich zum Schluss - ein gutes Gesetz ist. Auch wenn Sie aus unseren mächtigen Metropolen kommen, nämlich aus Braunschweig, Hannover, Osnabrück oder Oldenburg, also aus Städten, wo Sie weniger Kontakte zu unserem niedersächsischen Wald haben, können Sie doch diesem Gesetzentwurf guten Gewissens und frohen Mutes zustimmen, und darum bitte ich Sie hiermit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Oestmann.

(Klare [CDU]: Mal sehen, was der Fachmann dazu sagt! - Gegenruf von Rake [SPD]: Er wird mir zustimmen!)

Oestmann (CDU):

Erinnern Sie sich noch an den Altmeister Goethe?

„Über allen Gipfeln ist Ruh‘. In allen Wipfeln spürest du kaum einen Hauch. Die Vöglein schweigen im

Walde, warte nur, balde ruhest du auch.“

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies könnte fast ein Symbol sein. Nachdem, was meine Vorredner geschildert haben, haben wir in der Tat heute einen Sachverhalt vor uns, über den eigentlich schon alles gesagt worden ist, nur noch nicht von jedem. Aber es gibt ein paar Kriterien, die doch der Anmerkung würdig sind.

Die Beratung, deren Ablauf der Kollege Räke geschildert hat, hatte einen vorzüglichen Regierungsentwurf zur Grundlage. Wir haben es hier gelegentlich mit Entwürfen zu tun, deren Gebrechlichkeit erst über eine unerhörte Aufwendung in den Ausschüssen gesunden kann.

(Frau Hansen [CDU]: Das ist sehr wahr!)

Insofern war das sehr hilfreich.

Die kritischen Punkte, denen wir uns im Verlaufe der Beratungen genähert haben, sind unbestreitbar. Es geht hier um die Zusammenfügung mehrerer selbstständiger Gesetzesvorhaben in eines, was von der Sache her durchaus zusammengehört. Es geht im Kern um einen Sachverhalt, eben den deutschen Wald, der viele mehr emotional anrührt, als dass ihnen die ökonomischen Bedingungen bekannt sind. Das, was der Kollege Räke dazu gesagt hat, trifft ja leider zu. Lassen Sie mich Ihnen dazu eine aktuelle Zahl nennen: Die Waldbesitzenden - das ist der Terminus dieses Gesetzes - sind überwiegend Private sowie Öffentlich-Rechtliche wie Staat, Bund und eben auch Körperschaften. Wir haben es mit dem Phänomen zu tun, dass wir in den letzten zehn Jahren auf der Erlösseite zwischen 30 und 40 % verloren haben. Es ist deshalb für viele Waldbesitzende ein teures Hobby oder Vergnügen, das im Interesse der Gesellschaft - dieses Gesetz fordert das auch ein - pfleglich behandelt werden soll und muss.

Außerdem soll der Wald um seiner selbst willen geschützt werden. Zugleich gibt es aber auch Wünsche, den Anteil des Waldes möglichst noch zu vermehren. Ich mache an dieser Stelle den kritischen Einschub: Ein Wirtschaftsgut, von dem es offensichtlich schon überreichlich gibt, noch zu vermehren, ist zumindest volkswirtschaftlich nicht unbedingt logisch. Deshalb kann ich all denen, die dieses Wirtschaftsgut mehrten wollen, nur sagen, dass sie sich ein paar Gedanken darüber machen sollen, wie man das erträglich gestalten kann. Wir

erleben draußen im Lande - das sage ich auch ein bisschen bedauernd - insbesondere unter den jüngeren Waldbesitzenden eine Entwicklung, die die Stufe der Resignation längst verlassen hat und sich in der Nähe der Gleichgültigkeit befindet. Das kann dem Wald und unserem gemeinsamen Ansehen nicht nützen.

Wir wollen den Wald erhalten, vermehren und gestalten. Dazu müssen wir erst einmal wissen, was Wald ist; das ist hier schon angedeutet worden. Aber das ist nicht der Tenor des Gesetzes. Für die Randbereiche, also was kein Wald ist, was noch kein Wald ist und ab wann man nicht verhindern kann, dass er es automatisch wird, hat das Gesetz meines Erachtens vernünftige Beschreibungen vorgenommen, mit denen sich alle, die damit zu tun haben, zurechtfinden können.

Bei der Einbringung des Gesetzentwurfes haben wir über die Phase der Dunkelheit im Wald gesprochen; ich möchte diese Diskussion jetzt nicht wieder aufwärmen. Wenn man diesen Sachverhalt nicht klar regelt, potenzieren sich natürlich automatisch die Haftungsfragen. Das Gesetz trennt insoweit sauber zwischen walddtypischen Gefahren, die jeder selbst zu tragen hat, wenn er sich in diese wunderschönen Landschaftsbestandteile begibt, und es gibt darüber hinaus keine totale Haftungsfreistellung. Das heißt, dass Waldbesitzende dann, wenn sie grob fahrlässig handeln, sehr wohl in der Haftung bleiben.

Zum Reiten ist das Notwendige gesagt worden. Das war ja ein Punkt, bei dem uns zu Beginn der Beratungen alle reitenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern bestürmt haben, den Ursprungsentwurf so nicht Gesetz werden zu lassen. Mit dem Ergebnis scheinen alle leben zu können, auch wenn noch ein wenig hinterher tarockt wird. Aber es ist unbestreitbar, dass wir konkurrierende Nutzer der Landschaft sind. Es ist ja nicht der Wald, der primär unter dem Reiter leidet, sondern es ist der Fußgänger, der sich bedrängt fühlen kann.

(Frau Hansen [CDU]: Der Radfahrer!)

Von daher ist an alle zu appellieren, dass sie sich so verhalten, wie sie selbst gerne in der Landschaft gelitten und willkommen geheißen werden möchten. Im Übrigen - das darf bei aller Betonung von Wald und Bäumen nicht ganz in den Hintergrund treten - finden sich hier auch die Gesetzesregelungen zum Betretungsrecht in der freien Landschaft

wieder, die eine alte Rechtsposition darstellen, aber auch vernünftig ausgestaltet sind.

Lassen Sie mich mit einer letzten, schon fast humorigen Bemerkung schließen. Sie haben gehört, dass alle an der Beratung beteiligten Fraktionen diesem Entwurf zustimmen wollen. Die Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen waren nur über die Aufnahme von Regelungen zum Tot- und Altholz in das Gesetz zur Zustimmung zu bewegen. Ich gehe davon aus, dass jeder weiß, was Altholz ist. Alle über 80 Jahre sind alt. Das kann man ja noch nachvollziehen. Aber beim Totholz gibt es durchaus begriffliche Verwirrung. Gemeint sind in diesem Falle die Bäume, die das normale Waldbaumleben ausgehaucht haben und als Refugium, Rückzugs- und Nistmöglichkeit für alle die Tiere dienen sollen - - -

(Möhrmann [SPD]: Müssen die mindestens kniehoch sein, Herr Kollege?
- Mühe [SPD]: Wenn sie liegen oder wenn sie stehen?)

- Möhrmann, stören Sie jetzt nicht! - Das bezieht sich auf die Entstehungsgeschichte des Waldes. Altbäume haben diese Flegelphase längst überschritten. Wenn Sie noch einmal auf „kniehoch“ abheben, dann sage ich: Das war der vielleicht gelungene Versuch, zu bestimmen, dass dann Wald da ist, also wenn er kniehoch geworden ist oder wenn sich ein walddtypisches Klima entwickelt hat. „Walddtypisches Klima“ ist einer dieser berühmten unbestimmten Rechtsbegriffe, die es sehr Streitlustigen auch in Zukunft ermöglichen werden, einen Streit vom Zaun zu brechen. Insofern wird dieses Gesetz die Juristen nicht arbeitslos machen.

Langer Rede kurzer Sinn: Aus meinen Ausführungen ist wohl deutlich geworden, dass wir dem Gesetz zustimmen werden. Lassen Sie uns gemeinsam damit umgehen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Klein!

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gab einen Grundkonflikt, der sich durch die gesamten bisherigen Beratungen gezogen hat. Das war die Polarität, die sich durch die Interessen der Waldbesitzenden auf der einen Seite und die Interessen der

Allgemeinheit auf der anderen Seite ergibt. Es wird Sie nicht überraschen, dass meine Fraktion angesichts der bekannten Konstellation ihr Hauptaugenmerk auf die gesellschaftlichen Anliegen der ökologischen Schutzfunktion und der Erholungsfunktion gelegt hat. Ein wenig überraschend war es für mich dann aber doch, dass im Verlaufe der Beratungen die im ersten Entwurf enthaltene Schiefelage zulasten der Allgemeinheit bis zur heute vorliegenden Beschlussempfehlung tatsächlich weitgehend beseitigt werden konnte. Sie erinnern sich, dass die Reiter mit unserer Unterstützung bereits in der Anhörungsphase ihre Interessen einbringen und wahren konnten. Es gibt keine Verschlechterung zur alten Gesetzeslage.

Der nächste geplante Anschlag galt den Nachtschwärmern und Nachtwanderern, denen das Gesetz das Betreten des Waldes verbieten wollte. Auch für Radfahrer war übrigens eine entsprechende Regelung vorgesehen. Minister Bartels sprach bei der Einbringung davon, man habe eine gute Regelung gefunden. Ich will das heute nicht noch einmal bewerten; denn ich bin sicher, er stimmt uns heute zu, dass wir inzwischen eine wesentlich bessere gefunden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Interessen der Waldbesitzer, in diesem Fall an Haftungseinschränkungen, sind dort geregelt, wohin sie gehören, nämlich in den Haftungsregelungen. Die Errungenschaften der Französischen Revolution bleiben unangetastet: Das Betreten des Waldes bleibt erlaubt, und zwar auch bei Dunkelheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ein weiteres Thema, das uns bewegt hat, ist heute kein Thema mehr. Der hohe Schutzstatus des Genossenschaftswaldes wurde auch nach seiner Einordnung als Privatwald bekräftigt.

Aus unserer Sicht ist auch die Bewegung bei den ökologischen Anliegen erfreulich. Es gibt jetzt die Möglichkeit, Teile des Waldes nicht zu bewirtschaften, sondern sich selbst zu überlassen, und das ist nur noch anzeigepflichtig. Die mit einer Eingriffsmöglichkeit verbundene Verpflichtung, Kahlschläge anzuzeigen, wurde optimiert. Stand im ersten Entwurf noch eine Anzeigepflicht ab 3 ha, war nach der Anhörung nur noch von 2 ha zu lesen, und heute, im beschlussreifen Papier, haben wir uns darauf geeinigt, die Grenze bei 1 ha zu setzen.

Die Pflicht zur Forstwirtschaft wurde im Gesetz verankert und erhält eine Verbindlichkeit dadurch, dass die Waldbehörde entsprechende Maßnahmen anordnen kann, wenn sie nicht beachtet wird. Es gibt im Gesetz eine detaillierte Liste von Kennzeichen, die die ordnungsgemäße Forstwirtschaft beschreibt. Dazu gehören die Nachhaltigkeit, die Auswahl standortgerechter Baumarten, schonende Erschließung, bestands- und bodenschonende Techniken, ein weitgehender Verzicht auf Pflanzenschutzmittel, Wilddichten, die eine natürliche Verjüngung ermöglichen, und Ähnliches. Besonders möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landwirtschaftsausschuss dafür bedanken - im Umweltausschuss war das nicht möglich; das möchte ich hier noch einmal betonen -, dass sie noch in der letzten Sitzung unserem Wunsch entsprochen haben, einen ausreichenden Bestand an Alt- und Totholz in diese Liste mit aufzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Das ist in der Tat einen Applaus wert. - Der niedersächsische Wald ist arm an diesen Beständen. Deshalb ist dieses Kennzeichen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sehr wichtig für die Biodiversität in unserem Lande: Pilze, Insekten, große Horstbauer, Höhlenbrüter, Fledermäuse und ähnliche Tiere werden es Ihnen danken.

Bei der Einbringungsdiskussion habe ich Ihnen eine ganz große Mehrheit in Aussicht gestellt, wenn wir unsere Vorstellungen umsetzen können. Das war möglich. Wir freuen uns über die grünen Duftmarken in diesem Gesetz. Unserer Zustimmung steht deshalb nichts mehr im Wege. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Altholz lässt auch den Herrn Landwirtschaftsminister nicht ruhen. Er hat das Wort.

(Zuruf: Totholz!)

- Totholz. Auch das.

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass nach parlamentarischer Beratung alle drei Fraktionen unserem Ent-

wurf zustimmen werden. Das kommt in diesem Haus nicht häufig vor. Dass es bei einem so wichtigen Gesetz passiert, zeugt davon, dass man hier wirklich sehr sachkundig und fachorientiert gearbeitet hat, auch mit dem Ziel, am Ende einer parlamentarischen Beratung ein vernünftiges Gesetz zu verabschieden.

(Kethorn [CDU]: Wenn einmal etwas Vernünftiges kommt, machen wir das auch!)

Herr Oestmann hat eben deutlich gemacht, dass ein guter und solider Regierungsentwurf vorgelegt worden ist. Ich weiß natürlich auch aus meiner parlamentarischen Tätigkeit, dass die Arbeit in den Ausschüssen dazu dient, eine solche Vorlage zu optimieren. Dass das geschehen ist, möchte ich gerne als Kompliment zurückgeben und anerkennen, dass hier an verschiedenen Stellen in der Tat Präzisierungen vorgenommen worden sind, die dienlich sind und die ich rundherum begrüßen kann, meine Damen und Herren.

Herr Oestmann hat zuerst auf die Zielsetzung abgehoben, nämlich Vermehrung des Waldes mit seinen Funktionen. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Denn gerade in einem Land, das nur 22 % Bewaldungsgrad hat, haben wir noch einiges zu tun. Das wollen wir natürlich auch. Aber dazu brauchen wir die Waldbesitzer. Es wurde schon herausgearbeitet, dass ca. zwei Drittel unserer Landeswaldfläche in privater Hand sind. Auch für die Waldbesitzer sind Pflichten entstanden, denen die Bereitschaft, finanziell zu fördern und zu helfen, gegenübergestellt werden muss, damit solche Pflichten entsprechend umgesetzt werden können. Dazu ist insbesondere das alte Körperschafts- und Genossenschaftswaldgesetz modernisiert und in den Gesetzentwurf eingearbeitet worden, und die Unterstützung des Privatwaldes wurde beibehalten. Ich habe bei einer Veranstaltung der Waldbesitzerverbände noch einmal deutlich gemacht, dass das dazugehört. Gerade wenn die Holzpreise schlecht sind, brauchen unsere Waldbesitzer die entsprechende Förderung.

Für diejenigen, die sich in der Landschaft erholen wollen, ist der Gesetzentwurf nicht auf den Wald alleine beschränkt. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Landschaft mit Wechsel von Wald, Weiden und Feldern bewegen wollen, meine Damen und Herren, sollen erleichternd ein einheitliches Betretensrecht im bisherigen Umfang erhalten.

Besser als bisher kann der Wald vor beeinträchtigenden Bewirtschaftungsmaßnahmen und vor Eingriffen durch Projekte wie Verkehrsbauten, Siedlungen, Bodenabbau mit entsprechenden inhaltlichen Regelungen, aber auch mit organisatorischen Regelungen geschützt werden. Inhaltlich sind die Gründe, aus denen eine Waldumwandlung in eine andere Nutzungsart versagt werden soll, auch in Anpassung an den bundesrechtlichen Rahmen geregelt worden. Die Regelungen, die nach dem Schutzzweck des Gesetzes Erstaufforstung begünstigen, konnten präzisiert werden. Besonders intensiv waren - wie schon im Rahmen der Verbandsbeteiligung - die Erörterungen im Agrarausschuss über den Grundstandard der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft; das haben wir gerade noch einmal gehört. Klar ist von vornherein gewesen, dass die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung für alle Waldbesitzenden grundsätzlich verbindlich sein soll. Unstreitig soll auch die bisherige Rechtsprechung über das waldvernichtende Weiden von Vieh beachtet werden. Neu eingeführt wurde die Anzeigepflicht für Kahlschläge ab 1 ha, die nicht mit zulässiger Waldbewirtschaftung zusammenhängen.

Allseits begrüßt worden ist auch, dass wir zehn - allerdings nicht abschließende - Kriterien und Kennzeichen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft in den Gesetzentwurf aufgenommen haben. Diese sind in der Ausschussberatung intensiv diskutiert worden und betreffen vor allem den ökologischen Schutz des Waldes, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der Produktion, Erhaltung der Waldökosysteme als Lebensraum einer artreichen Pflanzen- und Tierwelt, ein Hinwirken auf gesunde, stabile und vielfältige Wälder mit standortgerechten Baumarten und - der Punkt, der von Herrn Klein angesprochen worden ist - den ausreichenden Anteil von Alt- und Totholz, den wir hier mit aufgenommen haben, die allgemeine Bodenschonung, einen weitgehenden Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Wild- und Waldschadensvermeidung.

Größere Verbindlichkeit haben die Kennzeichen für den Wald im Eigentum des Landes. Dazu gibt es - wie Sie wissen - das LÖWE-Programm: Langfristige Ökologische Waldentwicklung. Dieses Programm werden wir im Staatswald in der Zukunft auch weiterhin mit Priorität voranbringen, ebenfalls für den Wald der Gemeinden, für den Genossenschaftswald und den Wald der Realverbände. Eine weitere wichtige Neuerung ist, dass Waldbesitzende eine Waldfläche unter Aussetzung

der Nutzfunktion der eigendynamischen Entwicklung, also sich selbst überlassen können. Auch das ist ein Punkt, der von den Umweltverbänden mit Nachdruck eingefordert worden ist und den wir gerne mit aufgenommen haben. Die Genossenschaftswälder sind wegen der Art ihrer Mitglieder dem Privatwald allgemein zugeordnet. Die besondere öffentlich-rechtliche Bindung bei der Waldbewirtschaftung bleibt aber praktisch voll erhalten, desgleichen die öffentlich-rechtliche Bindung nach dem Realverbandsgesetz.

Meine Damen und Herren, bei der Ersetzung des Feld- und Forstordnungsgesetzes bleiben die günstigen rechtlichen Bedingungen für das Betreten, also Begehen des Waldes, das Radfahren und das Reiten im Wald und in der übrigen freien Landschaft trotz gestiegener ökologischer Anforderungen und höherer Schadensrisiken für die Waldbesitzenden und sonstigen Grundbesitzenden erhalten. Wir hatten mit unseren Eingangsformulierungen keinen Anschlag vor, Herr Klein. Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass ich von dieser Stelle aus vor einem Jahr deutlich gemacht habe, dass es nicht um ein Verbot des Betretens des Waldes bei Dunkelheit außerhalb von Wegen geht, sondern um den Haftungsausschluss. Das war der Kern unseres Anliegens, um die Waldbesitzer von Haftungen bei Betreten des Waldes durch Dritte freizustellen. Das haben wir - sehen Sie in die Gesetzesvorlage, die wir heute verabschieden - miteinander beschlossen. Ich meine, im Ausschuss ist eine gute Formulierung erarbeitet worden, die noch einmal deutlich macht, welche Verkehrssicherungspflicht der einzelne Waldbesitzer hat, die aber auch deutlich macht, dass es einen Haftungsausschluss gibt, wenn jemand auf eigene Gefahr - das ist noch einmal präzisiert worden - bei Dunkelheit die Wege im Wald zu Fuß oder mit dem Fahrrad verlässt. Wir wollen niemanden vom Wald fern halten. Wir wollen auch bei Dunkelheit Menschen im Wald haben, am besten natürlich auf Wegen. Aber wenn Sie dann Gelüste haben, Herr Klein, sich noch einmal außerhalb der Wege zu ergehen und sich an der schönen Landschaft zu erfreuen, sollen Sie das mit dem Segen des Hauses tun.

(Fischer [CDU]: Da werden wohl Erinnerungen wach!)

Die Regelungen, die für das Reiten erhalten bleiben, weisen Niedersachsen auch weiterhin als reiterfreundliches Land aus. Daran hat es auch nie Zweifel gegeben. Bei dem einen oder anderen, der

in der Vergangenheit möglicherweise ein sehr begengtes Blickfeld gehabt hat, mag ein solcher Zweifel aufgekommen sein. Aber ein Blick in den Gesetzestext macht deutlich: Wir bleiben ein reiterfreundliches Land, wie wir es in der Vergangenheit gewesen sind. Insbesondere gibt es hier im Gegensatz zu zahlreichen anderen großen Flächenländern keine mit einem Pflichtpferdekennzeichen verbundene Reiterabgabe. Meine Damen und Herren, das haben wir so nicht gewollt. Deshalb haben wir es aus dem Gesetzestext herausgelassen.

Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für die gute fachliche Beratung in den Ausschüssen, insbesondere im Agrarausschuss, der viel zur Verbesserung des Gesetzes beigetragen hat. Ich freue mich, dass wir dieses Gesetz einvernehmlich verabschieden. Es ist ein modernes und zukunftsweisendes Gesetz für unser Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die allgemeine Aussprache. - Wir kommen zur Einzelberatung. Ich bitte zu diesem Zweck um Ihre Aufmerksamkeit.

Ich rufe zunächst auf den Ersten Teil, §§ 1 bis 5. Dazu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsempfehlung ist einstimmig beschlossen worden.

Zweiter Teil, §§ 6 und 7: Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch diese Änderungsempfehlung ist einstimmig beschlossen worden.

Dritter Teil, §§ 8 bis 15: Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsempfehlung ist so beschlossen worden.

Vierter Teil, §§ 16 und 17: Dazu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Fünfter Teil, §§ 18 bis 22: Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsempfehlung ist einstimmig so beschlossen worden.

Sechster Teil, §§ 23 bis 33: Dazu liegt ebenfalls eine Änderungsempfehlung vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsempfehlung ist einstimmig so beschlossen worden.

Siebenter Teil, §§ 34 bis 37: Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch diese Änderungsempfehlung ist einstimmig beschlossen worden.

Achter Teil, §§ 38 bis 42: Hierzu liegt wiederum eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch diese Änderungsempfehlung ist einstimmig beschlossen worden.

Neunter Teil, §§ 43 bis 50: Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch diese Änderungsempfehlung ist einstimmig beschlossen worden.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, das Gesetz ist einstimmig verabschiedet worden. Ich danke Ihnen.

Wir müssen außerdem noch über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Drucksache 3211 abstimmen. Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3211 zustimmen und damit die in die Beratung einbezogenen Eingaben für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch die Nr. 2 ist einstimmig so beschlossen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe nunmehr auf

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes -
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der
CDU - Drs. 14/3200

Um das Wort gebeten hat der Kollege Möhrmann.
Bitte schön!

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie werden sich vielleicht darüber wundern, dass ich hier einen Gesetzentwurf nur der Fraktionen der CDU und der SPD einbringe. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich alle Fraktionen dieses Hauses zwar darüber einig sind, dass das Abgeordnetengesetz in bestimmten Punkten, die ich gleich noch nennen werde, geändert werden muss. Bei dem Punkt, bei dem es konkret wird, meint die Fraktion der Grünen aber, dass sie sich anders verhalten muss, wie dies in der Vergangenheit schon häufiger der Fall gewesen ist. Meine Damen und Herren, über die Beweggründe der Grünen möchte ich hier nicht spekulieren. Diese Gründe mag Frau Pothmer nachher für sich selbst und für die Grünen ja noch darstellen.

Im vergangenen Jahr haben wir mit der Diätenkommission eine intensive Diskussion geführt. Die Diätenkommission hat uns insbesondere darauf hingewiesen, dass wir den Grundsatz der Orientierung an der Besoldungsgruppe A 16 schon vor längerer Zeit verlassen haben, weil es dem Landtag inzwischen dreimal - aus welchen Gründen auch immer - nicht als geboten erschienen war, die von der Diätenkommission jeweils vorgeschlagene Diätenerhöhung mitzumachen. Damit befinden wir uns nunmehr in einer gewissen Entfernung zur Besoldungsgruppe A 16, die auch nicht wieder aufgeholt werden kann. Deshalb sind wir der Auffassung - ich kann in diesem Punkt auch für die CDU-Fraktion sprechen -, dass wir diesmal dem Vorschlag der Diätenkommission folgen sollten.

Konkret hat sie vorgeschlagen, die monatliche Entschädigung um rund 130 Euro auf 5 403 Euro zu erhöhen. Meiner Meinung nach passt dieser Vorschlag nicht nur in die Landschaft, sondern kann auch mit den Einkommens- und Tarifent-

wicklungen in anderen Bereichen begründet werden. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Verschlechterungen für Beamte wie etwa im Bereich der Beihilfe, die vom Landtag beschlossen worden sind,

(Frau Schliepack [CDU]: Durch die Mehrheit des Landtags! Gegen unsere Stimmen!)

natürlich auch die Abgeordneten betreffen.

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Diätenkommission auch noch über einen anderen Aspekt intensiv gesprochen. Dabei ging es um die Frage: Welches Verfahren kann in Zukunft gewählt werden, damit in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entsteht, als hätten die Länderparlamente nichts anderes zu tun, als sich um die Einkommen ihrer Abgeordneten zu kümmern? Die Realität ist ja die, dass die Diätenkommission zunächst einmal einen Vorschlag unterbreitet, der daraufhin vom Präsidenten geprüft wird. Dies hat schon eine gewisse öffentliche Wirkung. Danach unterbreitet der Präsident dem Landtag einen Vorschlag. Auch das hat eine öffentliche Wirkung. Dann beschäftigt dieses Thema die Fraktionen, und im Endeffekt entschließen sich die Fraktionen für eine Änderung des Abgeordnetengesetzes. Nach der ersten Beratung wird der Gesetzentwurf in den Ausschüssen behandelt. Anschließend gibt es noch eine zweite Beratung.

Die Diätenkommission war mit uns gemeinsam der Auffassung, dass wir dem Beispiel anderer Länder folgen und uns auf ein Verfahren einigen sollten, das die Öffentlichkeit nicht ausschließt und nach außen hin nicht den Eindruck erweckt, als sei das Parlament permanent nur mit Diätenerhöhungen beschäftigt.

In Zukunft wird der Präsident ermächtigt sein, die Diäten nach einem bestimmten Index zu erhöhen. Dieser Index setzt sich zu 50 % aus der Entwicklung der Lebenshaltungskosten und zu 50 % aus der Entwicklung des Einkommens eines Beamten in Besoldungsgruppe A 16 zusammen. Wir haben darüber in den Fraktionen diskutiert und haben Einigkeit darüber erzielt, dass dies eine Möglichkeit ist; sie ist in Bayern übrigens schon vor längerer Zeit eingeführt worden.

Wir sind allerdings der Auffassung, dass diese Erhöhung jährlich vorgenommen werden sollte, nicht nur - wie es zunächst vorgeschlagen worden ist - einmal oder zweimal je Legislaturperiode. Wir

sind der Meinung, dass auf diese Weise für die Menschen im Lande eine bessere Vergleichbarkeit hergestellt werden kann, weil sie dann besser sehen können, wie ihre eigene Einkommensentwicklung in der betreffenden Zeit gewesen ist.

Meine Damen und Herren, wir haben darüber hinaus auch über den künftigen Umgang mit der Aufwandsentschädigung nachgedacht. Die Kommission hat in diesem Jahr eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung um 9,53 Euro vorgeschlagen. Auch hier soll aufgrund unserer Überlegungen in Zukunft ein Index zugrunde gelegt werden. Dieser Index soll sich nur an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten in Niedersachsen orientieren.

Darüber hinaus wollen wir heute im Abgeordnetengesetz noch einen dritten Punkt verändern. Früher ist in jedem Jahr auch über die Höhe der Fraktionskostenzuschüsse verhandelt und diskutiert worden. Auch hier haben wir uns zu einer Indexregelung durchgerungen. Diese Indexregelung, meine Damen und Herren, soll aber nicht auf Dauer gelten, sondern das Abgeordnetengesetz soll in Zukunft nach jeder Neuwahl eines Landtages auf Vorschlag der dann jeweils amtierenden Diätenkommission überprüft werden. Der Landtag wird sich dann die bisherige Regelung entweder zu eigen machen oder aber zu anderen Regelungen kommen können. Jedenfalls werden wir im nächsten Jahr erstmalig zu einer auf einem Index basierenden Erhöhung der Abgeordnetendiäten und der Aufwandsentschädigungen kommen.

Gleichzeitig ist über die Höhe der Entlohnung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhandelt worden. Sie wissen, dass wir seit einigen Jahren die Möglichkeit haben, Halbtagskräfte zu beschäftigen. Das ist angesichts der Anforderungen, die inzwischen auch an unsere Arbeit gestellt werden, nicht sehr viel. Andere Länder sind an dieser Stelle großzügiger. Die Diätenkommission hat uns vorgeschlagen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Vergütungsgruppe V c BAT und nicht nach Vergütungsgruppe VI b BAT zu bezahlen, wenn sie die entsprechende Qualifikation mitbringen und die entsprechenden Arbeitsmerkmale erfüllen. Wir meinen, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, und werden dem folgen.

Des Weiteren haben wir uns intensiv über unsere 1992 getroffene Entscheidung unterhalten, mit der wir uns von dem verabschiedet haben, was in elf anderen Bundesländern und auch im Bundestag üblich ist, dass nämlich Abgeordnete schon mit

55 Jahren aus dem Parlament ausscheiden können. Wir haben 1992 das Alter auf 65 Jahre festgelegt. Übrigens sind wir das einzige Bundesland, das diesen Schritt gegangen ist. Auch darüber haben wir also mit der Kommission gesprochen, weil dies natürlich dazu führt, dass Menschen in einem bestimmten Alter vielleicht über Gebühr lange meinen, dieses gute Amt eines Abgeordneten oder einer Abgeordneten ausüben zu müssen. Dadurch wird die immer wieder geforderte Verjüngung erschwert. Nach einer gewissen Anzahl von Jahren im Parlament muss man natürlich darüber nachdenken, wie man in seinen alten bürgerlichen Beruf zurückkommt.

Langer Rede kurzer Sinn: Es wird bei dieser Regelung bleiben. Wir haben uns aber dafür entschieden, dass es künftig - sofern man bereits Anspruch auf eine Pensionsentschädigung hat - möglich sein wird, drei Jahre früher aus dem Landtag auszuscheiden, wenn man bereit ist, 0,3 % Abschlag pro Monat zu akzeptieren. Diese Regelung entspricht dem, was auch in der gesetzlichen Rentenversicherung und auch bei der Berechnung der Pensionen angewendet wird. Von daher meinen wir, dass wir auch hier auf einem guten Wege sind.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen. Wir gehen davon aus, dass wir ihn zügig beraten können, und rechnen damit, dass wir im April zu einer endgültigen Verabschiedung dieses Gesetzes kommen können.

Lassen sie mich noch einmal zusammenfassen. Die Abgeordneten in diesem Hause werden nach unserer Auffassung nicht überbezahlt; sie müssen aber auch an der allgemeinen Entwicklung der Einkommen teilhaben. Lassen Sie mich das durch drei Zahlen unterstreichen.

Seit 1993 sind die Löhne in Niedersachsen um durchschnittlich 25 % gestiegen, die Bezüge der Beamten um 16 % und die unserer Abgeordneten um 13 %. Von daher meine ich, dass die heute vorgeschlagene Erhöhung vertretbar ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Janssen-Kucz [GRÜNE])

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Frau Kollegin Pothmer, bitte sehr!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion heute schon ankündigen, dass wir einen Änderungsantrag zu dem heute eingebrachten Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und CDU vorlegen werden.

(Zuruf von der SPD: Werden?)

Wir werden diesen Änderungsantrag einbringen, obgleich wir einem Großteil der Neuregelungen, die im vorliegenden Entwurf enthalten sind, zustimmen werden. Insbesondere die Neuregelung zur Festsetzung der Abgeordnetenentschädigung unterstützen wir sehr. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder genau eine solche Regelung gefordert - Herr Schröder hat dies hier immer wieder getan - und haben darauf hingewiesen, dass die bisher geltende Regelung ihr Ziel, einen Beitrag zu einer Versachlichung der Debatte zu leisten, nicht erreicht hat. Wir haben hier in Niedersachsen in der Vergangenheit ungefähr 15-mal in einer Legislaturperiode über Abgeordnetenentschädigungen diskutiert. Damit hatte diese Debatte in der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sicherlich ein Übergewicht. Wir glauben, dass wir mit der neuen Regelung, die ein automatisches Verfahren mit sehr viel Transparenz und Nachvollziehbarkeit enthält, eine bessere Regelung als die derzeit geltende Regelung gefunden haben. Das zeigen auch die Erfahrungen der anderen Bundesländer.

Auch die jetzt gefundene Regelung zur Herabsetzung des Eingangsalters für die Altersentschädigung der Abgeordneten findet unsere Zustimmung. Niedersachsen ist ja eines der wenigen Bundesländer, in denen Abgeordnete - Herr Möhrmann, übrigens auch nach der geltenden Regelung - schon mit 60 Jahren Altersentschädigung erhalten können. Mit der Neuregelung können Abgeordnete drei Jahre früher in Rente gehen, allerdings pro Jahr mit Abschlägen von 3,6 %, so wie in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Insbesondere die großen Fraktionen waren es, die an dieser Neuregelung ein virulentes Interesse hatten, weil sie sich davon erhoffen, dass die Mandatszeiten für einzelne Abgeordnete verkürzt werden können und sie somit die Altersstruktur in ihren Fraktionen verjüngen können. Zunächst war - das will ich der Ehrlichkeit halber sagen - daran gedacht, diesen Anreiz insoweit noch zu erhöhen, als diese Herabsetzung der Altersgrenze ohne Abschläge vorgesehen war. Dagegen hat die Diätenkommission - wie ich finde, zu Recht - in aller

Deutlichkeit Stellung genommen und noch einmal auf die unangemessene und sachlich nicht gerechtfertigte Besserstellung ehemaliger Abgeordneter hingewiesen.

(Möhrmann [SPD]: Quatsch! Elf Bundesländer! - Plaue [SPD]: In elf Bundesländern ist das so! Alles dummes Zeug!)

Mit der jetzt gefundenen Regelung - so wie sie vorliegt, mit den Abschlägen - sind wir einverstanden. Wir werden ihr auch zustimmen.

Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass dieses Landesparlament so schnell wie möglich, spätestens nachdem die auf Bundesebene tagende Kommission ihr Beratungsergebnis vorgelegt hat, auch die Anpassung an die Riester-Rente vornehmen wird. Sie wissen, dass der Bund der Steuerzahler immer wieder darauf hingewiesen hat, dass das noch aussteht.

(Plaue [SPD]: Das sind vielleicht Zeugen, die Sie da benennen! Eine solch dubiose Organisation als Zeugen aufzurufen, halte ich für völlig unpassend!)

Ich finde, im Sinne der Gerechtigkeit ist es höchst angemessen, Herr Plaue, dass das, was wir für den Rest der Bevölkerung entscheiden, auch für uns Gültigkeit hat.

Auch die Anhebung der Vergütung der Bürokräfte und die Anpassung der Fraktionskostenzuschüsse finden wir richtig.

Nicht richtig finden wir allerdings, dass wir angesichts der katastrophalen Finanzlage des Landes eine weitere Diätenerhöhung vornehmen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich erinnere Sie an die Debatte, die wir heute Morgen im Zusammenhang mit BEB geführt haben, und ich hoffe, dass Sie sich nach dieser Entwicklung vielleicht doch noch unserer Sichtweise anschließen werden. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass es in vielen Bereichen weitere Kürzungen hier im Lande Niedersachsen geben wird. Diese Kürzungen werden die Einkommensentwicklung in vielen Bereichen direkt und indirekt mit betreffen. Ich finde, es geht nicht an, dass der Sparstift angesetzt wird, wir aber für uns selber immer wieder eine Ausnahme machen. Bereits jetzt bekomme ich empörte Schreiben von Vertre-

tern von Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich, die darauf hinweisen, dass bei der Landesförderung der allgemeine Anstieg von Löhnen und Gehältern seit Jahren nicht mehr berücksichtigt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Die Diätenerhöhung wird immer mit der allgemeinen Einkommensentwicklung begründet; das hat Herr Möhrmann eben auch noch einmal getan. Wenn wir diese Begründung akzeptieren, dann, finde ich, muss diese auch für Landeszuschüsse gelten. Sonst entsteht nicht zu Unrecht der Eindruck der Ungleichbehandlung.

(Wernstedt [SPD]: Aber die Geschäftsführer solcher Einrichtungen werden nach Tarif weiterbezahlt!)

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, ich unterbreche Sie ungern, aber Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss. - Herr Präsident, meine Damen und Herren, was eine Arbeit wert ist, lässt sich nur schwer objektiv bemessen. Es gibt in vielen Bereichen, gerade auch in klassischen Frauenberufen, eine nicht angemessene Bezahlung. Ich will gar nicht bestreiten, dass sich eine Diätenerhöhung auch mit der Arbeitsleistung von Abgeordneten begründen lässt. Aber die Finanzlage des Landes ist bei dieser Entscheidung ausdrücklich zu berücksichtigen. Angesichts der desolaten Finanzlage unseres Landes ist sie aus unserer Sicht unangemessen. Auch vor dem Hintergrund, dass die niedersächsischen Abgeordneten - - -

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen! Ich war schon sehr großzügig!

Frau Pothmer (GRÜNE):

- - - nach Bayern und Hessen die höchste Vergütung erhalten, finden wir, dass ein Verzicht auf eine Diätenerhöhung keine Zumutung ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Jetzt hat der Kollege Schünemann das Wort.

Schünemann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich zu diesem Tagesordnungspunkt sehr kurz fassen, weil der Kollege Möhrmann unsere Position zu 100 % dargestellt hat. Ich möchte nur ein paar Sätze zu Frau Pothmer sagen. Auch wenn es mir schwer fällt, muss ich doch ein paar Dinge zurechtrücken.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Wir haben eine Absprache!)

- Tut mir Leid. Ich hab ja nicht gewusst, was Sie sagen. - Sie haben gesagt, dass Sie gerade vor dem Hintergrund einer emotionalen Debatte dafür sind, dass jetzt eine Indexregelung eingeführt wird. Nun muss man fairerweise sagen, dass Sie in der Vergangenheit nicht ganz unbeteiligt daran gewesen sind, dass diese Emotionalität aufgekommen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Im Übrigen erscheint es mir nicht ganz schlüssig, dass Sie der Diätenerhöhung in diesem Jahr nicht, der Indexregelung für die nächsten fünf Jahre dann aber sehr wohl zustimmen wollen. Das ist mir jedenfalls noch nicht hundertprozentig klar geworden.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Das habe ich Ihnen doch erklärt!)

Ich finde, dass wir der Empfehlung der Diätenkommission zustimmen sollten. Es ist eine sehr moderate Anpassung. Herr Möhrmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir uns von dem Leitbild A 16 schon vor einiger Zeit entfernt haben. Es macht, glaube ich, keinen Sinn, wenn wir uns von diesem Leitbild noch weiter entfernen. Deshalb sollten wir der Empfehlung der Diätenkommission zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vergangenheit noch nie etwas beschlossen, was über die Empfehlungen der Diätenkommission hinausging. Auch das, was wir jetzt regeln wollen, fußt auf den Empfehlungen der Diätenkommission. Ich glaube, das ist eine sehr gute Regelung.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zu der Altersentschädigung sagen. Wir haben die mit Abstand schlechteste Altersversorgung unter allen Bundesländer. Das haben wir 1992 oder 1993 so geregelt.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Da sind die Diäten radikal angehoben worden! Das war ein Paket, Herr Schünemann!)

- Ich sage ja nur, Frau Pothmer, dass die Diätenkommission das empfohlen und wir das dann nachvollzogen hatten.

Jetzt ist es so, dass wir mit 65 bzw. frühestens mit 60 Jahren die Altersentschädigung bekommen können. Mit der vorgesehenen Neuregelung führen wir sozusagen eine Vorruhestandsregelung ein. Diese aber ist kostenneutral, meine Damen und Herren; das sage ich ausdrücklich auch für die Öffentlichkeit, damit da kein falscher Eindruck entsteht.

Frau Pothmer, Sie wissen aus unseren Gesprächen, dass wir durchaus Ihrer Meinung sind, dass wir auch bei unserer Altersentschädigung die Riester-Rente anwenden sollten. Mit einer solchen Regelung würden wir uns allerdings sehr deutlich von den anderen Bundesländern absetzen. Wir wollen aber nicht schon wieder Vorreiter für die anderen Parlamente der Bundesrepublik sein. Deshalb ist es richtig, dass wir abwarten, was die Kommission auf Bundesebene dazu empfiehlt. Wir haben Ihnen zugesagt, dass wir diese Empfehlung dann so schnell wie möglich hier im Parlament umsetzen werden, und das werden wir auch machen. Das dann nicht zu machen, ließe sich der Öffentlichkeit nicht erklären. Aber es ist wichtig, dass wir hier insgesamt zu einer Gleichbehandlung kommen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben mit der Indexregelung eine sehr gute Lösung gefunden. Ich will allerdings hinzufügen: Ich war immer derjenige, der gesagt hat, dass wir auch mit der alten Regelung sehr gut hätten weiterleben können, zum einen, weil sie sehr transparent gewesen ist, und zum anderen, weil die Bürger mehr und mehr verstehen, dass man für die Arbeit hier im Parlament auch eine angemessene Entschädigung bekommen sollte.

Aber Sie haben es selbst gesagt: 15-mal über die Abgeordnetenentschädigung zu sprechen, ist sicherlich unangemessen. Wir haben jetzt auch ein transparentes System gefunden. Wir werden all

den Punkten, die die Diätenkommission vorgeschlagen hat, zustimmen. Dies lässt sich meiner Ansicht nach auch in der Öffentlichkeit vertreten. Wir müssen uns in keinem Punkt verstecken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Gesetzentwurf dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Mitberatung zu überweisen. - Gibt es andere Wünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Wir kommen nunmehr zu

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Verkehrsgewerbe braucht Kompensation für Autobahngebühr - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2768 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/3147

Dieser Antrag wurde in der 87. Sitzung am 26. Oktober letzten Jahres an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Das Wort hat der Kollege Heineking. Bitte schön!

Heineking (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Maut ja, aber keine Benachteiligung deutscher Unternehmer. Lassen Sie uns daher heute darüber diskutieren, wie die einzuführende Maut gleichmäßig auf die Lkw-Verkehrsteilnehmer verteilt werden kann, damit die deutschen Unternehmer - mit der in Europa höchsten Besteuerung - wettbewerbsfähig bleiben und nicht, wie zurzeit üblich, in die Insolvenz geschickt werden, wodurch die deut-

schen Fernfahrer - einer nach dem anderen - ihren Arbeitsplatz verlieren.

Bis Oktober vergangenen Jahres verzeichnete das niedersächsische Verkehrsgewerbe eine Zunahme der Insolvenzen um 69,2 % - gegenüber 11 % in der übrigen Wirtschaft. Wir haben damals gehört: 17 % weniger Lkw-Zulassungen, während in einigen europäischen Ländern mehr Lkw-Zulassungen zu verzeichnen gewesen sind. Das macht deutlich, dass der deutsche mittelständische Unternehmer im Augenblick kein Vertrauen mehr in diese Politik hat. Diese Insolvenzzahlen haben sich bis zum März in Niedersachsen leider noch einmal erhöht, und zwar, wie wir heute Morgen schon gehört haben, von 11 % auf 22 %.

Insofern, Frau Ministerin, konnte ich Ihre Aussage in der Oktobersitzung - Sie haben gesagt, das Verkehrsgewerbe hat sich äußerst positiv entwickelt und sich recht gut behauptet - nicht verstehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege, eine Sekunde bitte! - Meine Damen und Herren, würden Sie Ihre Gespräche bitte nach draußen verlagern! Dieser hohe Geräuschpegel ist erstens unangenehm und behindert zweitens diejenigen am Zuhören, die zuhören möchten, wovon es noch ein paar in diesem Saal gibt. - Bitte schön, Herr Kollege!

Heineking (CDU):

Darum, Frau Ministerin, kann ich auch heute nicht verstehen, dass Sie sich so wenig um die 4 000 mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen mit ihren immerhin 40 000 Arbeitsplätzen kümmern.

Mit Ihrer Einstellung, die Maut auf die ohnehin schon hohen Kosten aufzuschlagen, fördern Sie immer nur ausländische Unternehmen mit ausländischen Fahrern auf unseren Straßen. Denn für jeden deutschen Lkw, der aus dem Markt verschwindet, kommt ein ausländischer Lkw; das ist nachgewiesen. Die Verlagerung der Güter auf die Bahn ist in Europa zurzeit noch kaum möglich; der Verbund der Eisenbahnen - das wissen wir alles - hinkt hinterher. Somit ist die Wirtschaft, wenn sie denn wettbewerbsfähig bleiben will, auf Lkw angewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, Sie führten im Oktober aus, dass Sie auf die deutsche Lkw-Kfz-Steuer angewiesen sind. Zu dieser Rechnung kann man aber auch sagen: lieber weniger Steuern als gar keine Steuern.

(Beifall bei der CDU)

Denn eines wissen wir doch alle: Der ausländische Lkw-Eigentümer zahlt keine Kfz-Steuer, keine Mineralölsteuer, keine Ökosteuer, keine Einkommensteuer, keine Lohnsteuer, und darüber hinaus verliert der deutsche Fernfahrer noch seinen Arbeitsplatz.

(Beifall bei der CDU)

Mit Ihrer Einstellung, sehr geehrte Frau Ministerin, leisten Sie dem mittelständisch geprägten Gewerbe aktive Sterbehilfe. Damit verlieren deutsche Fernfahrer weiterhin ihre Arbeitsplätze. Dies haben Sie leider noch nicht richtig erkannt; denn sonst hätten Sie schon längst gehandelt. Daher muss es unser größtes Ziel sein, die Wettbewerbsbedingungen im europäischen Straßenverkehrsmarkt zu harmonisieren.

Es sind, wie ich schon sagte, vor allem mittelständische Unternehmen, die die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung im Güterverkehr auf der Straße sicherstellen. Deren wirtschaftliche Situation wird vor allem durch die in Europa fehlende Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen verschlechtert; das wissen Sie auch. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmer im liberalisierten europäischen Verkehrsmarkt ist ernsthaft gefährdet. Wir haben vorhin von den Insolvenzzahlen gesprochen; diese belegen das eindeutig.

Die deutschen Unternehmen müssen im europäischen Vergleich die höchste Abgabenlast tragen. So entstehen für einen deutschen Lkw im Fernverkehr durch die Mineralölsteuer, die Ökosteuer, die Kfz-Steuer und die geplante Autobahnmaut ab 2003 durchschnittliche Kosten von bis zu 44 500 Euro pro Jahr. Allein durch die Ökosteuer steigt die Abgabenlast bis 2003 um 8 400 Euro je Lkw. Die Kostenbelastung für einen vergleichbaren belgischen Lkw, der in Belgien betankt wird, aber in Deutschland fährt und für den dann hier die Maut bezahlt wird, beläuft sich demgegenüber nur auf 34 800 Euro. Das ist ein Kostenvorteil von 22 %. Wer kann sich bei derartigen Nachteilen in einem harten Wettbewerb noch behaupten? Für französische Lkw liegt der Kostenvorteil immerhin bei

18 %, für italienische bei 20 % und für niederländische bei 21 %. Sie sehen, rund um uns herum haben alle Unternehmen Wettbewerbsvorteile. In der Berechnung ist die Autobahnbenutzungsgebühr, also die Maut, über die wir diskutieren, jeweils identisch, da sie ja gleichermaßen von jedem Nutzer erhoben wird.

Dass wir uns in Niedersachsen besonders für den Erhalt der Arbeitsplätze und der mittelständisch geprägten Unternehmen einsetzen sollten, rührt auch daher, dass für ein Flächenland wie Niedersachsen der Straßengüterverkehr mit seiner ausgeprägten Flexibilität von großer Bedeutung ist. Zurzeit hat der Straßengüterverkehr einen Anteil von etwa 70 % am gesamten Güteraufkommen in Deutschland. Die Schiene hat dagegen einen Anteil von nur 13,6 % und die Binnenschifffahrt von nur 15,5 %. An dieser Dominanz des Straßengüterverkehrs wird sicherlich auch kurzfristig nicht viel zu ändern sein, weil das Verkehrsnetz der Bahnen - da sind wir uns sicherlich einig - in Europa nicht entsprechend ausgebaut ist. Die Prognosen des Bundesverkehrsministeriums im Verkehrsbericht sagen hier sogar hohe Zuwächse voraus.

Bei den Investitionen für die Verkehrsträger müssen deshalb deren tatsächliche Anteile an der Verkehrsleistung stärker berücksichtigt werden. Die Engpässe und Lücken in der bestehenden Straßenverkehrsinfrastruktur sollten zum Wohle der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, aus Umweltgründen und aus Verkehrssicherheitsgründen möglichst schnell beseitigt werden. Insofern dürfen die Mittel aus der Maut nicht nur in den Haushaltsplänen von Herrn Eichel verschwinden, sondern müssen dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland dienen.

Mit dem Antrag haben wir eine gewisse Annäherung erreicht. Wir lehnen aber die weitere Erhöhung der Ökosteuer ab und fordern Sofortmaßnahmen, den Erhalt der mittelständischen Verkehrswirtschaft und deren Arbeitsplätze. Daher können wir dem Entschließungsantrag nicht zustimmen, weil er uns nicht weit genug geht. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Schurreit hat jetzt das Wort.

Schurreit (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Ausschuss sehr ausführlich über diesen Antrag der CDU-Fraktion diskutiert. Dabei haben wir uns so weit angenähert, dass der Eindruck entstanden ist, dass wir eine gemeinsame Entschließung formulieren könnten. Ich stelle aber fest, dass das nicht der Fall ist. Die Grünen haben sich bislang der Stimme enthalten. Ich weiß nicht, was heute dabei herauskommt.

Vielleicht noch einmal zur Situation: Der Lkw-Verkehr wächst von den 70er-Jahren bis heute in ungebremster Dynamik. Die Zuwächse beim Gütertransport auf der Schiene wie auf der Straße sind nur mit größten Anstrengungen zu kanalisieren. Hier muss noch einmal deutlich gemacht werden - ich werde da auch nicht müde -, dass die Bundesregierung, die 16 Jahre lang die Verantwortung hier im Lande hatte, den Bundesverkehrswegeplan mit zu wenig Geld ausgestattet hat. Das ist Fakt. Daran krankten wir heute weiter. Diese Defizite müssen wir abbauen.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, dass nicht vorhandene Autobahnen und nicht vorhandene Straßen kein Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland als zentrales Durchgangsland in Europa werden sollen. Die Staus auf den Autobahnen werden immer länger und kommen immer häufiger vor.

(Dr. Stratmann [CDU]: Ihr wart doch stolz darauf, dass ihr nichts angemeldet habt!)

Wenn es so weitergeht, droht der Straßenverkehr bald an sich selbst zu ersticken. Wir wissen, dass heute insgesamt 4 Milliarden jährlich fehlen, die wir eigentlich in den Ausbau der Infrastruktur investieren müssten.

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Schurreit, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eppers?

Schurreit (SPD):

Nein, im Moment nicht.

(Eppers [CDU]: Das ist aber nicht sehr souverän!)

Deshalb ist es legitim, dass wir mit diesem Antrag die Länderverkehrsminister bitten, dem Bund gegenüber gemeinsam aufzutreten, um Vorschläge zur zusätzlichen Finanzierung zu entwickeln. Dies ist nun geschehen mit der Definition der Lkw-Maut. Es war für alle sehr überraschend, dass das jetzt ein allgemeiner Konsens in unserer Gesellschaft geworden ist. Wir haben uns eigentlich sehr viel mehr Widerstände vorstellen können. In Ihrem Antrag geht es auch nicht mehr um die Frage, ob überhaupt Maut kassiert werden darf oder soll, sondern nur noch darum, in welcher Weise diese Einnahmen später sinnvoll ergänzt und verteilt werden. Die Akzeptanz rührt wohl daher, dass sehr viele Touristen und Durchreisende überall in Europa Mautgebühren bezahlen müssen und dass man es als gerecht empfindet, dass wenigstens die großen Transporter auch hier zur Kasse gebeten werden.

Wir haben zu Ihrem Antrag drei Punkte formuliert, über die wohl Konsens besteht, und wir haben auch Punkte von Ihnen aufgenommen. Erstens soll darauf hingewirkt werden, dass die Milliarden, die wir durch die Autobahngebühr mehr einnehmen, in vollem Umfang zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden. Das ist keine Selbstverständlichkeit bei diesem desolaten Haushalt, sondern darauf können wir uns gemeinsam einigen, und Sie haben dazu auch Zustimmung signalisiert. Wir müssen hier die Länderinteressen insgesamt so vertreten.

(Zustimmung bei der SPD)

Zweitens wollen wir uns dafür einsetzen, dass auf europäischer Ebene die Belastungen für den Unternehmer, der Gütertransport betreibt, gleich sind und die Wettbewerbsbedingungen in Europa in Gänze harmonisiert werden, d. h. dass wir allen mittelständischen Unternehmen nicht nur in Deutschland, sondern allen, die im Transportgewerbe tätig sind, Hilfestellung leisten.

(Dr. Stratmann [CDU]: Das sind doch reine Lippenbekenntnisse!)

Drittens muss man sich in Europa auf eine europaweite Entlastung der Verkehrsunternehmer einigen. Es kann nicht angehen - da bin ich der gleichen Meinung wie Willi Heineking -, dass ein holländischer Verkehrsunternehmer mit Zusatztanks mehr als 10 000 km quer durch Europa und zurück fahren kann, ohne unterwegs irgendwo zu

tanken, und dadurch in seinem eigenen Land einen geldwerten Vorteil verbucht.

Aus Ihrem Antrag wird noch einmal deutlich, dass Sie für die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer sind. Diese Steuereinnahmen stehen aber den Ländern allein zur Verfügung. Wer diesen Antrag von Ihrer Seite unterstützt, der sagt gleichzeitig, dass wir in den Ländern auf größenordnungsmäßig 400 Millionen DM verzichten sollen.

(Plaue [SPD]: Hört, hört!)

Diese Mittel würden ersatzlos gestrichen. Wer Ihrem Antrag zustimmt, muss wissen, dass er in diesem Fall auch zulasten des Landes Niedersachsen stimmt.

(Zustimmung bei der SPD - Heineking [CDU]: Das haben wir doch gesagt! - Gegenruf von Plaue [SPD]: Wenn du das sagst, nutzt das nichts! Das ist schlimm genug!)

Ebenso meinen wir, dass die Abschaffung der Ökosteuer das falsche Instrument wäre; das haben Sie am Ende auch eingesehen: Sie hat eine ganz andere Intention und wird auch im Bewusstsein der Öffentlichkeit als notwendig und mit ihrer Zweckbindung auch als sinnvoll erachtet. Wir sollten hier doch nicht mehr die alten Grabenkämpfe über die Ökosteuer aufnehmen, Willi Heineking; denn darüber redet heute niemand mehr.

(Heineking [CDU]: Die weitere Ökosteuererhöhung ist angesprochen, Herr Kollege!)

Inhaltlich hat sich in der letzten Zeit überhaupt nichts verändert, was die Erhebung der Mautgebühren anbetrifft - es sei denn, dass der Zeitpunkt der Einführung noch mit einem Fragezeichen zu versehen ist. Aber ansonsten sind wir uns einig, dass sie eingenommen werden sollen. Es handelt sich dabei um eine entfernungsbezogene Gebühr für die Nutzung von Autobahnen. Dazu sagt auch ein Unternehmer Willi Heineking im Hinblick auf die Gleichbehandlung des konkurrierenden Verkehrsgewerbes, die dadurch möglich wird, Ja.

(Zuruf von Heineking [CDU])

Ich bin nun darauf gespannt, in welcher Weise die Grünen - die sehr deutlich artikuliert haben, dass sie diesen drei Punkten zustimmen können - heute zu einer Ablehnung kommen und welche Begründung sie dafür anführen. Ich erachte jedenfalls das,

was wir im Ausschuss gemeinsam artikuliert haben, nämlich die Landesregierung in diesen drei Punkten zu unterstützen, für ausreichend. Wir können also Ihrem Antrag beim besten Willen nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Wenzel hat jetzt das Wort.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schurreit, das war eine sehr weitgehende Interpretation meiner Ausführungen. Ich werde gleich darlegen und begründen, wie wir zu diesem Antrag stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verteidigung der Futterträge ist ein alter Instinkt. Der Versuch als solcher, die Futterträge zu verteidigen, ist legitim. Der Erfolg wäre aber in diesem Fall volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Der Umbau der Verkehrswegefinanzierung wurde noch von dem früheren Verkehrsminister Wissmann eingeleitet. Ziel ist eine Nutzerfinanzierung anstelle einer Steuerfinanzierung, d. h. eine Beteiligung der Nutzer an den Wegekosten. Nichts anderes passiert mit der Einrichtung der Lkw-Maut. Volkswirtschaftlich - das wissen Sie alle - richtet die dauerhafte Subventionierung von so genannten externen Kosten Schaden an. Deshalb ist das Ziel, externe Kosten abzuschaffen oder zumindest abzubauen und zu senken.

Wir können dem Antrag in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Herr Schurreit, ich hatte darauf hingewiesen, dass wir uns gefreut hätten, wenn wir hier zu einer einheitlichen Linie gekommen wären. Das hätte allerdings erfordert, dass wir die Formulierungen der Nrn. 1 und 3 noch hätten überarbeiten können.

Ich halte es nicht für richtig, grundsätzlich im Gesetz festzuschreiben, dass die gesamten Einnahmen nur für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur verwandt werden.

(Schurreit [SPD]: Für Schiene wie Straße!)

Überwiegend wird das sicherlich der Fall sein. Aber ich meine, man muss nicht im Gesetz verankern,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass es in vollem Umfang geschieht. Wir wollen auch Freiräume für sinnvolle Investitionen schaffen, beispielsweise im Bereich des Bildungssystems oder im Bereich von Forschung und Entwicklung. Deshalb halte ich eine Festlegung des Verwendungszwecks im Gesetz für falsch.

Zum Punkt 2: Hier besteht völlig Einigkeit, dass das Ziel eine europäische Harmonisierung sein muss, um einseitige Belastungen des deutschen Speditionsgewerbes zu vermeiden

(Heineking [CDU]: Da sind wir wenigstens einig!)

und, soweit sie heute vorhanden sind, abzubauen. Das ist meines Erachtens das Ziel, auf das wir alle uns gemeinsam konzentrieren sollten. In dieser Frage haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, auch unsere volle Unterstützung. Ich meine, es lohnte sich, darauf den Schwerpunkt zu setzen, um zu versuchen, hier zu Erfolgen zu kommen.

Insgesamt, so muss ich allerdings sagen, wird die Lkw-Maut die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Spediteure in der Tendenz verbessern, weil auch jeder ausländische Spediteur diese Lkw-Maut zahlen muss, wenn er auf deutschen Straßen fährt. Aber es bleibt noch ein Rest, der auch der Harmonisierung bedarf.

Eine Kompensation, wie sie unter Punkt 3 angesprochen wird, halte ich nicht für richtig. Es geht im Kern doch um den Abbau von externen Kosten, von - auf gut Deutsch - Subventionen, die heute vom Güterverkehr auf der Straße in Anspruch genommen werden. Der Schienengüterverkehr zahlt heute schon wesentlich höhere Trassengebühren. Da müssen wir zu einer Angleichung kommen, um eine Wettbewerbsfähigkeit auch zwischen den verschiedenen Verkehren herstellen zu können. Deshalb halte ich eine Kompensation grundsätzlich nicht für richtig. Ich sehe hier auch keine Alternative, wenn wir den Infarkt des Güterverkehrs auf der Straße langfristig vermeiden wollen. Jedes Unternehmen, das unsere Straßen und Schienen in Anspruch nimmt, muss ein großes Interesse daran haben, diesen Infarkt zu vermeiden. Bei einem

Blick auf die prognostizierten Wachstumsraten wissen wir alle, dass das dringend notwendig ist.

Insofern werden wir der Vorlage heute nicht zustimmen, haben aber eine große Sympathie für den Punkt 2. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Der Kollege Eppers hat noch eine Redezeit von einer Minute.

Eppers (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich aufgrund der Ausführungen des Kollegen Schurreit zu Wort gemeldet. Herr Kollege Schurreit, ich kann es nicht mehr hören und will für meine Fraktion Ihre ständige Mäkelei an der angeblichen Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans deutlich zurückweisen.

(Zurufe von der SPD: Das ist doch so!)

Wir können uns hier über alles streiten. Aber dann äußern Sie sich einmal zu der Frage, warum Ihre Landesregierung 1992 keine einzige Maßnahme für Niedersachsen angemeldet hat.

(Beifall bei der CDU)

Vieles, was wir heute zum Ausbau der Infrastruktur von Niedersachsen wollen, geht nicht, weil Sie 1992 eine rot-grün ideologisch verbrämte Verkehrspolitik zulasten der Menschen in diesem Lande betrieben haben.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Dann noch ein Satz zur Situation des Verkehrsgewerbes: Kollege Heineking hat das meiste schon gesagt.

(Frau Stokar von Neuform [GRÜNE]:
Eine Minute ist schon um!)

Wenn Sie die falsche Reihenfolge nicht ändern, vernichten Sie tausende von mittelständischen Existenzen. Wir brauchen erst die europäische Harmonisierung. Erst wenn sie durchgesetzt ist, können wir uns über die eine oder andere Maßnahme unterhalten. Kommt die Maut vorher,

kommen andere Maßnahmen vorher, wie weitere Schritte der Ökosteuer - - -

Vizepräsident Gansäuer:

Vorher kommt noch der Hinweis, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Eppers (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Das war auch mein letzter Satz dazu. - Ich kann nur noch einmal an Sie appellieren: Kehren Sie um auf diesem Weg, und unterstützen Sie unseren Antrag!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 3147 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist mit Mehrheit gefolgt worden.

Meine Damen und Herren, wir haben damit auch den Tagesordnungspunkt 6 erledigt und treten jetzt in die Mittagspause ein. Sie wird bis 14.30 Uhr dauern. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

Unterbrechung: 12.46 Uhr.

Wiederbeginn: 14.31 Uhr.

Vizepräsident Jahn:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochenen Beratungen auf mit

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drs. 14/3210

Der Gesetzentwurf wird eingebracht von der Frau Kollegin Seeler, der ich das Wort erteile.

(Golibrzuch [GRÜNE]: Ich will Alfred Reckmann hören! - Gegenruf von Reckmann [SPD]: Das können wir beim Kaffee machen!)

- Es geht jetzt um Schule! Ich bitte darum, dass nicht gestört wird.

(Heiterkeit - Mientus [SPD]: Jawohl, Herr Oberlehrer! - Möllring [CDU]: Für „Oberlehrer“ habe ich schon einmal einen Ordnungsruf bekommen!)

Frau Seeler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das fängt ja gut an. Ich habe heute die große Freude, nach rund zwei Jahren Diskussion den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Plenum vorstellen zu dürfen.

Die Defizite des deutschen Bildungssystems sind in den vergangenen Wochen vielfach diskutiert worden. Dabei hat uns nicht nur die Tatsache aufgeschreckt, dass unsere Kinder zu wenig in der Schule lernen,

(Zuruf von der CDU: Überhaupt nichts mehr!)

nein, besonders alarmierend war für uns als SPD, dass unser Schulsystem extrem sozial selektiert und Bildungschancen ungerecht verteilt. Nicht nur Migrantenkinder werden zu wenig gefördert, insgesamt erreichen bei uns zu wenig Kinder höhere Abschlüsse. Dies wollen wir ändern, indem das einzelne Kind stärker in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit der Schulen rücken soll. Unser Ziel ist: Jedes Kind soll in seiner einmaligen Individualität gefördert und gefordert werden.

(Beifall bei der SPD – Oestmann [CDU]: Schwülstiger geht es nicht!)

Deshalb entwickeln wir unser Schulsystem so weiter, dass es einerseits die niedersächsischen Gegebenheiten berücksichtigt, aber andererseits den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird. Diese Herausforderungen heißen: Chancen öffnen für alle Kinder, Leistung fördern und Zukunft sichern. Das sind die leitenden Ideen unserer Bildungsreform, die sich in dem vorliegenden Gesetzesentwurf wiederfinden.

(Möllring [CDU]: Warum setzen Sie das nicht um?)

Nun erläutere ich die sieben wesentlichen Punkte unseres Gesetzesentwurfs.

Erstens. Wir bieten Sprachförderung für jedes Kind und werden den Schulanfang erleichtern. Wer an deutschen Schulen etwas lernen will, muss Deutsch sprechen können. Deshalb werden wir für Kinder ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen bereits ein halbes Jahr vor der Einschulung Fördermaßnahmen einrichten. Der § 6 – Grundschule – wird dementsprechend geändert.

Doch nicht nur dieses Problem packen wir an. Wir wissen, dass Kinder mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen eingeschult werden. Während die einen schon fließend lesen, schreiben und rechnen können, beginnen die anderen mit ihren ersten Schwungübungen. Um diesen unterschiedlichen Voraussetzungen besser gerecht werden zu können, wollen wir in den § 6 zwei Absätze einfügen. Danach können Grundschulen die ersten und zweiten Schuljahrgänge zukünftig als pädagogische Einheit führen, die von den Kindern je nach Leistungsvermögen in zwei oder drei Jahren absolviert werden können. Das ist dann die so genannte Eingangsstufe. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Möglichkeit für engagierte Schulen, nicht um eine Verpflichtung.

Zweitens. Wir wollen, dass jedes Kind durch individuelle Förderpläne gefördert wird. Eine wesentliche Neuerung zur Qualitätsverbesserung ist die Einführung der Förderpläne für jedes Kind ab Klasse 3. Diese Förderpläne sollen nicht etwa nur den Leistungsstand beschreiben, um besser sortieren zu können - dies belegt doch schon die Tatsache, dass der Förderplan die Kinder bis zur 10. Klasse begleitet -, im Gegenteil: Die Lehrkräfte sollen jedes Kind beobachten, Leistungsstärken und -schwächen diagnostizieren und sich dann geeignete Fördermaßnahmen überlegen, damit die Kinder einen möglichst hochwertigen Abschluss erreichen können. Deshalb sollen die Förderpläne regelmäßig mit den Eltern und den Kindern besprochen werden, denn nur dann, wenn Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam an einem Strang ziehen, kann das bestmögliche Ergebnis erreicht werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Natürlich haben gute Lehrkräfte diese Arbeit auch schon in der Vergangenheit geleistet. Jetzt soll der Förderplan aber alle Lehrkräfte animieren, sich dieser wichtigsten Grundlage für Lernerfolge zu

stellen. Dazu muss - das ist, glaube ich, selbstverständlich - durch eine geänderte Ausbildung und natürlich durch eine verstärkte Fortbildung die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte verbessert werden.

Drittens. Wir schaffen mehr Kooperation und Zusammenarbeit. Wir wollen einen neuen § 10 a - Kooperative Haupt- und Realschulen - in das Schulgesetz einfügen. Der § 10 a beschreibt, dass Haupt- und Realschulen in einer Schule mit einer Schulleitung verbunden sind. Der Unterricht wird dabei vorwiegend in schulzweigspezifischen Klassenverbänden erteilt. Die kooperative Haupt- und Realschule stellt eine Weiterentwicklung der bisherigen zusammengefassten Haupt- und Realschulen dar, von denen es in Niedersachsen übrigens schon 160 gibt.

(Frau Vogelsang [CDU]: Dagegen stehen 589 selbständige!)

Sie, Herr Busemann, behaupten immer wieder, obwohl Sie es besser wissen, dass wir die Haupt- und Realschulangebote abschaffen wollten. Sie selbst wissen, dass das Unsinn ist.

(Busemann [CDU]: Selbstverständlich schaffen Sie die Hauptschule ab. Das steht so im Gesetz! Was unterstellen Sie mir da?)

Wir setzen uns allerdings mit den Realitäten in Niedersachsen auseinander. - Herr Busemann, Sie haben möglicherweise noch Lesekompetenz; was Sie allerdings nicht haben, ist Zuhörkompetenz. Sie sollten wirklich einmal zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Schon jetzt werden 45 % aller Realschulangebote nicht mehr in selbständigen Realschulen vorgehalten, weil nämlich die Schulträger vor Ort erkannt haben, dass es pädagogisch und organisatorisch sinnvoller ist, Haupt- und Realschulen zusammenzufassen. Die sinkenden Schülerzahlen werden diese Tendenz in Zukunft noch verstärken, weil die Hauptschulen und die Realschulen – die kleineren von ihnen zumindest – mangels Schüler nicht mehr existenzfähig wären. Die Schulträger haben bis zum Jahre 2008 Zeit, diese neue Organisationsform einzuführen. Weil die kooperativen Haupt- und Realschulen nicht nur eine bessere Ämterstruktur bekommen – z. B. soll die didaktische Leitung neu eingeführt werden –, sondern als erste als Ganztagschulen ausgestattet werden sol-

len, glaube ich, dass dieser Umwandlungsprozess schneller abgeschlossen sein wird. Die Schulpolitik - übrigens auch der CDU vor Ort - ist viel pragmatischer als das, was die CDU-Fraktion hier im Landtag als ideologischen Kram vertritt.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Wir führen die Förderstufe ein. Dabei ist der Name *Förderstufe* Programm. Wie allen bekannt, wollen wir die Orientierungsstufe durch die Förderstufe ersetzen. Dazu wird § 7 des Schulgesetzes gestrichen, und die §§ 12 a und 12 b werden eingefügt. Wir alle wissen inzwischen, dass die Orientierungsstufe die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat. Deshalb will keine der Fraktionen sie behalten, weder die CDU-Fraktion noch die Fraktion der Grünen. Doch weder die CDU-Fraktion noch die Fraktion der Grünen zeigen mit ihren Modellen Lösungen für die beiden gravierendsten Probleme der Orientierungsstufe auf, nämlich die mangelnde Prognosesicherheit und die starke soziale Selektion.

Wir wollen im gesamten Schulsystem den Schwerpunkt der Arbeit der Förderstufe auf das individuelle Fördern verlagern. Eine äußere Leistungsdifferenzierung wird es deshalb nicht mehr geben. Mit der sozialen Selektion nach Klasse 5 in A-, B- und C-Kurse soll Schluss sein. Und weil der Name Förderstufe Programm ist, werden wir die individuellen Fördermaßnahmen verbessern und dafür die Förderstunden um die Hälfte erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Förderstufe wird mit garantierten Unterrichtszeiten von 8 bis 13 Uhr und einer Vertretungsreserve verlässlich.

Um die Durchlässigkeit des Schulsystems zu erhöhen, wird in § 12 b geregelt, dass die allgemein bildenden Schulen in Zusammenarbeit mit den Schulträgern Förderverbünde einrichten, die eine schulformübergreifende personelle, organisatorische und pädagogische Zusammenarbeit gewährleisten.

In den neu zu bildenden Förderverbundkonferenzen werden die Schulleitungen, Vertreterinnen und Vertreter der Erziehungsberechtigten und der Schülerinnen und Schüler der beteiligten Schulen mitarbeiten.

Zu den Hauptaufgaben des Förderverbundes gehört es, dass die beteiligten Schulen zusammenarbeiten

und dass die Anschlussfähigkeit an den siebten Jahrgang aller weiterführenden Schulen sichergestellt wird. Das ist unsere Antwort auf die Forderung nach Durchlässigkeit. Wir mogeln uns eben nicht um Antworten herum wie Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, die Sie einfach die Abschaffung der OS fordern und mit keinem Wort sagen, wie Sie dabei die Durchlässigkeit gewährleisten wollen.

(Beifall bei der SPD - Busemann
[CDU]: Sie mogeln sich nicht herum,
sondern wursteln sich durch!)

Fünfter Punkt. Wir wollen mehr gymnasiale Angebote im ländlichen Raum. Das DIPF-Gutachten hat uns gezeigt, dass Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum deshalb in ihren Bildungschancen benachteiligt sind, weil die Gymnasien vom Wohnort einfach zu weit weg sind. Deshalb wollen wir mit einem grünen Plan das gymnasiale Angebot in der Fläche erhöhen und dafür z. B. auch Gymnasien ohne Oberstufe zulassen. Das ist übrigens eine Möglichkeit, die inzwischen von vielen Kommunalpolitikerinnen und -politikern begrüßt wird. - So viel zur Veränderung in der Schulstruktur.

Es gibt aber noch weitere Änderungen im Schulgesetz.

Sechstens. Wir stärken den Einfluss der Eltern sowohl bei der Entscheidung über die Schullaufbahn ihres Kindes als auch bei dem Schulangebot vor Ort. Diese Stärkung des Elternwillens spiegelt sich in den Änderungen der §§ 23, 99 und 106 wider.

(Zuruf von der CDU: Und im Losverfahren!)

Eltern bekommen z. B. bei der Einführung von Gesamtschulen ein Antragsrecht, und auch bei der Schulentwicklungsplanung müssen die Elternräte stärker einbezogen werden. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens. Wir wollen, dass alle Kinder entweder am Religionsunterricht oder am Unterricht Werte und Normen teilnehmen. Bisher gab es für Kinder, die islamischen Glaubens sind, eine Gesetzeslücke. Jetzt regeln wir in § 128, dass muslimische Schülerinnen und Schüler - wie Kinder anderer Religionsgemeinschaften auch - zur Teilnahme am Unterrichtsfach Werte und Normen verpflichtet sind,

solange für sie kein Islamunterricht angeboten werden kann. Diese Maßnahme ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Integration.

Eine weitere Änderung, die allerdings nur die Schulen in freier Trägerschaft betrifft, ist die Neuregelung der Finanzhilfe in § 150. Wir berücksichtigen dabei den Wunsch dieser Schulen und nehmen jetzt neu das Schulvorjahr als Berechnungsgrundlage.

(Frau Vogelsang [CDU]: Das hat auch
lange gedauert!)

Mit unseren Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Schulwesens wollen wir die zu Beginn meiner Rede genannten sozialdemokratischen Ziele unserer Bildungsreform verwirklichen, die lauten: Chancen öffnen für alle Kinder, Leistung fördern und Zukunft sichern.

(Oestmann [CDU]: Als wenn es das
bisher nicht gäbe!)

Dieses Ziel erreicht man eben nicht, indem man, wie Sie von der CDU-Fraktion, auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft mit Modellen aus den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts antwortet.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch
bei der CDU)

Das geht auch nicht, indem man wie die Grünen für ein Flächenland wie Niedersachsen ein unbezahlbares Modell vorschlägt.

(Unruhe bei der CDU)

Jetzt nur noch eine Bemerkung zur Seriosität der Auseinandersetzung über das Schulgesetz. Man merkt das ja schon am Lärmpegel hier. Heute Morgen konnte ich in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* lesen, dass die Grünen eine Anhörung im Schulausschuss fordern. Solche parlamentarischen Selbstverständlichkeiten braucht man nicht zu fordern, Frau Harms und Frau Litfin.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der
CDU)

Man macht sie einfach! Diese Anhörung ist längst terminiert; sie findet am 17. und 19. April statt. Auch die anzuhörenden Verbände sind längst festgelegt; es sind 33 an der Zahl. Die sind übrigens zusammen mit Frau Litfin festgelegt worden.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja interessant!)

Die hat sich nämlich bei der Abstimmung darüber lustig gemacht, dass die CDU-Fraktion auch die katholische Elternschaft zur Anhörung einladen wollte - so mit der Bemerkung: Na ja, gibt es nicht auch noch eine atheistische Elternschaft?

Es ist einfach unredlich, jetzt in der Öffentlichkeit etwas zu fordern, Frau Litfin, was längst geplant ist,

(Beifall bei der SPD)

und das nur, um die Diskussion aufzuheizen und sich hier als besonders demokratisch darzustellen. Vielleicht probieren Sie es einfach einmal mit einer anderen Methode, sich nämlich erst zu informieren, statt hier zu polemisieren. Wenn Sie das täten, bliebe es Ihnen erspart, sich hier zu blamieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Seeler, gestatten - - -

Frau Seeler (SPD):

Nein, danke.

Das Beste wäre, Sie würden - - -

Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick bitte! So viel Zeit muss wenigstens sein, dass ich Sie zu Ende fragen kann. Dann können Sie fortfahren.

Frau Seeler (SPD):

Nein, danke.

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr!

Frau Seeler (SPD):

Das Beste wäre, Sie würden einfach zur sachlichen Auseinandersetzung zurückkehren - trotz Wahlkampfzeiten.

In diesem Sinne wünsche ich mir zumindest eine sachliche Auseinandersetzung im Ausschuss,

(Frau Harms [GRÜNE]: Sie haben es doch gerade so durch die Partei gekriegt, Frau Seeler!)

und zwar im Interesse unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Litfin hat das Wort. - Herr Kollege Biestmann, nehmen Sie doch Platz!

(Heiterkeit)

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Seeler, wahrscheinlich ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass die Fraktion der Grünen gestern vor der Presse ihren Schulgesetzentwurf vorgestellt hat und dass wir selbstverständlich - so ist das auch berichtet worden - eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf fordern. Dass es eine Anhörung zu Ihrem Werk gibt, wissen wir selbstverständlich, und wir sind auch davon ausgegangen, dass das organisiert wird - zwar Knall auf Fall und insbesondere die kommunalen Spitzenverbände überfordernd, aber eben doch. Aber daran haben Sie ja ein Interesse, dass dieses Werk möglichst schnell durchgezogen wird, damit niemand dazu kommt, detailliert Stellung zu nehmen und vielleicht doch noch den großen Protest zu organisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Widerspruch von Frau Seeler [SPD])

Meine Damen und Herren, die Kollegin Silva Seeler hat ja Recht, wenn sie die Ziele so allgemein beschreibt, die die Novelle eines Schulgesetzes in der Zeit nach PISA haben sollte. Die Crux ist nur, dass diese zweijährige Debatte, die hier geführt worden ist, ausgelöst durch die Äußerungen des Ministerpräsidenten, eben nicht dazu geführt hat, dass jetzt eine Novelle vorliegt, von der man sagen könnte, sie sei zukunftsweisend, dass jetzt eine Novelle vorliegt, von der man sagen könnte, dass irgendjemand in diesem Land sie will. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Adam [SPD]: Was? - Weiterer Zuruf von der SPD: Wo leben Sie denn?)

Niemand will diese Novelle, niemand braucht diese Novelle, und insbesondere niemand versteht Sinn und Zweck dieser Novelle.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Wulf (Oldenburg) [SPD]: Sie vielleicht nicht! - Plaue [SPD]: Dann scheint es mit Ihrer Lesekunst nicht weit her zu sein!)

Die Opposition ist gegen diese Novelle - die CDU-Fraktion aus Opportunismus, die Fraktion der Grünen aus guten sachlichen Erwägungen -,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

sämtliche Verbände im Bildungsbereich sind gegen diese Novelle, die Eltern sind gegen diese Novelle, die Kommunen sind gegen diese Novelle, und insbesondere die allermeisten Sozialdemokraten sind gegen diese Novelle.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Zurufe von SPD: Oh, oh! - Wulf (Oldenburg) [SPD]: Unsinn!)

Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, kommen Sie doch einmal zu einer der vielen grünen Veranstaltungen irgendwo in diesem großen Land

(Lachen bei der SPD)

und beobachten Sie wie ich mit Staunen die große Anzahl der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die diese Veranstaltungen besuchen und die

(Beifall bei den GRÜNEN)

zu mir sagen: Tun Sie bitte alles, um diesen Mist zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Außerdem sagen sie mir: Beim nächsten Mal wird die SPD nicht mehr die Alleinregierung haben. Unsere Hoffnungen ruhen auf Ihnen, dass Sie dafür sorgen, dass die Förderstufen nicht zu Eingangsstufen der weiterführenden Stufen werden. - Diese Sozialdemokraten haben noch im Kopf, dass es um Chancengleichheit geht und dass man Chancengleichheit nicht verwirklicht, indem man die Förderstufen an die weiterführenden Schulen anbindet und damit die Kinder ein Jahr früher, als es jetzt der Fall ist, voneinander trennt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Förderstufe sei Programm, heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs. Fördern soll die Förderstufe. Dazu bekommt sie zusätzliche Kapazitäten. Wir alle fragen uns zwar, woher, aber es soll passieren. Irgendwie soll sie ja auch verlässlich werden. Es ist aber nicht geklärt, wie sie verlässlich wird. Wir können nur hoffen, dass sie das wird.

Fördern könnte man mit diesen zusätzlichen Kapazitäten aber auch in der jetzigen Orientierungsstufe. Die Orientierungsstufe hat ja auch darunter gelitten, dass die Drehscheibe für die Versetzungen von Lehrerinnen und Lehrer war, dass das Karussell immer über die Orientierungsstufe lief und dass sie, wie alle anderen Schulstufen auch, Förderstunden gestrichen bekommen hat. Nun gibt es also neue. Diese könnte es aber auch in der OS geben. Lehrkräfte aller Schulformen sollen in der Förderstufe unterrichten. Das ist in der Orientierungsstufe auch schon der Fall. In Förderverbänden sollen Schulen zusammenarbeiten. Das könnte man auch dann machen, wenn man die Orientierungsstufe hätte, oder wenn man das täte, was wir wollen, nämlich die 5. und 6. Jahrgänge an die Grundschule anbindet. Das ist auch nötig. Wahrscheinlich müsste man dazu gar nicht das Schulgesetz ändern, denn im Schulgesetz steht allgemein, dass die Schulen einer Region miteinander zusammenarbeiten sollen. Man müsste dem nur eine Struktur geben und könnte das unterhalb des Schulgesetzes machen. Darüber hinaus soll es einheitliche Rahmenrichtlinien geben. Auch das ist schon heute der Fall.

Es wundert mich überhaupt nicht, dass die meisten Eltern nicht verstehen, was diese Novelle soll. Was ändert denn diese Novelle? - Die Novelle ändert nur das, was nach dem Gutachten des Deutschen Institutes für Internationale Pädagogische Forschung nicht geändert werden dürfte. Sie bindet alle 5. und 6. Jahrgänge an weiterführende Schulen an. Das DIPF hat jedoch eindeutig gesagt: Gerade bei angebundenen 5. und 6. Jahrgängen ist die Prognosesicherheit schlecht, weil diese angebundenen Orientierungsstufen - dann Förderstufen - alles dafür tun, um die Kinder und Jugendlichen möglichst in ihrem eigenen System zu behalten. Wenn sie an einer Hauptschule angebunden sind, gibt es besonders viele Hauptschulempfehlungen usw. Gerade das, was das DIPF kritisiert hat, schreibt diese Schulgesetznovelle jetzt also fort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Werk ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Es wundert mich, dass man 13 Versuche und zwei Jahre Diskussion gebraucht hat, um nichts dabei herauszubekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Litfin, ich möchte Ihnen, ohne dass Sie darauf antworten müssen, eine Frage stellen, nämlich ob es vielleicht möglich ist, dass Ihnen demnächst bei der Bandbreite Ihrer Beurteilung für die Abqualifizierung des Gesetzentwurfs statt „Mist“ ein besserer Eindruck einfällt.

Frau Litfin (GRÜNE):

Ich werde mich bemühen, Herr Präsident.

(Mühe [SPD]: Sie ist doch nur Vizepräsidentin!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Wulff.

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mist könnte eine ganz positive Wirkung entfalten, wenn man ein aufgeschlossenes Verhältnis zur Landwirtschaft hätte.

Dieser Gesetzentwurf wird niemals in die Praxis umgesetzt werden - hier sind wir sicherlich einer Meinung -,

(Beifall bei der CDU)

und zwar nicht nur wegen des zu erwartenden Wahlausgangs, sondern vor allem, weil dieser Gesetzentwurf völlig praxisfern ist. Wer die Situation von Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen sowie deren Situation und deren Beanspruchung bei schwieriger gewordenen Schülerinnen und Schülern kennt und solche Förderpläne erfindet, der muss wirklich sehr praxisfern sein. Mit noch mehr Bürokratie und noch mehr Reglementierung im Schulbereich wird man ganz sicher den Kindern dort nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Die Förderstufe, die Sie vorschlagen, und zwar unter Aufgabe vieler langfristig entwickelter Grundüberzeugungen der Sozialdemokratie - ich

erinnere mich noch an die Ausführungen von Frau Seeler über Prognosesicherheit der Orientierungsstufe und die Erfindung der O-Stufe als der Weisheit letzter Schluss -,

(Klare [CDU]: So ist es!)

gibt es nirgendwo - vielleicht mit Ausnahme eines Kantons in der Schweiz -, und sie ist nirgendwo diskutiert worden. Es ist eine Schulform sui generis, also eigener Art. So etwas kurz vor Toreschluss einer Legislaturperiode um die Ecke zu bringen, ist wirklich Ausdruck dessen, wie man ein Land nicht regieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Wir jedenfalls sind der Überzeugung, dass die Schulbildung das zentrale Thema unseres Landes ist. Wir leisten uns dabei einen Luxus ohne jede Zukunft, dass wir nämlich zu wenig Kinder haben und diese wenigen Kinder zu schlecht ausbilden. Wenn jetzt in Niedersachsen erklärt wird, wir machen die zweite große Bildungsreform nach dem roten Peter von Oertzen im Jahr 1973, die unmittelbar zu einem Regierungswechsel geführt hat, dann kann ich nur sagen: Ihre zweite Bildungsreform wird ebenso scheitern und ebenso zum Regierungswechsel in diesem Lande führen.

(Beifall bei der CDU)

Dass der Ministerpräsident erst jetzt, nachdem die Fraktionen - bis auf unsere - gesprochen haben, im Plenum Platz nimmt, zeigt eine Form des Unwohlseins, die man schon seit Wochen spürt, dass sich hier jemand verzettelt hat und dass es nur um Gesichtswahrung geht.

(Zurufe von der SPD)

- Er ist beim letzten Satz von Frau Litfin hereingekommen. Ein bisschen habe auch ich die Augen auf. - Das ist eine Missachtung des Parlaments, weil wir hier über die Landschaft unserer Schulen in Niedersachsen diskutieren wollen, damit es den Schülern hilft und die Schüler nicht zu Versuchskaninchen werden, wie das bei Ihnen der Fall zu sein scheint.

(Beifall bei der CDU)

Die Liste dessen, was dieses Lehrerkabinett uns zugemutet hat, ist ellenlang. Das Interessante ist, dass alle Lehrer ins Kabinett gehen - wir haben nur noch Minister, die Lehrer sind - und es im Kultusministerium keine Pädagogen mehr gibt. Alle

Stellen werden für Juristen ausgeschrieben. Auch das ist eine Zufälligkeit Ihrer Politik. Sie haben gesagt: Laptop statt Kindergeld, generelle Einschulung mit fünf Jahren, keine Leistungsprämien für Lehrer - trotz Ankündigung -, Kürzungen in der Weiterbildung, Diffamierung der Lehrkräfte und Ankündigung des Abschaffens des Sitzenbleibens, obwohl das, wie wir alle von uns selber wissen, in bestimmten Lebensphasen eine sehr gute Funktion haben kann.

(Zurufe von der SPD)

- 100-prozentig! In familiären Krisen, in schwierigen Erziehungsphasen kann das eine Chance sein, neu Fuß zu fassen. Das ist keine Frage und wird von niemandem bestritten. Sie bringen jeden Tag eine neue Idee, nur um Schlagzeilen zu produzieren. Dafür sind uns die Kinder zu schade.

(Beifall bei der CDU)

In der letzten Plenarsitzung haben Sie unseren Antrag, Nachmittagsangebote in die Schulen zu bringen, abgelehnt. Sie, Frau Jürgens-Pieper und Herr Ministerpräsident Gabriel, schaden mit Ihrem Politikstil unserem Land, weil man mit Sprunghaftigkeit, Medieninszenierung und Unzuverlässigkeit keine Schulpolitik machen kann.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine Zumutung für diejenigen, die sich innerhalb der Schulen bemühen. Die Betroffenen brauchen Verlässlichkeit. Die stellt man aber nicht her, wenn man kurz vor Toresschluss eine Schulgesetznovelle durch den Landtag peitschen will, nachdem man zwölf Regierungsjahre dazu Gelegenheit gehabt hatte. Sie haben für dieses Gesetz - das wissen Sie ganz genau - überhaupt kein Mandat von den Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Aber Sie haben eines!)

- Wir haben keinen Gesetzentwurf eingebracht. Wir haben kein Mandat für eine Schulpolitik bekommen. Wir sind die Minderheit in diesem Parlament. Sie haben die Mehrheit für eine andere Politik bekommen, als Sie sie jetzt für die Zeit nach der Legislaturperiode vorschlagen. Sie sollten erst das Votum der Wähler abwarten. Die Wähler entscheiden jetzt über die Bildungspolitik in unserem Land, nicht mehr Sie mit dem von ihnen erhaltenen Mandat.

(Beifall bei der CDU)

Die PISA-Studie ist keine Aufforderung zu blindem Aktionismus. Dass nicht die Landesregierung einen Schulgesetzentwurf einbringt, sondern dass die Landesregierung die Krücke über die SPD-Fraktion wählt, dient einzig dem Sinn und Zweck, die Anhörungen, die es sonst vorher hätte geben müssen, zu umgehen und das Ganze hier durchzupeitschen.

(Beifall bei der CDU und bei den
GRÜNEN)

Im *rundblick* stand neulich bereits, dass es Ihnen nicht gelingen wird, gegen den geballten Sachverstand im Lande eine Schulgesetznovelle durchzudrücken und zu glauben, die Schulreform werde im anschließenden Landtagswahlkampf keine Rolle mehr spielen.

(Zuruf von Frau Wörmer-Zimmermann [SPD])

- Frau Wörmer-Zimmermann, diese Schuldebatte wird auch in Ihrem Wahlkreis eine große Rolle spielen, weil Sie das gesamte Land zum Negativen hin verändern und die Chancen unserer jungen Generation zum Negativen verändern, wenn dieses Vorhaben in Niedersachsen durchgesetzt würde.

(Beifall bei der CDU)

Begonnen hat das Ganze als Kopie unserer Forderungen: Abschaffung der Orientierungsstufe, Abitur nach zwölf Schuljahren. - Das waren die beiden Botschaften des Ministerpräsidenten. Das Abitur nach Klasse 12 findet sich im Schulgesetzentwurf an keiner einzigen Stelle mehr, und die Abschaffung der Orientierungsstufe findet sich insofern wieder, dass die Schilder in Etikettenform ausgetauscht werden durch „Förderstufe“.

Nach 15 SPD-Modellen und 13 Schulgesetzentwürfen gibt es jetzt den Alleingang Richtung Gesamtschule.

(Groth [SPD]: Was Sie wollen, das wissen wir immer noch nicht!)

Es wäre besser gewesen, es wäre auch diesmal bei Ankündigungen geblieben.

Den größten Beifall auf Ihrem Parteitag hat es gegeben, als gefordert wurde, die Gesamtschule wieder salonfähig zu machen. Ich sage Ihnen deutlich: Im 21. Jahrhundert brauchen wir frischen

Wind an unseren Schulen, nicht aber die Gesamtschuldebatte der 70er-Jahre. Die brauchen wir ganz gewiss nicht.

(Beifall bei der CDU)

In der *Zeit* von vergangener Woche hat Ministerpräsident Gabriel in dankenswerter Offenheit beklagt:

„Unser Problem ist doch: Wir haben es nicht geschafft, die Leistungsschwachen zu stärken, dagegen haben wir's geschafft, dass die Leistungsstarken Mittelmaß sind.“

(Biallas [CDU]: Da ist was dran!)

Auch der Direktor des Instituts für Pädagogik hat zur PISA-Studie gesagt:

„Vielleicht haben wir insgesamt ein größeres Problem mit der Mittelmäßigkeit in Deutschland, als wir denken.“

(Wernstedt [SPD]: Bezogen auf alle Länder der Republik!)

Mit dieser Schulgesetznovelle, Herr Wernstedt, werden wir das Problem verschärfen und keineswegs lösen!

(Beifall bei der CDU)

Die Debatte wurde bei den Sozialdemokraten durch das Papier von Herrn Pfeiffer zur Thematik Orientierungsstufe losgetreten. Darin hat Justizminister Pfeiffer, als er sich dazu noch äußern durfte, weil er noch nicht im Kabinett war, gesagt, gerade die Orientierungsstufe führe zu Gewinnern und Verlierern, zu einer Verliererkultur. So ist seine These Nr. 1 überschrieben. Er meint, frustrierte Schüler würden dort entstehen, weil sie sich - zum Teil jedenfalls - ständig überfordert fühlten, die Hauptschule würde zur unattraktiven Restschule entwertet, leistungsschwache und leistungsstarke Schüler kämen in der Orientierungsstufe zu kurz, das Mittelfeld stände unter Druck, die Dreiklassen-Gesellschaft der Lehrer in einer Orientierungsstufe führe unmöglich zu einer Corporate Identity, und der Zwang, die örtlich zuständige Orientierungsstufe zu wählen, verringere für Schulen die Leistungsmotivation und fördere bei den Eltern das Lügen. - Diese Thesen hat Herr Pfeiffer vorgetragen, und sie haben zu der bildungspolitischen Schlussfolgerung geführt, die

Orientierungsstufe abzuschaffen. Mit der von Ihnen kreierten Förderstufe lösen Sie keines dieser hier genannten Probleme, sondern Sie verschärfen diese Probleme.

(Beifall bei der CDU)

Den Kollegien aus Hauptschullehrern, Realschullehrern und Gymnasiallehrern fügen Sie die Grundschullehrer noch hinzu. An einem solchen Beispiel sieht man, dass Sie die Problematik mit Ihren bürokratischen Förderstufenkonferenzen verschärfen und die Situation nicht hin zu profilierten Schulformen entspannen.

Sie schaffen eine Gesamtschule reinsten Wassers, der jegliche Möglichkeit einer schulformspezifischen Profilierung genommen wird. Nach Ihrer Definition ist die Förderstufe eine pädagogische Einheit, in der nach gleicher Zielsetzung, gleichen Rahmenrichtlinien und mit Lehrkräften der verschiedensten Lehrämter unterrichtet wird und die Lehr- und Lerninhalte sowie die Organisation und Struktur dieser pädagogischen Einheit unabhängig davon, an welcher Schulform sie gewählt und geführt wird, weitestgehend identisch sind.

(Zuruf von Frau Seeler [SPD])

- Frau Seeler, dass eine Frau wie Sie eben am Pult über die mangelnde Fähigkeit zum Zuhören spricht und jetzt diese mangelnde Kompetenz des Zuhörens unter Beweis stellt, zeigt, wie wechselhaft Sie in diesem Lande Politik verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Von der Abschaffung der Orientierungsstufe ist nichts mehr zu finden. Davon steht auch nichts in Ihrem Parteitagebeschluss.

(Dr. Schultze [SPD]: Dann müssen Sie mal das lesen, was da drinsteht!)

Sie verschlimmbessern die Dinge, indem Sie jetzt sogar auf äußere Differenzierung in A-, B- und C-Kurse in Mathematik und Englisch verzichten und die Kleingruppen für Lernschwache ersatzlos streichen. Stattdessen setzen Sie einzig und allein auf Binnendifferenzierung, obwohl diese Strategie bereits nach dem Orientierungsstufengutachten von 1985 gescheitert ist. Ihr eigenes DIPF-Gutachten, Frau Jürgens-Pieper, zeigt, dass die Binnendifferenzierung nach Leistungskriterien von weniger als der Hälfte der Orientierungsstufenlehrer praktiziert wird. Die Binnendifferenzierung ist gescheitert. Auf äußere Differenzierung verzichten Sie. Ich

sage Ihnen offen: 1988 durfte ich in diesem Lande eine Orientierungsstufenkommission leiten mit verschiedenen Kultusministern, amtierenden wie zukünftigen. Niemand von uns wäre jemals auf die Idee gekommen, ein solches Modell zu kreieren, wie Sie es hier vorschlagen. Es müsste Ihnen schon zu denken geben, dass auf eine solche Idee niemand gekommen ist, obwohl damals eine große Bandbreite vorhanden war.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie eigentlich, wie Klassen in der 5. und 6. Jahrgangsstufe aussehen - vor der Pubertät, in der beginnenden Pubertät -, wenn dort 28 Schülerinnen und Schüler - zu unseren Zeiten waren es ja weniger; Sie haben ja die Klassengrößen heraufgesetzt - mit den unterschiedlichsten Lernvoraussetzungen und -fähigkeiten sitzen? Diesen Schülern wollen Sie einzeln, ohne äußere Differenzierung, gerecht werden. Sie gaukeln vor, Sie würden zusätzliche Förderstunden einführen, verschweigen aber, dass es sich um 230 Lehrerstellen im Haushalt handelt. 6 100 Lehrerstunden für 6 246 bisherige Orientierungsstufenklassen bei steigenden Schülerzahlen - das ist weniger als eine Stunde pro Klasse, mit der Sie den Problemen, die sich in diesen Förderstufen - gegenüber den Orientierungsstufen verschärft - aufzutun werden, Herr werden wollen. Das ist absurd. Das ist jenseits der Spur, auf der man sich bewegen kann. Sie werden hiermit scheitern. Sie werden sehen, dass die Lage in einigen Monaten anders aussehen wird.

(Beifall bei der CDU)

Es findet sich im Gesetzentwurf nichts an stärkerer Leistungsorientierung der Grundschule, an mehr Fördern und Fordern. Eine Schullaufbahnempfehlung, die selbst in Nordrhein-Westfalen existiert, ist in Ihrem Schulgesetzentwurf nicht vorgesehen. Der freie Elternwille nach Klasse 4 wird ad absurdum geführt, wie der Landeselternrat gesagt hat. Aber was sollen die Eltern auch wählen, wenn Sie sowieso das Losverfahren vorschlagen? In den Schuleinzugsbereichen soll nach Leistungsgruppen gelöst werden. Ein Drittel stärkere Schüler, ein Drittel mittelqualifizierte Schüler, ein Drittel schwächerqualifizierte Schüler sollen in Lostrommeln, und daraus sollen die Förderstufen an Gesamtschulen, an Gymnasien und an Verbundschulen kreiert werden. Letztlich bleibt es dann bei der typischen sozialdemokratischen Politik: Weil Eltern ja sowieso nur die Einheitsschulform wählen

können, brauchen sie auch kein Wahlrecht, dann kann man auch auslosen.

Die weiterführenden Schulen Gymnasium, Realschule und Hauptschule bekommen gerade nicht die Schülerschaft in Klasse 5, nicht die schulform-angebundene Orientierungsphase, um die Kinder in Obhut und Verantwortung zu übernehmen, sondern sie sind den Förderstufenkonferenzen ausgeliefert, die zwischen die Grundschulen und die weiterführenden Schulen gesetzt werden.

Deshalb findet sich natürlich auch das Abitur nach Klasse 12 in Ihrem Gesetzentwurf nicht. Das war in diesem Land groß angekündigt. Nicht eine Zeile dazu! Sie wollen per Verordnung, als Angebot, das Abitur nach Klasse 12 zulassen. Sie verabschieden sich damit aus dem Kreis der Bundesländer wie Sachsen, Thüringen, Saarland, Baden-Württemberg und Hamburg, die jetzt konsequent auf das Abitur nach Klasse 12 setzen. Warum sind Sie davon abgerückt? - Weil Sie, Frau Jürgens-Pieper, wissen, dass man mit einem Gymnasium, das in Klasse 7 beginnt, unter Verzicht auf ein Schuljahr kein Abitur, allenfalls ein Billigabitur verleihen könnte. Deswegen verzichten Sie auf das Abitur nach Klasse 12, deswegen findet es sich nicht mehr in Ihrem Schulgesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU)

Wir kündigen an, dass wir in diesem Lande den erbitterten Widerstand gegen die Zerschlagung erfolgreicher Schulformen wie der selbständigen Hauptschulen und der selbständigen Realschulen organisieren werden. Wir kämpfen für die selbständigen Hauptschulen, für die selbständigen Realschulen in diesem Land.

(Zurufe bei der SPD)

Sie können sich bei der Abschaffung nicht auf den Landeselternrat berufen. Sie können sich auch nicht auf PISA berufen. In PISA steht - - -

(Frau Steiner [GRÜNE]: Sie verstehen das doch gar nicht!)

- Vielleicht üben Sie einmal ein bisschen Respekt. Der Vizepräsident ist einer der exzellentesten Realschullehrer unseres Landes. Der könnte Ihnen dazu eine Menge sagen.

(Zustimmung bei der CDU - Mühe [SPD]: Der hat schon seit 25 Jahren nicht mehr vor der Klasse gestanden!)

Der muss jetzt Ihre Zwischenrufe ertragen. Nun gönnen Sie das einmal unserem Vizepräsidenten!

In PISA steht:

„Die Leistungen der selbständigen Realschulen liegen deutlich über denen integrierter Gesamtschulen.“

Und es gibt auch Realschulen, „in denen die mittlere Lesekompetenz der Getesteten den Mittelwerten entspricht, die man in den meisten Gymnasien findet“. Die Realschule leistet laut PISA die beste soziale Integration aller Schulformen. Doch anstatt auf dieses Erfolgsmodell zu setzen, zerschlagen Sie es und machen das Realschulland Niedersachsen zum Gesamtschulland. Jetzt sage ich Ihnen auch: Das ist eine Täuschung des Parlaments. 1999 hat die Kultusministerin, Frau Jürgens-Pieper, hier an diesem Pult erklärt:

„Die Realschule in unserem Land ist eine attraktive und akzeptierte Schulform. Eine hochakzeptierte Schulform, weil sie leistungsstark ist, weil sie anerkannt ist und vor allem weil ihr Abschluss natürlich gute Chancen bietet. Niedersachsen ist daher in der Tat ein Realschulland, und so soll es auch bleiben.“

In diesem Zusammenhang werfen Sie uns Verschmelzung vor. Wir haben den Fortbestand der Real- und Hauptschule im Schulgesetz abgesichert. Ich wundere mich also, was Sie da hineininterpretieren.

Frau Jürgens-Pieper, Sie machen eine Politik der Nadelstiche gegen die Haupt- und Realschulen. Sie geben ihnen weniger naturwissenschaftlichen Unterricht. Sie machen ihnen keine Ganztagsangebote. Sie besetzen die Schulleiterstellen nicht wieder. Sie zwingen die Haupt- und Realschulen in die Gesamtschule, ansonsten bekommen sie keine Förderstufe. Das ist die Wahrheit in diesem Land! Sie bluten diese Schulen aus!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Klare [CDU]: So ist es!)

Wir wollen, dass Schulen auch unter einem Dach zusammenarbeiten. Aber der eigenständige Bildungsgang muss gewahrt bleiben, die Verantwortung der Kolleginnen und Kollegen für ihre Schüler und deren Abschlüsse. Wir wollen die Begaubungsreserven mobilisieren. Das geht in homoge-

nen Lerngruppen besser als in heterogenen Strukturen.

(Plaue [SPD]: Das ist eben falsch, was Sie da sagen! Hören Sie doch einmal, was Herr Baumert dazu sagt! Nehmen Sie die Diskussionen eigentlich noch wahr?)

- Lesen Sie doch einmal, was der Ehemann von Frau Jürgens-Pieper im Verband der Gesamtschulen in Niedersachsen zu PISA geschrieben hat: Für die Gesamtschulen waren die Ergebnisse weiß Gott nicht respektabel, kann man dort lesen. Hören Sie doch auf, der Gesamtschule nachzulaufen! Sie ist doch nicht die Lösung für die bildungspolitischen Probleme unseres Landes. Wir brauchen Lehrer, die die Rückendeckung der Politik haben. Wir brauchen eine volle Unterrichtsversorgung. Wir wollen Unterstützung der Schulen und richtige Inhalte. Dann haben wir gute Ergebnisse, und nicht, wenn wir wie Sie ständig mit Ideologien herumdoktern.

(Beifall bei der CDU)

Sie zeigen sich gymnasial orientiert. Sie berücksichtigen nicht, dass Hochschulzugangsreife auch über die Berufsschulen und Fachhochschulen in Niedersachsen vermittelt wird. Damit stehen wir in dieser Statistik im Mittelfeld der Bundesländer.

(Frau Harms [GRÜNE]: Was heißt hier Mittelfeld?)

Nur im Jahr 2000 lagen wir unter Auslassung der Berufsschulen bei den Hochschulzugangsberechtigungen im unteren Drittel.

Wir wollen, dass die Schulreform - wenn sie gemacht wird - im Haushalt abgesichert ist. Sie müssen akzeptieren, dass nichts von dem, was Sie hier vortragen, im Haushalt abgesichert ist. Für die Unterrichtsversorgung steht ab 2003 keine einzige zusätzliche Lehrerstelle zur Verfügung. Die angekündigte Verlässlichkeit der Förderstufe ist an keiner Stelle finanziert, ebenso wenig wie der grüne Plan. 500 Stellen für das Fach Werte und Normen für muslimische Schülerinnen und Schüler sind überhaupt nicht finanziert. Sie haben das Land finanzpolitisch vor die Wand gefahren. Sie haben heute Morgen eingeräumt, dass wegen Ihrer Harkiri-Taktik bei BEB 1 860 Millionen DM auf das Land zukommen. Sie versprechen Dinge, die Sie nur versprechen können, weil Sie hundertprozentig sicher sein müssen, im nächsten Jahr nicht mehr im

Amt zu sein. Sonst könnte man so etwas nicht versprechen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Man muss Bildungspolitik - vor allen Dingen, wenn man den Anspruch erhebt, eine Bildungspartei sein zu wollen; das tun Sie ja zur Genüge - zusammen mit den Betroffenen machen. Sie haben den Landeseltern- und Landesschülerrat sowie nahezu alle Lehrgewerkschaften gegen sich. Sie haben die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände gegen sich. Sie haben alle betroffenen Gruppen, einschließlich der ausbildenden Wirtschaft, gegen sich. Das werden Sie in Niedersachsen in den nächsten Wochen sehr deutlich zu spüren bekommen.

(Zurufe von der SPD: Das stimmt doch gar nicht! - Möhrmann [SPD]: Wer steht denn hinter Ihnen, Herr Wulff?)

Sie haben sogar die eigene Partei gegen sich. Wenn wir ehrlich miteinander umgehen - aber das tun Sie ja in dieser Diskussion schon seit einigen Wochen nicht mehr -, dann müssen Sie zugeben - das wissen Sie genau, Herr Plaue -, dass ein SPD-Parteitag ein solches Programm niemals beschlossen hätte, wenn es der Ministerpräsident nicht zur Machtfrage erklärt hätte und die Landtagswahl nicht bevorstünde.

(Plaue [SPD]: Sie sind der einzige, der ehrlich ist. Das kennen wir ja!)

Keiner von Ihnen hätte zugestimmt, wenn diese beiden Voraussetzungen nicht bestanden hätten.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten zwölf Jahre Zeit, bildungspolitische Vorstellungen zu kreieren. Jetzt einen Gesetzentwurf schnell durchs Parlament zu bringen, weil man eine rechnerische Mehrheit hat, ist zum Scheitern verurteilt. Da sind wir uns absolut sicher.

(Starker Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Ministerin Jürgens-Pieper.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch vonseiten der Landesregierung einmal feststellen, dass es auf dieser Seite des Hauses nicht nur eine rechnerische, sondern auch eine gewählte Mehrheit ist.

(Beifall bei der SPD - Plaue [SPD]: Soviel zu Ihren juristischen Fähigkeiten, Herr Wulff!)

Herr Wulff, ich bin wirklich heilfroh, dass wir jetzt mit Hilfe der Fraktion einen Gesetzentwurf vorliegen haben und dass diese Art der Diskussion, die wir eben gehört haben, aufhört.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Klare [CDU])

Wir sind heilfroh, dass wir jetzt Klarheit haben, und Sie, Herr Klare, können im Lande keine Unwahrheiten mehr verbreiten, weil jetzt dieser Gesetzentwurf vorliegt.

(Klare [CDU]: Sie können hier nicht neue Weisheiten erfinden!)

Wenn ich in der Presse lese oder Podiumsdiskussionen habe, erlebe ich ständig Unterstellungen, Verdächtigungen und nichts an Klarheit von Ihrer Seite. Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Herr Wulff hat gesagt, dass wir seit zwei Jahren diskutieren - das ist richtig -, und zwar auf Wunsch des Landeselternrates, der uns dafür sehr dankbar ist und keine Probleme mit dem Gesetzentwurf hat. Er hat nur Probleme damit, ob die Umsetzung in Ordnung geht. Das gebe ich zu. Dies hat mir der Vorsitzende auch so gesagt.

(Widerspruch bei der CDU)

Er wird diesen Gesetzentwurf mit uns aber voller Interesse diskutieren. Seit zwei Jahren diskutieren wir, und Sie stehen hier - ebenso wie die grüne Seite - und haben keinen eigenen Gesetzentwurf. Sie diskutieren keine Feinheiten, z. B. wie man mit Kommunen oder mit dem Elternwillen umgeht oder wie man Schülerströme steuert. Nichts von dem liegt hier vor, und wir können nichts dazu von Ihrer Seite diskutieren.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Sie haben ja auch nichts vorgelegt! - Klare [CDU]: Wo liegen denn Ihre Vorschläge zu den Schülerströmen?)

In einem Punkt haben Sie sich ganz deutlich entlarvt: Sie haben gesagt, dass Sie den Widerstand organisieren werden. - Daran sind wir sehr interessiert. Versuchen Sie das einmal. Wissen Sie, was mir Eltern am letzten Samstag bei der Hotline zur Schulreform gesagt haben? - Wir haben das schon einmal anlässlich der Verlässlichen Grundschule erlebt: Unterstellungen, Geschrei und Gezeter. Sie haben dann umgesetzt, was Sie versprochen haben. - Das werden wir an dieser Stelle auch tun!

(Beifall bei der SPD - Klare [CDU]: Sie haben den Grundschulen damit geschadet! Sie haben Ihre Versprechen gebrochen!)

Wir stellen fest, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Hier liegt ein sauberer Gesetzentwurf vor. Wir stellen auch fest, dass Sie Ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht haben. Versuchen Sie einmal, so den Widerstand zu organisieren. Darauf sind wir sehr gespannt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auch keine Sorge, damit in den Landtagswahlkampf zu gehen. Hier soll ein Gesetz vorliegen, damit wir damit in den Landtagswahlkampf gehen. Sagen Sie uns einmal, wie Ihr Entwurf aussieht!

(Klare [CDU]: Warten Sie doch ab, in fünf Jahren Frau Ministerin!)

Jetzt geht es parlamentarisch zur Sache. Dann werden wir endlich mit dem Kriegsgeschrei und der Kriegstreiberei aufhören. Die Leute sind es satt, in dieser Art und Weise über Kinder zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Der Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Niedersachsen macht deutlich, so meine ich, dass wir sowohl strukturelle als auch inhaltliche Elemente regeln wollen. Aber, Herr Wulff - das haben Sie richtig festgestellt -, nicht alle Themen, die in unserem Maßnahmenpaket zur Schulreform enthalten sind, sind auf der Gesetzesebene zu regeln. Die Leistungsorientierung - dazu können Sie dem GBD gerne einen Vorschlag vorlegen - werden wir auf der Erlassebene an anderen Stellen, also nicht im Gesetz, regeln, ebenso wie andere Themen, die wir angesprochen haben wie z. B. das Thema Abitur nach 12 oder 13 Jahren.

Meine Damen und Herren, das Maßnahmenpaket richtet sich nach unterschiedlichen Zielen. Vor

allem wollen wir mehr Förderstunden, mehr Verlässlichkeit und mehr Ganztagschulen.

(Klare [CDU]: Aber Sie waren doch vorher schon so gut!)

- Wir werden jetzt noch besser, Herr Klare! Haben Sie das noch nicht gemerkt? Das wird sich auch deutlich auf den Bildungshaushalt auswirken.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch bezüglich der Förderung der Kinder besser werden. Hier haben Sie richtig zitiert, Herr Wulff, und da haben Sie völlig Recht. Das gilt aber nicht nur für Niedersachsen, wie ich Ihnen an dieser Stelle auch einmal sagen möchte. Im Hinblick auf die PISA-Studie sind Sie ganz vorsichtig, die ja die Leistung aller Schüler in der Bundesrepublik wiedergibt. Wie es in Niedersachsen tatsächlich aussieht, werden wir erst sehen, wenn der Ländervergleich angestellt worden ist. Darüber können Sie aber jetzt noch nichts sagen. Sie haben PISA offensichtlich nicht in dem Sinne verstanden, wie man es nach der Lesekompetenz erwarten kann, nämlich sinnentnehmend.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kultusministerin, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klare beantworten?

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Nein, ich möchte in einem Stück vortragen. - Außerdem streben wir eine verbesserte Kooperation an. Daraus machen Sie, dass wir keine selbstständige Schule mehr haben wollten. Das Gegenteil aber ist der Fall. Hören Sie mit Ihren Unterstellungen auf! Sie finden die selbstständigen Schulen auch weiterhin im Schulgesetz verankert. Die Schulformen sind da.

(Klare [CDU]: Aber unter welchen Bedingungen?)

Sie werden uns anhand unseres Gesetzentwurfes nicht nachweisen können, dass wir irgendwelche selbstständigen Schulen zwangsweise zusammenlegen wollen. Das müssen Sie uns erst einmal nachweisen. Dies ist nach diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem wollen wir, dass es demnächst gerechter zugeht. Das heißt, dass wir den Kindern im ländlichen Raum bessere Bildungschancen anbieten wollen. Das heißt für uns „gerechter“. Dies haben Sie in einigen der CDU-geführten Landkreise - gleiches gilt aber auch für SPD-geführte Landkreise - noch nicht gut hingekriegt. Sagen Sie jetzt nicht, die Bildungsreform der 70er-Jahre hätte nichts gebracht. Natürlich hat sie mehr Bildungsbeteiligung gebracht. Das schreiben wir uns auf die Fahnen. Es sind nicht Ihre Fahnen, die da im Wind wehen.

(Beifall bei der SPD)

Die gymnasialen Angebote im ländlichen Raum müssen verbessert werden. Die Schulträger - übrigens auch die CDU-geführten - haben mit den Diskussionen schon längst begonnen. Wir werden demnächst auflisten - wie wir es auch schon im Zusammenhang mit der Verlässlichen Grundschule getan haben -, wer alles bei uns einen Antrag auf Einrichtung eines gymnasialen Angebots im ländlichen Raum stellt. Ich halte das für richtig.

(Klare [CDU]: Alle! - Busemann
[CDU]: Alle! Jedes Dorf!)

- Ja, ist doch wunderbar. Da sehen Sie einmal, wie gut dieses Gesetz ist. Nicht Sie, sondern wir haben das aufgegriffen.

(Beifall bei der SPD - Klare [CDU]:
Sie merken gar nicht, dass Sie eine
ganze Struktur zerschlagen!)

Wir werden uns mit diesem Reformwerk bei den anderen Bundesländern gut sehen lassen können; denn wir sind das erste Bundesland, das gerade die Sprachförderung für Kinder in einem Gesetz aufgreift. Das ist nun eindeutig ein Ergebnis der PISA-Studie. Wir wollen Sprachfördermaßnahmen verpflichtend vorsehen. Wir wollen, dass sich Kinder ein Dreivierteljahr vor der Einschulung einem Pflichttest zu unterziehen haben. Wir wollen dies auch für die Quereinsteiger in den verschiedenen Schulabschnitten vorsehen, also nicht nur in der Vorschule. Kinder - das müssen alle Eltern wissen - sollen, wenn sie hier geboren worden sind, im Prinzip Deutsch sprechen können, auch wenn sie eine andere Herkunftssprache haben.

(Beifall bei der SPD)

Damit muss bereits im Kindergarten begonnen werden. Aber nicht alle Eltern werden ihre Kinder in den Kindergarten schicken. Deshalb wollen wir eine Sprachförderpflicht für die Zeit vor der Einschulung vorsehen. Dies ist meiner Meinung nach ein ganz interessanter Ansatz im vorliegenden Gesetzentwurf, der in allen anderen Bundesländern seinesgleichen sucht.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Weil kein
Geld da ist!)

- Aber sicher, Herr Wulff, Sie werden es sehen. Ich habe gesagt, dass der Bildungshaushalt natürlich noch aufgestockt werden muss. Wir haben ja Zeit, eine ganze Legislaturperiode. Die wollen wir auch gestalten. Sie aber werden das nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Vor allem wollen wir mit dieser Reformmaßnahme das Einschulungsalter senken. Zu diesem Zweck schaffen wir eine flexible zweijährige Eingangsstufe. Das ist hier schon gesagt worden. Es soll nicht zwangsweise geschehen, sondern die Grundschulen sollen sich dieser Frage selbst stellen. Wir haben diesbezüglich im Rahmen von Schulversuchen seit 1995 entsprechende Erfahrungen gesammelt. Die Schulen sollen dann darauf verzichten, Kinder zurückzustellen. Wir haben nämlich festgestellt - darüber werden wir morgen noch ausführlich diskutieren -, dass Kinder dort zurückgestellt werden, wo es Schulkindergärten gibt, nicht aber dort, wo es keine gibt, und dort ist die Quote besonders hoch. Deshalb werden wir den Schulen die Möglichkeit eröffnen, auf das Instrument der Zurückstellung zu verzichten und stattdessen eine flexible Einschulung vorzunehmen. Dann können Kinder in der Mehrheit ein Jahr, zwei Jahre, aber auch drei Jahre in dieser Eingangsstufe bleiben.

Wir wollen vor allem Ganztagschulen ermöglichen. Ich meine, dass wir uns an dieser Stelle einig sind. Worüber wir uns aber nicht einig sind, Herr Wulff, ist, dass wir für diese Altersstufe keine Nachmittagsbetreuung wollen. Wir wollen sie ganz ausdrücklich nicht. Die PISA-Studie sagt: Wir brauchen mehr Unterrichtszeit am Nachmittag, nicht aber nur mehr Nachmittagsbetreuung, wie Sie sie immer wieder beantragen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Erzählen Sie doch nichts. Das ist für Kinder in der ersten und in der zweiten Klasse eine Stunde. Sie aber wollen den ganzen Nachmittag für die

Nachmittagsbetreuung vorsehen, und das in einer Altersphase, in der Kinder Unterricht brauchen.

(Widerspruch bei der CDU)

An der Stelle sind wir uns eben nicht einig.

Wir werden auch ein Initiativrecht für Eltern schaffen, Ganztagschulen zu beantragen. Dieses neue Instrument im Schulgesetz begrüße ich außerordentlich. Das muss aber im Einvernehmen mit dem jeweiligen Schulträger geschehen. Elternräte werden demnächst jedoch Anträge auf Einrichtung einer Ganztagschule stellen dürfen, damit wir im Lande ordentlich vorankommen. Sie werden sehen: Die kommunale Seite wird sich diesem Problem trotz aller Probleme, die sie mit ihrer Leistungsfähigkeit hat, aber stellen. Diese Probleme negieren wir ja nicht. Deshalb räumen wir den Kommunen auch Spielräume ein. Auch diesbezüglich liegen Sie völlig falsch. Sie waren ja auch beim Städtetag. Natürlich haben wir uns gegenseitig die Hand gereicht und haben gesagt, wir wüssten um die Schwierigkeiten der kommunalen Leistungsfähigkeit und der kommunalen Haushalte. Wir wollen an den aufgezeigten Problemen, die es in Deutschland gibt, aber gemeinsam arbeiten. Ich habe das Gefühl, dass sich dem auch Ihre Kommunen nicht verschließen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen deutlich sagen: Sie werden sich einer Notwendigkeit nicht verschließen können, nämlich der Entwicklung und der Sicherung von Standorten in der Fläche. Sie wissen ganz genau: Angesichts sinkender Schülerzahlen und vor dem Hintergrund der weiteren Qualifizierung, die die Eltern für ihre Kinder wünschen, wird es Hauptschulstandorte geben, die gefährdet sind. Deshalb werden sie bei uns Realschulzweige beantragen. Darüber hinaus wird es Haupt- und Realschulstandorte geben, an denen die Eltern bei uns Gymnasialzweige beantragen werden. Wir werden sie genehmigen, auch wenn dies schwer fällt. Wir brauchen mehr höherwertige Abschlüsse nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland. Wir liegen im internationalen Vergleich nicht gut genug, was ich hier ja nicht zum ersten Mal sage.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden beides zulassen, also auch die Gesamtschulentwicklung. Sie werden sich noch wundern, was uns die internationalen Studien dazu sagen werden. Sie liegen völlig falsch, wenn Sie meinen,

dass Homogenität eine bessere Förderung zur Folge hat. Wenn Sie das glauben, muss ich Ihnen vorhalten, dass Sie wiederum nicht sinnentnehmend gelesen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die PISA-Studie gelesen hätten - ich weiß nicht, ob Sie es nicht getan haben; ich möchte das nicht unterstellen - oder gelesen haben, dann werden Sie dort einen Hinweis darauf gefunden haben, dass die Heterogenität offensichtlich leistungsfördernder ist als die Homogenität. Diese Tatsache werden wir im Schulgesetz dadurch abbilden, dass wir auch demjenigen Drittel der Eltern, die eine Gesamtschule haben wollen - wir wissen, dass dies nicht die Mehrheit der Eltern ist -, gerecht werden. Auch dem anderen Drittel, das ein gegliedertes Schulwesen mit all den damit verbundenen Schwierigkeiten haben will, werden wir mit der vorliegenden Gesetzesnovelle gerecht. Hören Sie also damit auf, im Lande zu verkünden, wir würden mit unserem Schulgesetz irgendetwas anderes machen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu der etwas merkwürdigen Art, in der Sie hier das Lostrommelverfahren für Kinder vorgestellt haben.

(Busemann [CDU]: Das ist auch merkwürdig!)

Ich bin darauf gespannt, was Sie sagen, wenn die Schülerströme nach Klasse 4 bei Ihrem Modell - wir warten hier ja noch auf Ihren Gesetzentwurf - verstärkt Richtung Gymnasien gehen. Ich habe mit Herrn Busemann neulich über diese Frage diskutiert. Er hat genau das gesagt, was auch ich sage: Wir gehen davon aus, dass 30 bis 35 % der Eltern das Gymnasium anwählen. - Genau so hat er es gesagt, und genau so ist es auch, meine Damen und Herren. Auch in den anderen Bundesländern gibt es Übergänge zum Gymnasium in diesem Ausmaß. Insofern haben Sie das völlig richtig gesagt, Herr Busemann. Was Sie aber nicht sagen, ist, dass beide Modelle nach Klasse 4 auf der kommunalen Seite die gleichen Probleme aufwerfen. Sie sagen darüber hinaus nicht, welche Instrumente Sie den Schulträgern zur Verfügung stellen wollen, weil Sie keinen Gesetzentwurf vorlegen. Wir aber nennen die Instrumente. Wir sagen: Er kann Schulbezirke einrichten. Er kann, muss es aber nicht. Wir sagen außerdem: Er kann Kapazitätsbeschränkungen vornehmen. Er muss es aber nicht. Das heißt:

Wir geben ihm Instrumente für den Fall an die Hand, dass räumliche Probleme auftreten, die sonst nur mit Schulbauten gelöst werden könnten. Genau dieses Problem haben wir an dieser Stelle bearbeitet.

Wir empfehlen den Schulträgern allerdings, nach Möglichkeit Wettbewerb zuzulassen, damit Qualitätssteigerungen erfolgen und man sich um die Kinder bemüht.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass sich die Schulen dort, wo dies räumlich möglich ist und die Entfernungen für die Eltern tragbar sind, um die Kinder bemühen und die Eltern nicht nur eine Schule wählen können. Es soll ein maßstabsgeschneidertes Angebot für Eltern geben. Das wird allerdings nur gehen, wenn die Schulträger im Vorfeld ihrer Planungen Bedarfserhebungen durchführen, damit sie dann auch gut auf die Schülerströme eingestellt sind. Dabei haben wir genau die gleichen Probleme in beiden Modellen. Suggestieren Sie bitte nicht im Lande, dass das bei Ihnen anders ist als bei uns. Sie sagen es bloß nicht, Sie versuchen, es zu verschweigen. Das ist allerdings, finde ich, nicht besonders redlich, sondern wenig sachorientiert.

Ich will Ihnen außerdem noch deutlich sagen, dass wir auch im Bereich der Konkordatschulen, der katholischen Schulen, eine Entwicklung zu verzeichnen haben, die spannend ist. Die künftige Kooperative Haupt- und Realschule ist ja durchaus ein Weg, den auch die Kirchen gehen wollen. Ich wundere mich, dass Sie das immer verschweigen.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Sie wollen nämlich genau diesem Modell folgen. Da wird gar nicht viel umzuorganisieren sein. Denn es gibt jetzt schon Haupt- und Realschulen mit Orientierungsstufe im kirchlichen Bereich, und die sollen genauso umgewandelt werden. Wir befinden uns in Konkordatsverhandlungen, und wir werden eine Vorvereinbarung schließen. Dem Parlament werden wir darüber noch berichten. Wir könnten, wenn auch ein bisschen überspitzt, geradezu sagen: Wir folgen hier der katholischen Kirche. Die kirchlichen Schulen gehen also genau den Weg, den Sie der Landesregierung als angebliche Auflösung der Haupt- und Realschule anlasten. Nein, das wird alles freiwillig passieren.

(Klare [CDU] lacht)

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Die Schulträger werden diese Wege selbst zu gehen haben. Nach dem Gesetz liegt die Eigenverantwortung auch bei ihnen,

(Klare [CDU]: Sie helfen ein bisschen dabei!)

und wir werden genehmigen müssen. - Herr Klare, das war im Schulgesetz so, auch in Ihrem, und das wird auch so bleiben.

(Klare [CDU]: Warum lassen Sie es dann nicht so, wenn es so war?)

Hören Sie mit Ihren Unterstellungen auf!

(Beifall bei der SPD - Klare [CDU]: Sie haben etwas ganz anderes im Sinn!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Schulgesetznovelle ist sehr konzentriert und sehr übersichtlich.

(Biestmann [CDU]: Kein Mensch versteht sie! - Zuruf von Frau Körtner [CDU])

- Sie vielleicht nicht. Andere verstehen sie sehr wohl.

Es gibt noch zwei Blöcke, die ich hier nur kurz erwähne. Frau Seeler hat sie vorhin angesprochen: Das eine ist die Regelung der Finanzhilfen, mehr Planungssicherheit.

(Zuruf von Frau Vogelsang [CDU])

Das ist ein lang gehegter Wunsch, der im Landeshaushalt finanzielle Probleme ausgelöst hätte. Frau Vogelsang, das wissen Sie selber. Wir können das jetzt einigermaßen kostenneutral machen, meine ich. Zum anderen gibt es den Wunsch, den Werte- und Normenunterricht auch für die Schülerinnen und Schüler einzuführen, für die kein Religionsunterricht angeboten wird.

Ich bitte ganz herzlich darum, dass wir auch über diese Fragen sachorientiert reden und versuchen, Einigkeit herzustellen, denn wir können hier sowohl den freien Trägern entgegenkommen als auch der Frage näher treten, wie wir mit den muslimischen Jugendlichen in unserem Lande umgehen. Ich hoffe, wenigstens in diesem Block besteht Einigkeit.

Ansonsten ist die Schulgesetznovelle ganz bewusst sehr konzentriert gefasst. Ich meine, dass der Zeit-

plan durchaus einzuhalten ist. Wir bieten seitens des Kultusministeriums unsere deutliche Unterstützung an. Dass wir auch die Verordnungen dazu zügig vorlegen werden, ist selbstverständlich. Sie als Oppositionsfraktion, die schon vor zwei Jahren gesagt hat, sie wolle die sofortige Abschaffung der Orientierungsstufe, werden sich nun damit auseinander setzen müssen, dass Sie dies auf einmal gar nicht mehr wollen.

(Zurufe von der CDU)

- Sie wollen doch die Beratung dieses Gesetzentwurfs nicht! Habe ich das falsch verstanden?

(Mühe [SPD]: Wenn sie keinen eigenen haben!)

Insofern haben Sie noch zu diskutieren, wie wir es schaffen, dass zum 1. August 2003 die ersten Schulträger keine Orientierungsstufen mehr haben.

(Frau Vogelsang [CDU]: Wir werden das verhindern! - Klare [CDU]: Warum müssen Sie bis zum 15. Mai mit der Diskussion fertig sein?)

Wenn Sie dafür mit sorgen würden, würden Sie bei Ihren Wählern vielleicht besser aussehen. Da Sie das aber nicht wollen, sind wir froh darum. - Herzlich Dank.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, da die Landesregierung die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit mit achteinhalb Minuten deutlich überzogen hat, werde ich das bei der weiteren Diskussion berücksichtigen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich bitte Sie, nicht dazwischenzurufen, wenn ich erkläre, warum ich das so mache. - Das Wort hat Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die monatelange auch sehr anstrengende und nicht ohne innerparteilichen Druck verlaufene Diskussion in der Niedersachsen-SPD

(Wernstedt [SPD]: Innerparteilichen Druck kennen die Grünen überhaupt

nicht! - Heiterkeit bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

hat ganz offensichtlich dazu geführt, dass es für die Rückkehr zu einer meiner Meinung nach eher konservativen Schulpolitik von der SPD schon fast stehende Ovationen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich, meine Damen und Herren, finde das bedenklich und will an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass ich nicht verstehe, warum mit den Einsichten aus PISA die Rückkehr zu einem Schulsystem begründet werden kann, das das Sortieren nach Klasse 4 in Niedersachsen wieder einführt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Voigtländer [SPD]: Das gilt für die CDU, nicht für uns! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Da können Sie jetzt ganz aufgeregt dazwischenrufen. Ich habe die Berichterstattung über Ihren Parteitag in Hannover sehr genau gelesen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Ich habe sehr genau nachgelesen, was Ihr Peter von Oertzen, ein oft zitierter Sozialdemokrat, über diese Schulstrukturreform gesagt hat.

(Möhrmann [SPD]: Er hat doch gar nicht geredet, Frau Kollegin!)

Er hält das davon, was auch ich davon halte: Es ist die Rückkehr zu den konservativen Linien der Schulpolitik. Sie haben in einem völlig Recht: Die CDU kann mit dieser Schulstrukturreform eigentlich ganz zufrieden sein.

(Frau Vockert [CDU]: Um Gottes Willen! Sie hat es auch nicht verstanden!)

Denn sie ist das, was die CDU immer wollte: die Rückkehr zur Dreigliedrigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Seeler [SPD]: Sie sollten bei der Atompolitik bleiben! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, das ganze Gemurmel hilft nicht weiter. Ich weiß, dass Sie lange gebraucht haben, um Ihre Partei in Niedersachsen auf Kurs zu bringen. Niedersachsen ist trotzdem das einzige SPD-geführte Land, das in dieser Art und

Weise, nämlich mit der Rückkehr zum Sortieren nach Klasse 4, meint, auf PISA reagieren zu können. Wir haben mehrfach angekündigt, dass wir diesen Weg nicht mitgehen. Wir werden mit unserem eigenen Gesetzentwurf in die nächste Plenarsitzung kommen, und wir werden mit unserem eigenen Strukturvorschlag den Versuch machen, den Anforderungen, die PISA den Deutschen eigentlich ins Stammbuch schreibt, gerecht zu werden.

Ich weiß wirklich nicht, was Sie reitet. Wenn die Förderstufen ans Gymnasium angebunden werden, dann heißt das wirklich nichts anderes, als dass das Gymnasium tatsächlich mit Klasse 4 beginnt.

Kommen wir an dieser Stelle zu dem ganz dicken politischen Betrug, den sich die Sozialdemokraten in Niedersachsen leisten,

(Zustimmung bei den GRÜNEN -
Widerspruch bei der SPD)

zum freien Elternwillen, der von Ihnen ja immer wieder betont wird. Meine Damen und Herren, auch das ist etwas, was uns nicht nur PISA, sondern auch andere Studien zeigen: In der Bundesrepublik Deutschland ist es für bildungsferne Schichten - ich hasse diesen Begriff, weil er die Lage eigentlich verschleiert -, ist es gerade für sozial Schwache, für ärmere Familien nicht leicht, ihren Kindern den Zugang zum Gymnasium zu ermöglichen. Im Gegenteil ist es so, dass es einen Rückgang bei der Anzahl der Kinder gibt, die aus sozial schwachen Familien kommen und den Weg ans Gymnasium schaffen, weil sich die Eltern diese Entscheidung nicht zutrauen.

(Schurreit [SPD]: Es geht genau darum, dies zu verändern!)

Genau dieses Problem verschärfen Sie durch die Strukturen, die Sie jetzt schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Mühe
[SPD]: So ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren, wer behauptet, dass Sie für diese Schulstrukturereform, die wirklich nichts anderes ist als die Umsetzung konservativer Linien in der Schulpolitik,

(Busemann [CDU]: Wenn es so wäre!
- Mühe [SPD]: Du redest dich um
Kopf und Kragen!)

bei der letzten Wahl von Sozialdemokraten gewählt worden sind, der macht sich einfach etwas vor. Sie betreiben mit dieser Schulpolitik nichts anderes als das Geschäft der konservativen Schulpolitiker. Das, meine Damen und Herren, regt mich auf - da muss ich auch einmal emotional werden;

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

denn ich gehöre zu diesen Kindern, denen es gelungen ist, aus einem Arbeiterhaushalt ans Gymnasium zu kommen -, weil Sie mit PISA endlich den Beleg dafür haben, dass das, was Peter von Oertzen und andere für Sie vorgedacht hatten, richtig war. Jetzt hätten Sie noch mehr Argumente, das konsequent umzusetzen, und jetzt verspielen Sie diese Möglichkeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Dom-
röse [SPD]: Dann sagen Sie das doch
den Eltern! Sollen die doch die Ge-
samtschule fordern!)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue hat das Wort.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vorhin schon eine recht groteske Situation erlebt: Da schickt die CDU einen Juristen, nämlich ihren Fraktionsvorsitzenden, in eine schulpolitische Debatte, und der erregt sich darüber, dass im Kultusministerium Juristen sitzen. Grotesker geht es doch schon gar nicht mehr!

(Beifall bei der SPD)

Kollege Wulff, so langsam wird deutlich, welche Position Sie haben:

(Frau Seeler [SPD]: Keine!)

Sie sind Weltmeister im Beschreiben von Problemen, aber Sie sind unterste Kreisklasse bei den Lösungsansätzen. Das merken die Menschen, und das werden sie Ihnen auch entgegenbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich nehme mit Interesse zur Kenntnis, dass wir hier von zwei Seiten angegriffen werden.

(Zuruf von Busemann [CDU])

- Passen Sie mal auf! - Die Grünen unterstellen uns, wir würden eine konservative Schulpolitik machen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ja!)

Die rechte Seite des Hauses sagt, wir würden auf verdeckte Weise Gesamtschulen einführen. - Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, dass wir genau dort sind, wohin wir gehören: in der Mitte dieser Gesellschaft. Es wird sich herausstellen, dass das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen werden sich mit den Inhalten auseinander setzen und den Schaum, den Sie versprühen, zur Seite wischen. Sie werden merken, dass wir über Schulpolitik, über Bildungspolitik nicht nur reden, sondern dass wir auch dort handeln, wo es darauf ankommt, wo ein Parlament handeln muss.

Die Menschen sehen, dass wir 3 100 Lehrerstellen zusätzlich in den Landeshaushalt eingestellt und finanziert haben. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, waren noch nicht einmal in der Lage, ihre Lehrerstellen für ein halbes Jahr zu finanzieren. Das macht den Unterschied zwischen uns aus.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue, Frau Litfin möchte Ihnen eine Frage stellen.

Plaue (SPD):

Nein, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die in diesem Lande Schulpolitik machen, tun mir schon fast Leid. Von ihrem Fraktionsvorsitzenden angetrieben, kämpfen sie seit Jahren gegen die Orientierungsstufe. Aber derselbe Fraktionsvorsitzende stellt sich auf dem Städtetag hin und lobt den Oberbürgermeister einer Stadt, der sich für den Erhalt der Orientierungsstufe einsetzt. - Der lässt Sie im Stich, meine sehr verehrten Damen und Herren, der windet sich durch die Politik. Aber so ist er, Ihr Fraktionsvorsitzender.

(Beifall bei der SPD - Möllring
[CDU]: Sagen Sie doch mal was zu

Ihrer Rede auf dem Städtetag! Das muss ja der absolute Tiefpunkt gewesen sein, Herr Plaue!)

Nein, Herr Kollege Wulff, dieses Verhalten wird nicht lange tragen, weil die Menschen genug Zeit haben werden, sich mit dem auseinander zu setzen, was die einzelnen Parteien wollen. Die Alternativen liegen zwar nicht in Gesetzesform vor - das trauen Sie sich ja nicht; ich bin ja mal gespannt, ob die fünf Finger von Herrn Klare tragen und wir demnächst einen Schulgesetzentwurf der CDU bekommen werden -, aber sie liegen verbal auf dem Tisch.

Die CDU hat eben durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklären lassen, sie will das dreigliedrige Schulsystem. Dieses Steinzeitmodell nennt Herr Wulff den frischen Wind, den er uns bringen will. Wir werden die Eltern fragen, ob sie das haben wollen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Frau
Vogelsang [CDU])

- Regen Sie sich doch nicht auf, gnädige Frau. Sie haben nachher noch Gelegenheit, zu reden.

Die Grünen wollen es ja nicht viel besser. Sie offerieren ein Modell, das, wie ich finde, zu Recht heute in der Zeitung als ein museales Modell bezeichnet wurde: das Modell einer sechsjährigen Grundschule, die dazu führen wird, das landesweit hunderte von Grundschuldstandorten aufgegeben werden sollen. Das ist die Politik, die Sie machen, eine Politik gegen die Fläche!

(Beifall bei der SPD - Frau Harms
[GRÜNE]: Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass sich auch die Konservativen in diesem Landtag mit der PISA-Studie nicht nur verbal, sondern auch inhaltlich beschäftigen.

Herr Kollege Wulff, ich fand es schon hoch interessant. Da hat der Landtagspräsident es geschafft, Herrn Baumert, der immerhin der „Papst“ der deutschen PISA-Studie ist, hier in der Landtag zu bekommen, und kein einziger Schulpolitiker der CDU war anwesend. So gehen Sie mit solchen Erkenntnissen um, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Insofern wundert mich überhaupt nicht, Herr Kollege Wulff, dass Sie hier noch erklären können, dass heterogene Lerngruppen nicht in der Lage sind, bessere Ergebnisse zu produzieren. - Ja, dann tun Sie mir doch den Gefallen - wenn Sie es schon nicht selbst tun wollen -, und lassen Sie sich die Ergebnisse der PISA-Studie etwas detaillierter vortragen, bevor Sie hier einen solchen Unsinn verbreiten!

(Frau Harms [GRÜNE]: Was hat diese Schulstruktureform denn mit PISA zu tun?)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Plaue, möchten Sie jetzt eine Frage des Kollegen Klare beantworten?

Plaue (SPD):

Nein. Dann würde ich zulasten der Redezeit meines Kollegen Wulf reden, und das will ich nicht tun.

Meine Damen und Herren, ich will nur auf einen Punkt hinweisen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Dieses Gesetz hat doch mit PISA nichts zu tun!)

- Aber klar, liebe Frau Kollegin. Nun regen Sie sich mal nicht auf! - Schauen Sie sich das Ergebnis einmal an: Wir sind als erstes Bundesland überhaupt in der Lage, auf die PISA-Studie zu reagieren,

(Frau Harms [GRÜNE]: Schon bevor sie da war!)

weil wir zwei Jahre vorher mit der Debatte angefangen haben und nicht erst jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wulff, das Modell, das wir hier vorstellen und das wir mit den Menschen draußen diskutieren werden - und zwar sehr intensiv, damit diejenigen, die in diesem Lande die Unwahrheit sagen, nicht Recht bekommen -,

(Frau Harms [GRÜNE]: So intensiv wie mit der Partei!)

wird von Ihnen hier im Landtag bekämpft. Ich sage Ihnen voraus: Sie werden mehr Autorität aufbringen müssen, als Sie als Landesvorsitzender der

Partei je hatten aufbringen müssen, um zu verhindern, dass CDU-geführten Kommunen die ersten sein werden, die dieses Schulmodell für sich beantragen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich mit Ihrer etwas abstrusen Interpretation der Frage, ob man berechtigt ist oder ob man ein Mandat hat, Politik zu machen, nicht weiter auseinander setzen. Aber eines sollten Sie sich dann auch einmal vor Augen führen, Herr Kollege Wulff: Ihre Lesart, dass wir kein Mandat für diese Schulpolitik hätten, bedeutet, dass Sie überhaupt kein Mandat haben, auch nur irgendeinen Antrag einzureichen. Sie haben von den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt kein Mandat bekommen, zu regieren, und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Heute Morgen sollten wir noch die Verantwortung tragen!)

Wir wollen mit unserer Schulgesetznovelle und mit der Diskussion, die wir danach um die schulpolitischen Inhalte führen werden, erreichen, dass in unseren Schulen eine optimale Förderung der Kinder möglich wird, und zwar sowohl der leistungsstarken als auch der leistungsschwachen Kinder. Das ist unsere Politik, die wir flächendeckend umsetzen wollen: hohe Abiturquoten nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in der Fläche. Wir wollen, dass die Hauptschüler optimal gefördert werden. In unseren Systemen bieten wir das an, meine Damen und Herren. Wir wollen nicht das konservative Modell haben,

(Frau Harms [GRÜNE]: Und warum macht ihr es dann?)

bei dem diejenigen, die aus reichen Elternhäusern kommen, automatisch das Abitur bekommen und diejenigen, die aus ärmeren Elternhäusern kommen, automatisch Hauptschüler werden. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der SPD)

Diese Politik - das sage ich Ihnen deutlich - wollen wir nicht nur für die Ballungsräume, sondern auch für die Fläche.

Frau Kollegin Litfin, wir werden uns in der Diskussion sehr sorgfältig mit dem beschäftigen, was Sie eigentlich wollen. Wir werden den Menschen draußen das auch sagen.

(Frau Vogelsang [CDU]: Wir werden ihnen das auch sagen!)

Wir wollen, dass die Grundschulstandorte, die wir in der Fläche haben, möglichst erhalten bleiben - nach dem Grundsatz: kurze Wege für kurze Beine. Das werden wir mit einem Modell umsetzen, in dem die optimale Förderung der Einzelnen und des Einzelnen organisiert wird, allerdings nicht mit dem neuen Modell, das Sie uns vorschlagen, nämlich dem der Zwergschule. Weder Ihr Modell noch das der CDU ist zukunftsfähig. Unseres ist es, und es wird - da bin ich mir ganz sicher - von den Menschen draußen auch akzeptiert werden.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Busemann erhält bis zu fünf Minuten zusätzliche Redezeit.

(Frau Harms [GRÜNE]: Jetzt wird es wieder militant! - Schurreit [SPD]: Jetzt stellt er den Antrag!)

Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fünf Minuten sind in der Tat wenig. Deswegen einige vielleicht auch grundsätzliche Bemerkungen.

Zu den Grünen, Frau Harms. In der Tat: Grüne Schulreform überwindet Klassengrenzen. Ich würde sagen: Grüne Schulreform überwindet alle Kostengrenzen. Ich meine, mit Ihren Vorstellungen sollten wir uns in diesen Tagen nicht befassen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Wie viel Lehrer hatten Sie gefordert?)

Wenn man etwas Muße hat, guckt man mitunter ja auch einmal in alte Parteiprogramme. „Was bleibt - und was sich ändert“ - Wahlprogramm der SPD 1998. Was stehen darin für tolle Dinge; das ist geradezu eine Wundertüte.

Die Unterrichtsversorgung wollten Sie sichern. - An die Wand gefahren haben Sie sie, Frau Ministerin. De facto beträgt sie nur noch 86 %.

(Beifall bei der CDU)

Die Bildungsausgaben sollten gesteigert werden, Lehrer sollten zusätzlich eingestellt werden.

(Adam [SPD]: Das haben wir doch gemacht!)

Ich kann nur sagen: Außer Umschichtungen haben Sie keine Steigerungen hinbekommen, im Gegenteil. Bei Oppermann haben Sie sie weggenommen, im eigenen Etat haben Sie sie wieder untergebracht.

(Beifall bei der CDU - Frau Seeler [SPD]: Bitte?)

Sie wurden für die Vollen Halbtagschulen gerühmt, meine Damen und Herren. In Niedersachsen kann man sich noch erinnern: Da gab es doch mal etwas wie Volle Halbtagschulen. - An die Wand gefahren haben Sie auch diesen Bereich. Das Ganze ist dann in die Verlässliche Grundschule - was auch immer man davon hält - übergegangen.

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Kleine Klassen sollten geschaffen werden, meine Damen und Herren. Ich kann nur sagen: Lesen Sie die Klassenbildungserlasse für den berufsbildenden Bereich! Dann wissen Sie, was aus Ihren Wahlversprechen geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Nichts von alledem war da zu vernehmen, meine Damen und Herren, dass man z. B. eine Schulstrukturreform machen wolle, Herr Gabriel - damals war es ja Herr Schröder und dann Herr Glogowski; jetzt sind Sie dabei -, die jetzt eine Förderstufe erlebt. Diese Förderstufe ist eine O-Stufe zum Quadrat!

Ich meine, wir sollten uns nach dem DIPF-Gutachten einig sein, dass die Orientierungsstufe abgeschafft gehört. Das hat ja Herr Gabriel vor eineinhalb Jahren gesagt. Stattdessen kriegen wir jetzt eine Förderstufe, bei der auch noch das letzte Maß an Differenzierung aufgegeben wird. Wir verstehen nicht, warum Sie diesen Weg beschreiten.

Wenn wir schon eine verlässliche Förderstufe haben sollen, Frau Ministerin: Wo ist denn da die Verlässlichkeit? - Da kann ich mich nur wundern. Wo ist das im Haushalt abgesichert?

Wenn Sie Förderung machen wollen, dann müssen Sie dafür keine Schulstrukturreform machen, sondern das könnten Sie einfach so tun und dann ein-

fach 10 000 Stellen ausloben, meine Damen und Herren.

(Frau Seeler [SPD]: Das wäre Ihre Methode!)

Nun noch zur Berechenbarkeit von Politik überhaupt, Herr Mühe. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen.

(Mühe [SPD]: Diese Art von Berechenbarkeit kennen wir! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

In § 6 des Schulgesetzes ist verankert: Grundschulen sollen grundsätzlich vier Jahre dauern. Aber wer will, und wenn besondere Gründe dafür sprechen, kann man dort noch zwei Jahrgänge - 5. und 6. Klasse - angliedern.

Haupt- und Realschule - da müssen wir auch offen miteinander umgehen, Frau Seeler - sollen in der Zukunft wohl nicht mehr selbständig sein. Sie sollen kooperativ arbeiten. Da kommt auch die Förderstufe hin. Nur im Ausnahmefall - das kann man sich dann wieder aussuchen - kriegt man vielleicht doch eine eigene Förderstufe. Dazu kann ich nur sagen: Das sind keine berechenbaren Verhältnisse für unsere kommunalen Schulträger.

Ähnliches gilt für das Abitur nach 13 Jahren: In Ausnahmefällen geht es vielleicht auch in zwölf Jahren.

Die Kapazitätsverordnung kommt nun plötzlich, wo Sie merken, dass Sie mit den Schülerströmen nicht klar kommen. Schuleinzugsbereiche sollen gemacht werden. Ein Losverfahren soll gemacht werden. - Das Ganze sind doch keine berechenbaren Verhältnisse, sondern eine Lotto-Tippgemeinschaft für die Schulträger! So kann es doch nicht sein!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Wie läuft das denn bei Ihnen, Herr Busemann? Die Ministerin hat Ihnen das doch vorgehalten! Wofür sind Sie denn?)

Ein weiterer ernster Punkt, Frau Ministerin: Es geht um die Steigerung der Abiturientenquote. Ich finde, Sie gehen mit diesen Zahlen nicht ganz korrekt um. Wir müssen immerhin auch die Zahl derer mit einbeziehen, die in Niedersachsen die Fachhochschulreife erlangen. Das sind gar nicht so wenig. Gerade im ländlichen Bereich haben wir hervorragende Ergebnisse und hervorragende An-

gebote, sodass Sie nicht immer sagen müssen: Da müssen wir jetzt unbedingt etwas tun.

Sie versprechen kleine Gymnasien. Im Haushalt ist dazu aber nichts zu finden. Auch im Gesetz gibt es dafür keine präzise Regelung. Dann müssen wir in der nächsten Zeit miteinander darüber reden: Wie seriös ist das ganze Angebot? Darf es denn auch einzügig sein von Klasse 7 bis Klasse 10? Wie sollen wir dann noch Profilklassen machen? Wie soll das überhaupt funktionieren? - Da müssen Sie demnächst mal Klarheit schaffen, was unter „kleinen Gymnasien“ wirklich zu verstehen ist.

Jetzt haben wir die Verlässliche Grundschule. Nun kriegen wir die Verlässliche Förderstufe. Ich sage Ihnen: Wenn wir dann auch noch das Verlässliche Gymnasium kriegen, dann haben wir nach 12, 13 Jahren SPD-Regierung das System wirklich kaputt. So wird es kommen.

(Beifall bei der CDU)

Was mich gleichermaßen ärgert und auch wundert: Von Hauptschule ist wohl gar nicht mehr die Rede, meine Damen und Herren. Es wird einfach ein großes System daraus gemacht. Damit sind die Probleme, die unsere Hauptschüler haben, offenbar erledigt. 11 % unserer jungen Leute haben keinen Schulabschluss. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Forderung, vielleicht die Abiturientenquoten nach oben zu schrauben, mag in Ordnung sein. Aber mindestens gleichwertig ist die Forderung, die Zahl der jungen Leute ohne Schulabschluss zu senken. Auch das ist ein politischer Auftrag, zu dem Sie überhaupt keine Antwort liefern.

(Beifall bei der CDU)

Zu der Förderung habe ich mich schon geäußert.

Zur abendlichen Veranstaltung, meine Damen und Herren: Das ist ein Trauerspiel für die sozialdemokratischen Redner. Erst gestern konnten wir das wieder erleben - rechts und links. Sie kriegen richtig Lack ab, Herr Plaue. Das ist nicht mehr Zuwendung, sondern da kriegt man schon Mitgefühl. Offensichtlich lösen Sie immer aus, wer von Ihnen abends auftreten muss und sich dann die Schelte abholen darf. Fragen Sie einmal Ihre Fraktionsmitglieder, was an der Basis wirklich los ist und wer noch auf Ihrer Seite steht! - Nichts ist da los. Es gibt nur rechts und links Lack ab. Das werden Sie auch nicht durchhalten; das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, wer die Gewinner in diesen Tagen sind? - Ich habe eine hohe Meinung von den freien Schulträgern. Die sehen schon einen gewaltigen Auftrag auf sich zukommen. Denn Sie schaffen es - das ist mir jetzt sehr ernst -, das hoheitliche Schulsystem in Niedersachsen an die Wand zu fahren. Wer es kann, rettet sich in das private Schulwesen. Sie provozieren damit eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, die wir einfach nicht haben dürfen. So darf es sich nicht weiterentwickeln!

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Wegner [SPD])

Sie, Herr Wegner, gehen den Weg in die schulische Zwei-Klassen-Gesellschaft. So kann es nicht sein - bei aller Wertschätzung für private Schulträger.

Meine Damen und Herren, in der nächsten Zeit gibt es also reichlich zu besprechen. Ich verstehe auch gar nicht - Herr Gabriel ist jetzt schon wieder weg -, warum Sie den Drang haben, diesen Landtag unbedingt noch dazu zu zwingen - Sie haben ja die Mehrheit dafür -, ein Gesetz zu beschließen, und das noch dem nächsten Landtag aufbürden. Denn die Umsetzung können Sie gar nicht mehr realisieren. Was soll das überhaupt? Warum dieser Zeitdruck? - Ich verstehe das wirklich nicht. Sie werden dadurch doch keine Ruhe hineinkriegen. Haben Sie Angst vor PISA im Ländervergleich?

(Zuruf von Möhrmann [SPD])

Wollen Sie uns erzählen, Gabriel wusste mit seiner komischen Ideenskizze schon vor eineinhalb Jahren, was PISA heute zeigt? - Das ist doch Unfug, den Sie da miteinander treiben.

Sei es drum, meine Damen und Herren, die Ausgangsfrage war: Was bleibt, und was wird sich ändern? - Ich habe die Antwort für Sie: Sie bleiben sitzen, und die Regierung ändert sich. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Schwarzenholz erhält bis zu drei Minuten Redezeit.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich habe mir die Frage gestellt: Warum gelingt es den Sozialdemokraten vor Ort bei eigentlich ge-

sellschaftlich verbündeten Organisationen und Eltern- und Schülervertretungen nicht, ein Reformkonzept rüberzubringen, wenn damit versprochen wird, dass tatsächlich eine Förderung erreicht wird? Warum gelingt Ihnen das nicht? - Das gelingt Ihnen meiner Ansicht nach in erster Linie deshalb nicht, weil Sie nicht nachweisen können, dass die Potenziale, die in den bestehenden Schulstrukturen liegen, vor allen Dingen in der Orientierungsstufe, durch eine Reform dieser Schule nach den Prinzipien, die Sie selbst für die Förderstufe formulieren, erreicht werden können. Warum gehen Sie nicht den Reformschritt in der Orientierungsstufe? Warum nehmen Sie die bestehende Schulstruktur nicht auf, die eine vollständige Schülerversorgung gewährleistet, weil sie nicht an eine bestimmte Schulform angebunden ist?

In vielen Gemeinden, in vielen Schulzentren werden nicht alle Schulformen angeboten, auch in meiner Wohngemeinde nicht. Das führt dazu, dass wir auch bei sozialdemokratisch geführten Schulträgern massive Diskussionen darüber haben, wohin überall noch ein Gymnasium muss, obwohl - wie in meiner Wohngemeinde - bereits eine 40-prozentige Gymnasialbeschulung ohne Gymnasium erreicht wird. Die Kinder werden nach Braunschweig geschickt. Jetzt sagt mein Schulträger, er könne das Gymnasium im Augenblick leider nicht finanzieren, obwohl der Schulausschuss der Gemeinde gesagt hat: Aber schnell her mit dem Gymnasium!

Was passiert jetzt nach Ihrem Gesetz? - Dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass die Leute ganz misstrauisch werden. Diese 40 %, die bisher auf das Gymnasium gehen, werden in Braunschweig aller Voraussicht nach keine Chance bekommen, in entsprechender Zahl in eine Förderstufe an einem Gymnasium zu gehen, weil es dieses Angebot dort raummäßig in absehbarer Zeit gar nicht geben kann. Folglich werden sie in die Förderstufe des alten Schulzentrums ohne Gymnasium gezwungen, zumindest anteilig. Das haben Sie gesetzlich in Ihrem § 59 a - Aufnahmebeschränkungen - bereits so geregelt. Auf dieser Basis werden sich konkret in diesem von mir geschilderten Fall verschlechterte Bildungsbedingungen für die Kinder und für die Eltern ergeben.

Sie haben insgesamt gesehen keine Chance, diese Auseinandersetzung zu gewinnen, wenn Sie nicht den Nachweis führen, dass Sie tatsächlich das Ziel erreichen können, das Sie nach der PISA-Studie berechtigterweise hier eingefordert haben, nämlich

mehr Kinder in die Gymnasien zu bringen, insgesamt höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen und insgesamt mehr Qualität in die Bildung zu bringen. Wenn Sie die Mittel nicht darauf konzentrieren - wenn Sie die Schulträger z. B. zwingen, Gebäude zu bauen, anstatt Geld für neue Computer einzusetzen - und wenn Sie selbst durch die ganzen Umstrukturierungen gezwungen sind, nicht mehr Geld in den Unterricht und die Qualität des Unterrichts, sondern in die Umstrukturierung zu stecken, dann werden Sie insgesamt gesehen keine überzeugenden Mehrheiten in der Bevölkerung für ein solches Konzept gewinnen, weil es schlicht und ergreifend nicht logisch ist. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, sind Sie auf dem besten Wege, die Lufthoheit im Bildungsbe-
reich vollständig an die konservative Seite zu verlieren.

(Zuruf von der SPD: Ach was!)

Vizepräsident Jahn:

Der Herr Kollege Wulf (SPD) hat das Wort.

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Ich bin davon überzeugt, Herr Präsident, meine Damen und Herren, dass wir die Lufthoheit in dieser Frage sehr wohl beherrschen und in der Lage sein werden, das den Menschen auch beizubringen.

Sie, Herr Busemann, haben sich gerade selbst ein Ei ins Nest gelegt, als Sie gefragt haben: Warum denn diese Eile? Warum das jetzt realisieren? - Dem Kultusausschuss liegt nämlich derzeit ein Antrag zur Beratung vor, in dem die CDU-Fraktion die Landesregierung auffordert, zum nächsten Schuljahr das Gymnasium ab Klasse 5 einzuführen.

Wer also macht hier Eile? - Sie! Sie haben hier ganz konkrete Vorstellungen. Sie verschweigen das an dieser Stelle, und das halte ich schlichtweg für unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Einführung des Gymnasiums, das Sie ab der 5. Klasse wollen, werden Sie genau das produzieren, was Sie uns vorwerfen. Würden wir nämlich tatsächlich ab dem 1. August dieses Jahres die Gymnasien ab der 5. Klasse realisieren, wie Sie es wollen, dann hätte man das pure Chaos an den Schulen, weil es einen Run auf diese Schulen gäbe.

Dann wären die vielen Kinder da. Es würde genau das passieren, was Sie wollen: Eine Auslese würde dort an den 5. und 6. Klassen realisiert werden. Es würde Abbruchquoten geben, und die Sitzenbleiber wären wieder da.

Das ist genau das, was Sie uns hier vorführen wollen. Das ist das, was Sie möchten. Das ist verantwortungslos. Wir werden das nicht zulassen. Wir werden eine solche Bildungspolitik in Niedersachsen nicht realisieren.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, danke.

(Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Panische Angst!)

Meine Damen und Herren, wir werden die Strukturen in Niedersachsen ändern. Ein Weiter-so hilft uns in dieser Frage überhaupt nicht. Das ist auch durch die Ministerin sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Die Strukturreform in Niedersachsen, die wir nach einem langen Diskussionsprozess, nach der Auswertung von zwei Untersuchungen

(Busemann [CDU]: Wir machen kurzen Prozess damit!)

und in einem langen Dialog auch mit den Menschen im Lande realisieren, ist eine Schulreform, mit der wir das Bildungsniveau an unseren Schulen heben werden, indem wir Leistung, Qualität und Demokratie fördern und Chancengleichheit und Durchlässigkeit realisieren.

An dieser Stelle ganz eindeutig allen Wunschträumen auch der Grünen mal entgegengesetzt: Wir haben einen Diskussionsprozess gehabt, in dem nichts durchgedrückt worden ist, sondern in dem wir gerade auch innerhalb der Partei eine Mehrheitsmeinung in einer übergroßen Mehrheit

(Busemann [CDU]: Mit geballter Faust in der Tasche!)

auf unserem Parteitag erhielten. Unsere Positionen sind klar. Wir haben mit der Schulgesetznovelle jetzt einen ersten Schritt in dieser Richtung getan. Da sind Ihre Behauptungen wirklich mehr Wunsch als Wirklichkeit.

Die Menschen im Lande machen auch schon deutlich, dass sie auch in diese Richtung gehen. Es gibt zahlreiche Kommunen, in denen bereits jetzt Vorstellungen entwickelt werden, wie unsere Schulgesetznovelle umgesetzt werden kann. Das zeigt: Die Menschen werden es tatsächlich realisieren. Es wird so sein, dass es gerade die CDU-geführten Kommunen sein werden, die es mit als Erste machen.

Es ist hinreichend deutlich geworden, dass für den ländlichen Bereich unsere Position, unser Gesetz genau das ist, was gefordert wird. Wir werden die gymnasialen Angebote in der Fläche verstärken. Wir werden mehr Menschen vom Land die Möglichkeiten geben, höherwertige Schulabschlüsse zu erhalten. Wir werden in der Tat verstärkt darauf setzen, in der Fläche kooperative Systeme zu entwickeln, um dort mehr Durchlässigkeit möglich zu machen, um dort mehr Chancengleichheit mit gymnasialen Angeboten bis zur 10. Klasse zu realisieren.

Selbstverständlich, Herr Busemann, werden wir auch den Bereich der Hauptschule weiter entwickeln.

(Busemann [CDU]: Wie denn? Was bleibt bei Ihnen davon übrig?)

Natürlich ist hier auch eine Zusammenarbeit beispielsweise mit den Berufsschulen notwendig.

Vizepräsident Jahn:

Herr Wulf!

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Ich habe nur noch drei Minuten Redezeit. Lassen Sie mich im Zusammenhang ausführen.

Vizepräsident Jahn:

Nein. Ich wollte nur fragen, ob Sie die angekündigte Frage des Kollegen Busemann beantworten wollen.

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Nein, danke, im Augenblick nicht.

(Busemann [CDU]: Schade!)

Wir werden darauf achten - darum sagen wir das bewusst auch im Schulgesetz -, dass wir die Möglichkeit entwickeln, die Hauptschule auch bis zur

10. Klasse zu führen, um diese Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Jetzt ein Wort zu den Grünen, die uns an dieser Stelle eine Rückkehr zu konservativen Vorstellungen unterstellen. Vielleicht sollte Rebecca Harms doch eher bei der Atompolitik bleiben, als sich mit diesem Gebiet zu beschäftigen. Die Grünen haben offensichtlich überhaupt nicht unsere zentralen Aussagen zur Kenntnis genommen, wie wir mit kooperativen Systemen arbeiten werden, wie wir beispielsweise die KGSn forcieren wollen, wie wir z. B. verstärkt kooperative Haupt- und Realschulen entwickeln wollen. Das ist ein Schritt, der notwendig ist und der auch Sorge dafür trägt, dass es mehr Durchlässigkeit im Schulsystem in Niedersachsen gibt.

(Frau Harms [GRÜNE]: Warum sind so viele Sozialdemokraten unzufrieden?)

Davon habe ich bei euch kein Wort gehört. Es ist ignorant, dieses nicht zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Behauptung, es gäbe in Niedersachsen bei unserem Modell keine gemeinsame sechsjährige Schulzeit mehr, ist falsch. Diese Behauptung ist eindeutig zurückzuweisen. Dadurch, dass die Förderstufe an allen Schulen, an denen sie geführt wird, für alle Kinder zugänglich ist, dass an ihr alle Lehrämter unterrichten und dass sie über einen einheitlichen Lehrplan verfügt, wird gewährleistet, dass sie zusammen mit der Grundschule insgesamt eine sechsjährige gemeinsame Schulzeit aller Schülerinnen und Schüler beinhaltet. Es gibt keine Vorsortierung in der Grundschule. Es gibt keine Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse auf irgendwelche Förderstufen erster oder zweiter Ordnung, wie uns das von dieser Seite unterstellt wird. An dieser Stelle also eindeutig: Diese Vorwürfe sind absurd und mit keiner Art und Weise und mit keinem Hinweis zu rechtfertigen.

Die CDU ist arm dran.

(Lachen bei der CDU)

Ihr fällt nichts anderes ein, als das alte Modell des dreigliedrigen Schulsystems aus den 50er-Jahren aus der Rumpelkammer zu holen. Das CDU-Modell ist kein Hit. Sehen Sie sich mal die DIPF-Untersuchung an. In der DIPF-Untersuchung ha-

ben 60 % der Eltern klar zum Ausdruck gebracht, dass sie es als richtig empfinden, dass eine Entscheidung über den weiteren Bildungsweg jedes Kindes erst am Ende des 6. Schuljahres erfolgt. Das sollten auch Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen die so genannte freie Schulwahl. Was ist das für Sie? - Sie wollen die weiterführenden Schulen mit der 5. Klasse beginnen lassen und verwenden dafür das Wort „Durchlässigkeit“. De facto sind das für Sie das Gymnasium, die Realschule und die Hauptschule. Sie pressen damit nach der 4. Klasse die Kinder in Schubläden. Für die CDU gibt es dann immer nur noch *den* Hauptschüler, *den* Realschüler, *den* Gymnasiasten. Das nennen Sie begabungsgerecht.

(Klare [CDU]: Und wie macht ihr das?)

Für Sie scheint im Alter von zehn Jahren die Begabung der Kinder festzustehen und überhaupt nicht mehr entwickelbar zu sein. Spätentwickler, pubertierende Jugendliche, Begabungsreserven haben bei der CDU überhaupt keine Chance.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir orientieren uns an den Interessen der Eltern, der Kinder und Jugendlichen. Unser Modell ist zukunftsorientiert. Es ist keine Widerspiegelung der CDU-Vorstellungen. Bei der SPD gibt es keine Auslese nach der 4. Klasse. Das ist aber auch kein Auswechseln des Türschildes.

Bei der Förderstufe gibt es äußere und innere Veränderungen. Es bleibt hier nichts beim Alten. Es geht hier um ganz konkrete Veränderungen. Wir werden auf Förderplan, auf Förderung und Forderung, auf verstärkte Binnendifferenzierung setzen. Wir werden mit dieser neuen Reform, die wir jetzt in Angriff nehmen, tatsächlich das realisieren, was unser Ziel ist: Chancengleichheit, Durchlässigkeit, die Steigerung des Bildungsniveaus für unsere Kinder und Jugendlichen. Mit diesem Modell stellen wir uns zur Wahl. Ich bin fest davon überzeugt, die Menschen werden uns dieses zugute halten, und wir werden damit auch diese Wahl wieder gewinnen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich kann jetzt die Beratungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf abschließen. Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Es versteht sich, dass dieser Gesetzentwurf federführend im Kultusausschuss beraten werden soll. Die Mitberatung soll in den Ausschüssen für innere Verwaltung, für Haushalt und Finanzen, für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht, für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Jugend und Sport erfolgen. Ich stelle Einverständnis des Hauses fest.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, habe ich noch zwei kleine Anmerkungen zu machen. Der Kollege Klare hat sich nach § 76 unserer Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Danach will ich Sie über eine Vereinbarung der Fraktionen zum weiteren Verlauf der heutigen Beratung und der Beratungen in den nächsten Tagen informieren.

Bitte sehr, Herr Kollege Klare!

Klare (CDU):

Herr Präsident, ich bin erstens während der Debatte von der Ministerin mit der Aussage angegriffen worden, ich würde in Fragen der Schulstandorte von Hauptschule und Realschule im Lande die Unwahrheit sagen. Zweitens hat Herr Plaue hier erklärt, dass von der CDU-Fraktion niemand an der Veranstaltung hier hinten im - - -

(Mühe [SPD]: CDU-Bildungspolitik!)

- Ja, ich gehöre dazu, lieber Kollege.

(Plaue [SPD]: Darüber kann man streiten!)

Ich habe an dieser Veranstaltung teilgenommen.

(Plaue [SPD]: Das ist aber völlig ohne Wirkung geblieben! - Weitere Zurufe und Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich möchte zuerst diese Sache richtig stellen, Kollege Plaue. Ich habe an dieser Veranstaltung mit großem Interesse teilgenommen.

(Möhrmann [SPD]: Wie lange?)

Dass Sie allein daraus einen Vorwurf kreieren und so pauschale Rundumschläge machen, es habe

keiner teilgenommen, ohne es möglicherweise zu überprüfen, spricht nicht für Sie, Herr Plaue.

(Beifall bei der CDU) - Zuruf von Plaue [SPD])

- Wissen Sie, so vehemente Vorwürfe in dieser Frage zu machen, die mit der eigentlichen Sache gar nichts zu tun haben, spricht nicht für Sie, ich wiederhole es.

(Plaue [SPD]: Aber doch! Wir müssen einmal öffentlich über PISA reden!)

- Herr Plaue, wenn Sie behaupten – womit Sie übrigens der Ministerin und dem Ministerpräsidenten widersprechen –, dass dieses Schulgesetz - -

(Möhrmann [SPD]: Eine persönliche Erklärung!)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Klare, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie nur Angriffe zurückweisen können. Bitte sehr!

Klare (CDU):

Es war ja ein Angriff. - Wenn Sie behaupten, dass dieses Schulgesetz auf PISA basiert, dann liegen Sie völlig falsch. Das ist nicht so.

Das Zweite. Frau Ministerin, Sie haben behauptet, ich hätte, was die Schulstandorte der selbstständigen Hauptschulen und der Realschulen anbetrifft, gesagt, die würden auslaufen, und Sie haben gesagt, das sei die Unwahrheit. Ich erkläre hier, Frau Ministerin:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich habe dieses so gesagt, weil ich der festen Überzeugung bin, dass all die Schulstandorte, die jetzt noch selbstständig sind, nicht mehr selbstständig bleiben werden, sondern alle in irgendeiner Weise kooperieren müssen. Damit ist es dann mit der Selbständigkeit vorbei. Ich habe also die Wahrheit gesagt, Frau Ministerin. Sie haben hier eine Behauptung aufgestellt, die im Widerspruch zu dem steht, was Sie selbst in dem Gesetzentwurf geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, die Tagesordnung in folgenden Punkten zu ändern. Der Punkt 23 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Allein Erziehende unterstützen, erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten ab dem ersten Euro steuerlich fördern“ und der Punkt 32 - Antrag der Fraktion der CDU mit der Überschrift „Stärkung und Verbesserung des Opferschutzes“ - sollen direkt an die Ausschüsse, die der Ältestenrat empfohlen hat, überwiesen werden. Ich kann das gern wiederholen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll federführend an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie zur Mitberatung an die Ausschüsse für Jugend und Sport, für Gleichberechtigung und Frauenfragen sowie für Sozial- und Gesundheitswesen und der Antrag der Fraktion der CDU zum Opferschutz soll federführend an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für innere Verwaltung überwiesen werden. Punkt 35 - Aktionsprogramm zur Beschäftigungsförderung und zum CO₂-Klimaschutz in Niedersachsen; das ist ebenfalls ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – soll anstelle des Tagesordnungspunktes 23 diskutiert werden.

Noch einmal: Die Punkte 23 und 32 sollen direkt an die Ausschüsse überwiesen werden, und Punkt 35 soll anstelle von Punkt 23 behandelt werden. Ich bitte, sich das zu notieren und das auch den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt nicht anwesend sind, mitzuteilen, damit wir bei der Beratung in den nächsten Tagen weiterhin Ordnung behalten.

Ich höre keinen Widerspruch.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Zukunft Fahrradland Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2758 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/3160

Das Wort hat der Kollege Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist sicher, Herr Plae: Egal, welche Schulen Sie hier im Lande schaffen – alle Schülerinnen und Schüler brauchen Radwege.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Das ist doch richtig? Oder gibt es von Ihnen auch dazu keine Zustimmung, Herr Plae?

(Schack [SPD]: Das ist falsch! Wozu fahren so viele Schulbusse durch die Gegend?)

In der Tat ist es angebracht, Zweifel zu hegen. Wir haben eine Formulierung zur Abstimmung gestellt, die wie folgt lautet: Der Landtag stellt fest, dass überörtliche Radwege einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten. Das gilt in besonderem Maße für Schulwege. – Leider haben wir keine Mehrheit für unseren Antrag finden können. Wir waren bereit, diesen Antrag so umzuformulieren, dass eine direkte Kritik an der SPD-Fraktion, wie sie sich unter dem ersten Spiegelstrich wiederfindet, zurückgestellt wird. Wir wollten etwas in der Sache erreichen. Leider ist das nicht gelungen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass uns die SPD-Fraktion ein ziemlich armseliges Projekt vorlegt. 500 neue Straßen haben Sie angemeldet, wollen Sie in den nächsten zehn Jahren bauen. Die Unterlagen werden mit Hochdruck erstellt, um diese 500 Straßen bauen zu können. Gleichzeitig haben Sie aber gesagt, in Zukunft werde kein neuer Radweg mehr in die Planung gehen. Sie haben die gesamten Planungsmittel aus dem Doppelhaushalt herausgestrichen. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass es in den nächsten vier Jahren

(Schurreit [SPD]: Denkpause von zwei Jahren!)

kein Geld für die Planung von Radwegen geben soll.

Wir haben Ihnen mit unserem Antrag einen Weg vorgeschlagen, der zumindest einen kleinen Lichtblick geboten hätte. Wenn Sie schon kein Geld für neue Radwege an Kreisstraßen, an Bundesstraßen, an Landesstraßen bereitstellen wollen - - -

(Schurreit [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

- Moment! Ich muss mich korrigieren. Wir reden in erster Linie über Landesstraßen. Zu den anderen Straßen sage ich gleich noch etwas. Wenn eine solche Landesstraße grundsaniert wird, muss man in dem Moment auch einen Radweg bauen. Das praktizieren einige Länder seit Jahren so, und das machen auch einige Landkreise in Niedersachsen. Leider haben Sie sich dem verweigert.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Ich komme nun zu den Bundesstraßen. Herr Schurreit, wir werden prüfen, ob Sie die Mittel, die der Bund für diesen Bereich zur Verfügung stellt - er hat die Mittel im letzten Jahr für den jetzt anstehenden Haushalt verdoppelt -, in Niedersachsen abrufen und dafür sorgen, dass wir zumindest an den Bundesstraßen einen Schritt vorankommen.

50 % aller Wege sind kürzer als 3 km, und 50 % aller Fahrten sind kürzer als 5 km. Das zeigt im Grunde das Potenzial, das bestünde, wenn man sich beim Radwegebau und bei der Förderung des Fahrrades wirklich engagieren würde. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ärgern sich im Grunde jetzt schon über jede Petition, die den Landtag erreicht. In der Regel sind es Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Kreistagen und Ortsräten, die diese Petitionen mit unterzeichnen und die Ihre Sparaktion in diesem Bereich des Landeshaushalts nicht verstehen können.

(Bontjer [SPD]: Wir haben keine Schwierigkeiten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich freuen, wenn Sie in dieser Frage Ihre Position noch einmal überdenken würden. Sie schaden der Entwicklung des Landes, denn eine Zukunft als Fahrradland Niedersachsen würde hoch interessante Optionen für dieses Land eröffnen. Leider sehen wir hier zurzeit aber keine Perspektive. Ich bedaure, dass Sie sich unserer Initiative verschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Rühl ist die nächste Rednerin.

Frau Rühl (CDU):

Frau Präsidenten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam am 25. Oktober letzten Jahres mit der ersten Beratung zu diesem Thema begonnen, dann haben wir am 21. Dezember die Beratung im Ausschuss durchgeführt, und jetzt müssen wir bei der zweiten Beratung feststellen, dass Sie sich keinen Zentimeter auf dem Weg Ihrer Zuständigkeit, Herr Schurreit, bewegt haben. Dabei ist es eigentlich ganz einfach und auch allgemein verständlich: So, wie die Gemeinden für ihre Gemeindestraßen verpflichtet sind, die erforderlichen Radwege zu bauen, die Landkreise verpflichtet sind, an ihren Kreisstraßen Radwege zu schaffen, steht die Landesregierung in der Verantwortung, an den Landesstraßen entsprechende Radwege anzulegen. Hierfür erhalten Sie erhebliche Steuereinnahmen, die nun einmal dafür zu verwenden sind. Aber was machen Sie?

(Frau Ortgies [CDU]: Gar nichts!)

- „Gar nichts“, sagt Frau Ortgies. – Sie teilen einfach mit, mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts den Neubau von Radwegen zunächst für die Dauer von zwei Jahren auszusetzen und nur noch begonnene Maßnahmen zu Ende zu führen. Sofern sich am Ende des Jahres 2003 ein neuer Bedarf an Radwegen eingestellt haben sollte, müsste man nach Finanzierungsmöglichkeiten hierfür suchen. – Das ist unseres Erachtens nicht mehr die Wahrnehmung einer Pflichtaufgabe, sondern dessen Begräbnis. Sie brauchen nicht lange nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Sie brauchen auch nicht bis 2003 zu warten, um den Bedarf festzustellen. Den Bedarf haben wir schon jetzt. Wir als CDU-Fraktion haben Ihnen sogar einen Deckungsvorschlag für den Radwegebau vorgelegt, und zwar 5 Millionen mehr in unserem Gesamtvorschlag zum Haushalt.

Wir haben Ihnen die Notwendigkeit aus der Sicht des Fahrradtourismus bewiesen. Das Einzige, was Sie hinbekommen, ist ein ziemlich punktgenauer Bericht vom Fahrradland Nummer eins, und zwar im Radio am Freitagabend. Sie haben das über den Äther geschickt, und die Genossen haben Ihnen sicherlich, Herr Schurreit, rosarot bestätigt, wie gut es mit dem Fahrradtourismus aussehe, wie toll das alles sei.

Das ist die Wahrheit!

(Die Abgeordnete zeigt ein Schaubild der Entwicklung der Landesmittel für den Radwegebau.)

Wollen Sie sich das bitte einmal anschauen! Von Ihnen aus gesehen links sehen Sie die Mittel für das Jahr 1990 – das sind 32 Millionen –, und von Ihnen aus gesehen rechts sehen Sie die Mittel für das Jahr 2002 – das sind 10 Millionen. Das ist nicht in Ordnung.

Meine Kollegin Inse-Marie Ortgis, die tourismuspolitische Sprecherin unserer Fraktion, beklagt nun immer regelmäßig, dass sie sich als Landesregierung auf der einen Seite ständig outen, welchen Stellenwert der Tourismus in Niedersachsen hat, dass sie aber auf der anderen Seite ein nicht zu verantwortendes Streichkonzert beim Radwegebau spielen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Keine Fraktion, Herr Schurreit – weder Bündnis 90/Die Grünen noch wir –, hat je behauptet, es gäbe in Niedersachsen gar keine Fahrradwege. Wenn Sachverständige behaupten, Niedersachsen ist ein Fahrradland und für die nächste Fahrradsaison ganz gut gerüstet, dann fordern wir ganz einfach nur, besser zu sein. Jetzt sind wir gut. Aber wenn wir aufhören, besser zu werden, sind wir auch schon nicht mehr gut.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie wissen, wie das geht; den Spruch kennen auch Sie.

Herr Schurreit, wir haben ernsthaft versucht, mit Ihnen zu arbeiten – auch im Ausschuss. Sie aber haben sich einfach hingestellt und haben gesagt: Radwege gibt es in nächster Zeit nicht, basta.

(Schurreit [SPD]: Das stimmt nicht!)

Genau so haben Sie das gesagt.

(Schurreit [SPD]: So haben wir es nicht gesagt! Wir machen eine Denkpause von zwei Jahren!)

Ich packe jetzt einmal die Zahlen beiseite und sage Ihnen einfach Folgendes: Wenn Sie so gute, wichtige Ratschläge und Vorschläge zu einem so sinnvollen Antrag einfach in den Wind schlagen – wie wir dies in diesem Punkt von Ihnen immer gewohnt sind –, kommen Sie mit Ihrer Politik, Herr Schurreit, im September 2002

(Schurreit [SPD]: Warte mal ab!)

und im Februar 2003 ganz kräftig unter die Räder.

(Schurreit [SPD]: Das glaube ich aber nicht!)

Daran sollten Sie schon jetzt denken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Der nächste Redner ist Herr Kollege Biel.

Biel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Debatte zur Einbringung des Entschließungsantrages habe ich schon deutlich gemacht: Dieser Antrag ist ein unüberlegter Schnellschuss.

Meine Damen und Herren, ich begründe das ganz einfach: Niedersachsen ist ein Fahrradland vom Norden bis zum Süden und vom Westen bis zum Osten.

(Beifall bei der SPD)

So wird es auch bleiben, meine Damen und Herren; denn wir Sozialdemokraten werden weiter daran arbeiten, dass unser Land das Fahrradland Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland bleibt und auch weiterhin in der Spitzengruppe in Europa mitradeln wird.

Die Förderung des Fahrradverkehrs hat in Niedersachsen, in der niedersächsischen Verkehrspolitik seit vielen Jahren traditionell einen festen Platz. Allein seit 1990 wurden in den Bau von Radwegen an Bundes- und Landesstraßen rund 450 Millionen DM investiert. Damit sind gut 1 500 km Radwege gebaut worden.

Heute haben 50 % aller Landesstraßen und 70 % der Bundesstraßen einen straßenbegleitenden Radweg.

(Wulf (Oldenburg) [SPD]: Richtig!)

In keinem Bundesland, meine Damen und Herren, finden wir mehr Radwege als in Niedersachsen - nicht nur entlang der Straßen, sondern auch abseits der Straßen tausende von Kilometern Radfern- und Radwanderwege.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist es durchaus vertretbar, so meine ich, hier Einsparungen vorzunehmen; ich sage bewusst „Einsparungen“.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, wird die Landesregierung - das habe ich schon einmal gesagt - die Verpflichtungen, die sie insbesondere gegenüber den Kommunen übernommen hat, einhalten und begonnene und zugesagte Radwege an Landesstraßen in den nächsten Jahren mitfinanzieren. Das sind bis zum Jahre 2005 insgesamt 18 Millionen Euro.

Es wird also keinen Stillstand im straßenbegleitenden Radwegbau geben, auch keine Zwangspause.

Dies gilt ganz besonders auch für den Bereich Radtourismus. Diese Branche, meine Damen und Herren, boomt wie kaum eine andere Reisebranche. Dieses Thema hat die Landesregierung schwerpunktmäßig aufgegriffen und entwickelt 14 quer durch Niedersachsen verlaufende Radwegrouten kontinuierlich weiter zum Produkt Niedersachsennetz. Insofern ist auch das Land Niedersachsen hervorragend positioniert.

So gesehen enthält der Entschließungsantrag eigentlich nur die Anregung, beim Ausbau oder bei der Erneuerung von Landesstraßen gleich einen Radweg mitzubauen. Meine Damen und Herren, diese Anregung von Herrn Wenzel hat die Landesregierung aufgegriffen. Nicht in jedem Fall, meine Damen und Herren, wie Sie es vorschlagen, Kollege Wenzel, aber dort, wo es sinnvoll und vernünftig ist, wird so weitergemacht. Dies haben wir auch in der Beratung deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, ich habe hier manchmal auch den Eindruck, es reden zu viele über das Radfahren, aber niemand ist einmal richtig gefahren; denn sonst wüsste er, dass man nicht gegen den Wind zu starten hat, sondern mit dem Rückenwind zu fahren hat. So kommt man ans Ziel, und so machen wir Sozialdemokraten das.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 3160 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen in der Drucksache 2758 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

(Unruhe)

- Ich bitte Sie, auf Ihren Plätzen sitzen zu bleiben.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 9:

Einzige (abschließende) Beratung:

Wiederbesetzung freier Schulleitungsstellen an Haupt- und Realschulen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2659 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/3165

Dieser Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/2659 wurde am 13. September 2001 an den Kultusausschuss zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb gleich zur Beratung.

Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Klare vor. Ich erteile ihm das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Klare!

Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion fordert mit diesem Antrag mit Datum vom 3. September 2001 die Wiederbesetzung aller freien Schulleitungsstellen an Haupt- und Realschulen. Die Landesregierung wird aufgefordert, freie Schulleitungsstellen an Haupt- und Realschulen umgehend wieder zu besetzen.

Wir haben unter dem damaligen Datum festgestellt, dass elf Hauptschulen ohne Schulleitung waren und die Besetzung auch nicht vorgesehen war. Wir haben festgestellt, dass 21 Realschulen ohne Schulleitung waren und die Besetzung bis dahin auch nicht eingeleitet worden war. Inzwischen sind bestimmt weitere hinzugekommen.

Ich kann hier nur sagen: Eine Schule ohne Schulleitung ist in den Entwicklungsmöglichkeiten zumindest eingeschränkt.

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass diese Stellen besetzt werden. Deswegen ist der Antrag auch eine Selbstverständlichkeit, und die Landesregierung müsste eigentlich dem Rechtsanspruch der Schulen nachkommen und die Schulleiterstellen selbstverständlich besetzen. Das Land weigert sich, dieser Verpflichtung nachzukommen. Das Unterfangen ist meiner Ansicht nach sehr eindeutig: Sie wollen sich vom selbständigen Hauptschulen und von selbständigen Realschulen verabschieden. Das ist das Fazit, das ich daraus ziehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ein Verabschieden auf kaltem Wege, eine Nadelstichpolitik.

Wir haben im Rahmen der Beratungen des Schulgesetzesentwurfs, des vorangegangenen Tagesordnungspunktes, schon angedeutet, was da abläuft: Förderstufen an selbständigen Hauptschulen und an selbständigen Realschulen werden nur noch als Ausnahmemöglichkeit zugelassen und daneben gibt es eben diese Nadelstichpolitik zulasten der selbständigen Hauptschulen und der selbständigen Realschulen.

(Zustimmung von Frau Körtner
[CDU])

Eine Frage dabei ist eben, wie man die Schulleitungsstellen besetzt. Wenn man sie nicht mehr besetzt, ist das der Anfang vom Ende der selbständigen Hauptschulen und Realschulen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ja so offensichtlich. Das ist ja nicht nur diese Frage, sondern das ist auch insgesamt die Frage der Ausstattung der Schulen. Das ist weiter die Frage der Privilegierung der anderen Schulen in jeder Hinsicht, nämlich der kooperativen Form. Das wird eine Sogwirkung hin zu kooperativen Schulformen haben, kooperativen Haupt- und Realschulen -

(Meinhold [SPD]: Wir wollen Kooperation!)

weg von selbständigen Hauptschulen und Realschulen.

Wenn Sie diese Schulen auslaufen lassen wollen, dann sagen Sie es hier klipp und klar und ehrlich, Herr Meinhold, und dann reden Sie nicht lange drum herum und schaffen komplizierte Sachverhalte in die Schulgesetzgebung hinein!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das, was mich daran wirklich ärgert, ist, dass der Ministerpräsident durchs Land geht und z. B. vor Handwerksverbänden erklärt: Ich habe mich mit meiner Sekundarschule getäuscht, selbstverständlich bleiben die Hauptschulen in ihrer Selbständigkeit erhalten.

Ich habe sogar die wörtliche Aussage, die er auf einer Regionalveranstaltung gemacht hat, vorliegen: „Ich habe mich überzeugen lassen“ - so war seine Aussage - „hin zum Erhalt von selbständigen Hauptschulen.“ Wenn er sich denn überzeugen ließ, warum sorgt er dann nicht dafür, dass die selbständigen Hauptschulen und selbständigen Realschulen vernünftig weitergeführt werden können?

(Beifall bei der CDU)

Ich habe auch die Aussage der Ministerin zur Hauptschule und zur Realschule vorliegen. Herr Wulff hat diese vorhin vorgetragen. Ich brauche sie nicht zu wiederholen. Ich erinnere nur an ihre Aussage, als sie ins Amt gekommen ist: Wir werden die Inhalte der Hauptschule, aber nicht die Organisation verändern. - Damit hilft man übrigens keiner Hauptschule, um das einmal klipp und klar zu sagen.

(Zustimmung von Frau Körtner
[CDU])

Was glauben Sie eigentlich? Wenn die Hauptschulen Probleme haben, dann löst man diese nicht, indem Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden. - Das ist der völlig falsche Weg. Die Probleme, die die Hauptschule ohne Zweifel hat, werden dann natürlich auf die Haupt- und Realschulen übertragen. Das kann nicht der richtige Weg sein.

(Zustimmung von Frau Körtner
[CDU])

Wir brauchen eine inhaltliche Erneuerung und nicht eine Organisationsform, die man einfach überstülpt. Nicht Organisation, sondern inhaltliche Aufarbeitung löst das Problem. Hierzu haben wir genügend Vorschläge gemacht.

(Zustimmung von Frau Körtner
[CDU])

Meine Damen und Herren, das passt in die gesamte Politik, die wir schon des Öfteren dargestellt und gegeißelt haben. Alles das, was die Landesregierung jetzt macht, ist in vielen Bereichen ohne Perspektive. Langfristig entwickelte Grundüberzeugungen gelten nicht mehr.

Sehr beeindruckt hat mich in der ganzen Diskussion über die Schulstruktur die Befragung der Kollegen der SPD-Fraktion durch den Norddeutschen Rundfunk. Sie sollten vor der Kamera erklären, wie die Schulstruktur aussieht. Alle fünf, die befragt worden sind, waren nicht in der Lage, die Schulstruktur einigermaßen verständlich zu erklären.

(Zurufe von der CDU)

Sie alle haben es also nicht begriffen, aber hier groß jubeln, zustimmen und sich feiern lassen für etwas, was man selbst nicht begriffen hat. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Frau Körtner
[CDU]: Jawohl!)

Ich fordere Sie auf, langfristige Überlegungen anzustellen. Langfristige Überlegungen bedeuten inhaltliche Erneuerungen und nicht nur auf Strukturen setzen. Das heißt aber auch, dass man das macht, was man verpflichtend tun muss, nämlich Schulleiterinnen- und Schulleiterstellen zu besetzen. Im Moment weigern Sie sich. Wir fordern Sie auf, dies zu tun. Ich hoffe, Sie kommen Ihrer Rechtsverpflichtung nach.

(Beifall bei der CDU - Frau Körtner
[CDU]: Jawohl!)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Meinhold, bitte schön!

Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Wernstedt [SPD]: Jetzt spricht ein Schulleiter!)

Die CDU-Fraktion bekommt es, mit welchen Punkten auch immer, immer wieder hin, ihre schulpolitischen Vorstellungen unterzubringen. Wir können über Finanzen und über andere Dinge

reden, es wird immer wieder genutzt, um Grundsatzdebatten zu führen.

(Zuruf von der CDU: So sind wir!)

Es ist auch diesmal wieder so: Ihre Sorge um die Wiederbesetzung von Schulleiterstellen ist doch gar nicht echt,

(Busemann [CDU]: Das hat doch etwas miteinander zu tun, oder nicht?)

sondern Sie wollen dieses Thema mal wieder nutzen, um erneut Ihren Vorwurf zu erheben, der lautet: Wir wollen die selbständigen Haupt- und Realschulen abschaffen.

(Zuruf von der CDU: Wollt ihr doch!)

Meine Damen und Herren, man muss korrekt sein. Es liegt Ihnen ein Gesetzentwurf vor. Hieraus möchte ich zitieren, damit dieses Thema endgültig erledigt ist, oder vielleicht auch nicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Schulformen sind als allgemein bildende Schulen a) die Grundschule, b) die Hauptschule, c) die Realschule, d) die kooperative Haupt- und Realschule. Daran lassen wir uns messen. Dies steht im Gesetz. Hören Sie daher auf mit dieser seltsamen Debatte, es sollte etwas abgeschafft werden. Lassen Sie es! Das ist nicht das Thema.

Meine Damen und Herren, eines muss aber klar sein: Wir fügen eine zusätzliche Schulform ein, und zwar aus guten Gründen, nämlich die kooperative Haupt- und Realschule.

(Busemann [CDU]: Aha! Hört, hört! -
Gegenruf von Pläue [SPD]: Zusätzlich, Herr Kollege!)

Hierzu möchte ich eine kurze Anmerkung machen. Kooperation ist in dieser Gesellschaft schon lange nicht nur ein Schlagwort, sondern es wird in Handwerk, Handel, Wirtschaft und in anderen Bereichen intensiv praktiziert,

(Zuruf von der CDU: Aber bei bleibender Selbständigkeit!)

und zwar zum Erfolg von Unternehmen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Es stellt sich die Frage: Wenn Kooperationen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Sinn machen, warum sollten diese nicht auch im öffentlichen Sektor Sinn machen?

(Klare [CDU]: Wir machen es doch schon!)

Warum macht es nicht Sinn, diesen Prozess zu befördern? - Es ist auch die Aufgabe - das sage ich ganz deutlich - von politischer Führung, ganz bestimmte Prozesse zu befördern und nicht zu bremsen, wie Sie es gerne tun würden. Deshalb sage ich Ihnen: Das, was Sie befürchten, wird mit uns nicht stattfinden. Die Kooperation von Haupt- und Realschule wird nicht verordnet oder befohlen, sondern wir werden einen Weg gehen, den wir schon einmal sehr erfolgreich gegangen sind. Wir werden für dieses Konzept werben. Wir werden für dieses Konzept argumentieren. Wir werden für dieses Konzept eintreten in dem Sinne, dass Argumente zählen.

Warum wollen wir die Kooperation vorantreiben? - Es ist sehr wohl richtig: Wenn es im Gesetz steht, will man es auch machen. Wir wissen mittlerweile aber auch aus den Studien, dass die Durchlässigkeit eine immer größere Bedeutung haben wird. Wir müssen dafür sorgen, dass dem Prozess, den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, über die Durchlässigkeit und damit der Kooperation erheblich mehr gedient werden kann. Von daher kann man nur sagen: Messen Sie uns daran, ob sich an dieser Stelle etwas in Bewegung bringen lässt oder nicht. Die Position, die Sie einnehmen, ist in einem solchen Prozess überhaupt nicht hilfreich. Wer immer nur den Status quo predigt und sagt, dass es selbständig bleiben muss und man über andere Dinge nicht nachdenken sollte, dem kann man nur sagen: Damit kommt man in der Schulpolitik wie auch bei den gesellschaftlichen Anforderungen überhaupt nichts voran.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Meinhold, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Klare?

Meinhold (SPD):

Von meinem Kollegen Klare immer gern!

Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön, Herr Klare!

Klare (CDU):

Herr Meinhold, die Möglichkeit der Kooperation von Schulformen gibt es bereits heute. Frau Seeler hat darauf hingewiesen, dass wir das sehr oft in

Niedersachsen haben. Warum muss man eine neue Gesetzesvorlage schaffen, die eine völlig neue Schulform kreiert, wenn es Kooperationen, die Sie ja angepriesen haben und die in vielen Bereichen auch richtig sind, bereits gibt?

Meinhold (SPD):

Ich will Ihnen sagen, warum. Wir haben die Überzeugung gewonnen, dass uns Kooperation nach vorne bringt. Das nicht deutlich im Gesetz klarzumachen, hieße, dies in einem Schwebezustand zu belassen, nämlich zu sagen: könnte sein, könnte auch nicht sein. Hier wird ein sehr deutliches, klares Angebot artikuliert. Frau Seeler hat darauf hingewiesen, dass sich auch in der Leitungsstruktur einiges ändern wird.

Lassen Sie mich aber noch deutlicher werden. Es ist so wie in vielen Bereichen des Lebens. In Unternehmen werden Vorgaben zur Effizienzsteigerung und zur Absatzsteigerung gemacht. Herr Klare, auch die Politik hat Vorgaben zu machen, um bestimmte Entwicklungen voranzutreiben. Aber sie werden nicht so vorangetrieben, wie Sie es ständig artikulieren.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Auseinandersetzung über dieses Thema, die ich mit Ihnen demnächst bei vielen Veranstaltungen führen werde. Herr Klare, Sie wissen, dass dies bis jetzt immer sehr viel Spaß gemacht hat. Ich gehe davon aus, dass am Ende auch diesmal wieder die Mehrheit eher auf meiner Seite sein wird als auf Ihrer, um das auch einmal klar zu sagen.

(Klare [CDU]: Dann muss sich einiges ändern!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Sache sagen. Wenn bekannt ist, Herr Klare, dass eine Gesetzesnovelle bevorsteht, die für das Schulsystem insgesamt Konsequenzen haben wird, dann gehört es zur klugen politischen Führung, dieses bei der Besetzung von Stellen zu bedenken. Aus meiner Sicht hat die Landesregierung hier eine richtige Haltung eingenommen.

Erstens. Sie geht bei der Bestellung von Funktionsträgerinnen und -trägern sehr sorgfältig damit um, dass keine falschen Hoffnungen geweckt werden.

Zweitens. Man geht auch sehr sorgfältig mit den finanziellen Ressourcen des Landes um, die in diesem Land nicht so reichlich sind, dass man sa-

gen könnte: Es ist nicht schlimm, wenn man eine Stelle besetzt und man hinterher feststellt, dass dies nicht richtig war.

Drittens. Sie suggerieren mit Ihrem Antrag, als ob die Landesregierung überhaupt keine Stellen in dem Bereich von Haupt- und Realschulen besetzt hätte. Soweit ich weiß, hat es eine sehr sorgfältige Einzelfallprüfung gegeben. Von daher ist das, was Sie in Ihrem Antrag in der Sache schreiben, nicht zu belegen.

Insgesamt kann ich Ihnen nur mitteilen - das ist auch die Position der Fraktion -: Wir haben immer dafür gesorgt, dass die Funktionsfähigkeit auch der Hauptschulen und der Realschulen gewährleistet ist. Darauf wurde immer großer Wert gelegt. An bestimmten Stellen, wo es möglicherweise nicht gewährleistet sein könnte, hat die Landesregierung entsprechend gehandelt. Von daher ist in Ihrem Antrag neben dem schulpolitischen Teil auch der Sachteil schlicht und einfach überflüssig. Deshalb kann ich nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Dies wird auch so geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt spricht zu diesem Antrag Frau Kollegin Litfin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion unterstützte und unterstützt das Anliegen der CDU-Fraktion, die frei gewordenen Schulleitungsstellen an Haupt- und Realschulen wiederzubesetzen. Natürlich hat der Kollege Meinhold Recht, dass man mit der Besetzung von Funktionsstellen dann, wenn eine Schulgesetze Novelle bevorsteht, vorsichtig sein sollte. Allerdings war doch schon vor zwei Jahren klar, wie diese Novelle aussehen würde, und es war klar, dass sich die Sozialdemokraten wieder nicht entscheiden würden. Es wird doch in Zukunft alles geben. Es wird das eigenständige dreigliedrige Schulwesen geben. Es wird vielleicht mehr KGSn geben. Wenn das kommt, was ich mir wünsche, wird es auch mehr integrierende, integrative Systeme geben - alles nebeneinander. Neulich hat ein Referent einmal dazu gesagt - ich finde, dass das fein beobachtet ist -: Das ist so, als wenn die Briten beschließen würden, das Rechtsfahren einzuführen, aber einigen weiterhin erlauben würden, links zu

fahren. - So kann es nicht gehen, und so kann es nicht klappen.

Das Problem ist, dass diese Schulleitungsstellen an manchen Haupt- und Realschulen seit über einem Jahr nicht besetzt sind, dass in dieser Zeit die innere Schulentwicklung, die hätte stattfinden müssen, nur sehr schwer hat stattfinden können; denn überall, an jeder einzelnen Schulform, ist sie bitter und dringend nötig. Die ist viel, viel wichtiger als alles das, was außen an den Schulen gedreht und geschraubt wird. Ich bleibe bei meiner Überzeugung, dass ein Teig, dem die Hefe fehlt, nicht aufgehen wird, nur weil man ihn in eine andere Form packt. Für diese Schulentwicklung hätte es Leitungsgremien geben müssen, die diese Entwicklung in Gang setzen und in Gang halten. An den Schulen, an denen diese Leitungsstellen nicht besetzt worden sind, haben diese Prozesse, soweit sie überhaupt eingeleitet worden waren, stagniert, was sich ziemlich eindeutig beobachten lässt.

Kollege Meinhold, es hat auf unsere Fragen im Ausschuss niemand nachweisen können, dass genau hingeschaut worden ist, wo wiederbesetzt worden ist und wo nicht. Auch im Lande ist uns immer gesagt worden, dass generell nicht wiederbesetzt worden ist. Deshalb unterstützen wir dieses Anliegen der CDU-Fraktion und werden den Antrag nicht ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Meinhold
[SPD]: Den Widerspruch musst du
mir mal erklären, Brigitte!)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Darum schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 3165 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 2659 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Zwei Stimmenthaltungen. Meine Damen und Herren, damit ist der Antrag der Fraktion der CDU abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Wo sind die denn? - Mühe [SPD]: Die sind schon beim Punkt Feierabend!)

Ich rufe jetzt, wie vereinbart, auf

Tagesordnungspunkt 21:

Zweite Beratung:

Stärkung des nichtstaatlichen niedersächsischen Verbraucherschutzes - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2844 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/3182

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde in der 89. Sitzung am 15. November 2001 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatterin ist Frau Kollegin Hansen, und dazu erteile ich ihr das Wort. Bitte schön, Frau Hansen!

Hansen (CDU), Berichterstatterin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 3182 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit den Stimmen der Vertreter der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen der Vertreter der CDU-Fraktion und des Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Entschließungsantrag in der Drucksache 2844 abzulehnen.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläuterte zu Beginn der Ausschussberatung des federführenden Ausschusses zunächst die Zielsetzung des Entschließungsantrages seiner Fraktion. Danach sei durch eine langfristige und angemessene institutionelle Förderung sicherzustellen, dass es künftig ein flächendeckendes Verbraucherberatungsnetz in Niedersachsen gebe. Darüber hinaus werde die Landesregierung aufgefordert, den nichtstaatlichen niedersächsischen Verbraucherschutzorganisationen - dazu zählten insbesondere die ländlichen Verbraucherzentralen und der Hausfrauenbund - ausreichend finanzielle Mittel für Programme zur Verfügung zu stellen, die insbesondere auch zu einer weiteren Verbesserung der Lebensmittelqualität führten und den Verbrauchern die Vorteile einer qualitätsorientierten Kaufentscheidung vermittelten.

(Präsident Wernstedt übernimmt den Vorsitz)

Der Sprecher der Fraktion der SPD betonte, dass die Landesregierung den nichtstaatlichen Verbraucherschutz stärken werde. Eine Aufstockung der finanziellen Mittel, worauf der Entschließungsan-

trag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Wesentlichen abziele, sei im Haushalt 2002/2003 für diesen Bereich bereits vorgesehen. Damit sei seines Erachtens der Antrag als erledigt zu betrachten.

Die Vertreterin der Fraktion der CDU hingegen begrüßte ausdrücklich den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Auch sie halte eine verstärkte Aufklärung über Ernährungsfragen - das sei ein weiteres Ziel des Antrages - für erforderlich, erklärte sie. Der Antrag könne deshalb nicht ausschließlich mit dem Hinweis auf Verbesserungen bei der Bereitstellung von Fördermitteln für erledigt erklärt werden.

In der sich anschließenden Beratung im Unterausschuss für Verbraucherschutz teilte der Vertreter der Landesregierung die mit dem Haushalt 2002/2003 beschlossenen Haushaltsansätze mit: Danach werde die institutionelle Förderung für die Verbraucherzentrale Niedersachsen für die Jahre 2002 und 2003 um 51 000 Euro aufgestockt. Die Mittel für den Bereich der Ernährungsberatung seien um 41 000 Euro auf 426 000 Euro erhöht worden.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgte sodann der Empfehlung des Unterausschusses für Verbraucherschutz, den Antrag abzulehnen. Die mitberatenden Ausschüsse für Sozial- und Gesundheitswesen sowie für Wirtschaft und Verkehr haben sich dem so gefundenen Beratungsergebnis des Landwirtschaftsausschusses ohne weitergehende Diskussionen angeschlossen.

Am Ende meiner Berichterstattung bitte ich Sie namens des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 3182 zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

In der Debatte hat jetzt der Abgeordnete Klein das Wort.

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Gutachten „Zukunft der Landwirtschaft - Verbraucherorientierung“ finden wir auf Seite 87 unter der Überschrift „Landesebene“ folgende Empfehlungen: Die Ziffer 410 empfiehlt die finanzielle För-

derung von Campagnen im Bereich der Lebensmittelqualität, speziell von Marktprüfungen der Verbraucherzentrale Niedersachsen. In der Ziffer 412 findet sich die Auslobung eines Qualitätspreises. Diese Empfehlungen wurden bei der kürzlich erfolgten Anhörung zum Antrag der SPD-Fraktion auch von der Vertreterin der Verbraucherzentrale noch einmal besonders betont. Auch die SPD hebt ja immer wieder die Qualität der Vorschläge der Kommission hervor.

Wir haben diesen Aspekt der Stärkung des nicht-staatlichen Verbraucherschutzes aus dem Gutachten herausgenommen und zur Umsetzung beantragt. Vorher haben wir immer wieder deutlich gemacht, dass das ein Anliegen ist, das uns besonders wichtig ist. Unser Pech war offensichtlich, dass wir ein bisschen zu schnell waren; zu schnell jedenfalls für die SPD, die zu dieser Zeit das Gutachten noch nicht gelesen hatte oder - die Empfehlungen stehen ja ziemlich weit hinten - noch nicht vollständig gelesen hatte. Die SPD hat sich daraufhin sofort in Richtung Ablehnung verrannt, indem sie unseren Antrag einfach auf den Haushaltsaspekt verkürzt hat.

Meine Damen und Herren von der SPD, vielleicht haben Sie es aber auch als Unverschämtheit empfunden, dass wir uns erdreistet haben, Vorschläge aus Ihrem, dem Regierungsgutachten, per Antrag zur Realisierung vorzuschlagen. Auch das verdient dann wohl in Ihren Augen die parlamentarische Höchststrafe „Ablehnung ohne inhaltliche Prüfung“.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Frau Harms [GRÜNE]: So sind sie!)

Meine Damen und Herren, diese inhaltliche Diskussion wurde doch in beiden Ausschusssitzungen hartnäckig verweigert. Wir wissen nicht, ob die SPD-Fraktion eine intensive Ernährungsaufklärung durch die Verbraucherzentrale wünscht. Wir wissen nicht, ob sie eine höhere Wertschätzung für Qualitätslebensmittel für wichtig hält.

(Frau Leuschner [SPD]: Aber natürlich! - Groth [SPD]: Sie haben gesagt, Sie erledigen das selbst!)

Wir wissen nicht, Herr Groth, ob sie eine Ausweitung der Marktkontrollen durch die Verbraucherzentralen unterstützt. Wir wissen auch nicht, was die SPD-Fraktion von der Verleihung eines Qualitätspreises durch die Verbraucherzentralen hält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wissen nur, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnt. Diese Nichtargumentation nach dem Prinzip „basta“ scheint in der SPD inzwischen Schule zu machen. Aber dem Verbraucherschutz haben Sie damit keinen Gefallen getan.

(Groth [SPD]: Das sieht der Verbraucherschutz aber anders!)

Ich hoffe, Herr Groth, dass es nicht so lange dauert, bis die SPD auch diesen Teil des Gutachtens entdeckt und unser Anliegen dann aufnimmt - wahrscheinlich als die eigene Idee. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Jetzt hat Frau Goede das Wort.

Frau Goede (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag bereits im November letzten Jahres diskutiert. Schon bei dieser Debatte sind wir zu der Erkenntnis gekommen, dass dieser Antrag, Herr Kollege Klein, überflüssig und erledigt ist. Das ist auch nach den Beratungen in den Fachausschüssen deutlich geworden. An dieser Tatsache hat sich auch nichts geändert. Ich fände es sehr gut - Frau Kollegin Harms, auch wenn Sie den Kopf schütteln -, wenn man erhaltene Informationen und ausgetauschte Sachargumente zur Kenntnis nimmt und in sein Handeln mit einbezieht.

(Frau Harms [GRÜNE]: Die Fragen sind alle vom Kollegen Klein formuliert worden!)

Ich meine, dass den Anliegen Ihrer Fraktion längst Rechnung getragen worden ist. Verbraucherschutz hat bei Sozialdemokraten bekanntlich einen ganz hohen Stellenwert. Das gilt für den staatlichen wie auch für den nichtstaatlichen Verbraucherschutz.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben seitens des Landwirtschaftsministeriums die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale - Herr Kollege Klein, auch wenn Sie das nicht hören wollen oder nicht in der Lage sind, das zur Kenntnis zu nehmen -

(Frau Harms [GRÜNE]: Beantworten Sie doch einfach die Fragen, Frau Goede!)

für die Jahre 2002 und 2003 um 51 000 Euro aufgestockt. Für den Bereich der Ernährungsberatung sind die Mittel um 40 000 Euro auf 426 000 Euro erhöht worden. 50 000 Euro kommen jährlich zusätzlich aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums. Damit stehen insgesamt ca. 2 Millionen Euro für den nichtstaatlichen Verbraucherschutz zur Verfügung.

(Frau Harms [GRÜNE]: Sollen wir die Fragen noch einmal wiederholen?)

Das ist in Anbetracht der Gesamthaushaltslage angemessen. Ob Sie es glauben oder nicht, bei den entsprechenden Institutionen finden wir Zustimmung. Die Verbraucherarbeit ist auf allen Ebenen verankert und verstärkt worden. Das wird auch an der Einrichtung des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Oldenburg deutlich. Hier haben wir den staatlichen Verbraucherschutz auf ein völlig neues Fundament gestellt: Konzentrierung der Arbeit und die Einstellung von zusätzlichem Personal unterstreichen die herausragende Bedeutung des Verbraucherschutzes.

Ich möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, um mich für umfassende und kompetente Beratung und Arbeit in den 27 Beratungsstellen und 22 Stützpunkten in Niedersachsen zu bedanken. Diese Beratungsstellen und Stützpunkte sorgen dafür, meine Damen und Herren, dass das Recht auf wirksamen Schutz gegen gesundheitliche Gefährdung, Schutz vor wirtschaftlichen Nachteilen und materiellen Risiken, Wahlfreiheit für einen ethisch verantwortbaren Konsum und Zugang zu anbieterunabhängigen Informationen in unserem Land ermöglicht wird.

Wir setzen uns für die Verwirklichung einer Chancengleichheit zwischen Anbieter- und Verbraucherinteressen ein, damit Wirtschafts- und Verbraucherinteressen gleichberechtigt sind. Auch mit der Unterstützung des nichtstaatlichen Verbraucherschutzes durch die Landesregierung werden wir diesem Anliegen gerecht. Wir haben den Verbraucherschutz gut vorangebracht. Ich freue mich, dass ich das hier noch einmal deutlich machen konnte. Wir bleiben dabei: Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Frau Hansen, Sie wollen zu dem Thema sprechen. Bitte!

Frau Hansen (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Goede, ich möchte gleich Ihre letzten Sätze aufgreifen. Es ist Ihnen nicht gelungen, deutlich zu machen, dass schon alles passiert, was in dem Antrag gefordert wird. Es ist wahr, dass die Haushaltsansätze wieder auf den alten Stand gebracht wurden, nachdem Sie vehementen Druck bekommen haben.

(Frau Goede [SPD]: Das ist nicht wahr! - Groth [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Im Haushaltsentwurf wurde gekürzt, Herr Groth. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Da können Sie heute sagen, was Sie wollen. Sie haben vor zwei Jahren gekürzt, und trotz Kenntnis der Sachlage haben Sie dieses Mal auch wieder gekürzt. Nachdem es an der Basis Zoff gab, haben Sie dann wieder aufgestockt. Genau so war es.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Was sind denn das für Töne?)

Damit meinen Sie, der Antrag sei erledigt. Sie gehen überhaupt nicht auf den Punkt 2 und auf die Spiegelstriche ein. Welche Campagnen, die hier gefordert werden, werden nun durchgeführt? - Nicht eine Campagne wird finanziert und durchgeführt, Frau Goede.

(Frau Goede [SPD]: Die nehmen Sie bloß nicht wahr!)

Sie machen uns hier etwas klar, was im Lande gar nicht klar ist. Was ist mit dem Qualitätspreis? Loben Sie einen aus? Ist das erledigt? Oder kommen Sie in vier Wochen mit einem neuen Antrag um die Ecke und loben ihn dann aus? Sie lehnen doch allenthalben Anträge von der Opposition ab, und dann kommen Sie mit Ihren ungeschriebenen Vorstellungen um die Ecke.

Der Bericht der Kommission ist doch Ihr Evangelium, Ihre Handlungsanweisung. Wenn wir daraus Punkte entnehmen, sagen Sie: alles schon erledigt, alles schon gelaufen. - Wenn alles schon erledigt wäre, hätte es die Kommission nicht aufgeschrieben. Ich sage Ihnen noch einmal: Wir werden Sie unter Tagesordnungspunkt 33, den wir am Don-

nerstag behandeln werden, noch messen. Dann werden Sie auch wieder sagen: passiert doch alles! Frau Leuschner sagte eben auch: Ernährungsaufklärung passiert doch schon. - Die Verbraucherberatungsstellen können doch gar nicht alleine machen, was sie machen sollen. Sie brauchen die nichtstaatlichen Stellen. Frau Goede, erzählen Sie nicht, was nicht wahr ist. Sie lehnen heute etwas ab, was im Kommissionsbericht ausdrücklich gefordert wird. Das spricht Bände!

(Frau Leuschner [SPD]: Wir können Sie gerne einmal in die Verbraucherberatungsstellen einladen!)

- Ich komme gern, und ich lasse mich auch aufklären. In der Breite können sie aber gar nicht alles leisten. Ohne die nichtstaatlichen Einrichtungen können sie nicht flächendeckend agieren. Deshalb ist der Antrag nicht erledigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit ist die Debatte beendet.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Ausschussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Drucksache 3182 zustimmen will und damit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 2844 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 11:

Einzig (abschließende) Beratung:

Verfassungsgerichtliches Verfahren - Verfahren über den Antrag festzustellen, dass das Verlangen der Antragsgegner nach Vorlage

a) des Haushaltsvoranschlages des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit Begründungen zum Landeshaushalt 2001,

b) des Entwurfs des Ministeriums für Finanzen und Energie für den Haushalt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur für das Jahr 2001 vor der Kabinettsberatung,

c) der Haushaltsverhandlungsvermerke des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und des Ministeriums für Finanzen und Energie zum Landeshaushalt 2001,

d) der Verhandlungsvermerke zur Nachschiebeliste zum Landeshaushalt 2001, gegen die Bestimmungen der Art. 2, 26 Abs. 1 Satz 1 und 23 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein verstößt und Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung - Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 16.01.2002 - 2 BvK 1/01 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 14/3176

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 3176 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Gegen einige Stimmen ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, soweit ich sehe, ist damit das, was wir heute besprechen wollten, erledigt. Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr.